

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

104. Sitzung

Hannover, den 7. Februar 1990

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 9589

Tagesordnungspunkt 2:

Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 11/4924 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/4942 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 11/4943 9589

Beschluß 9590

Tagesordnungspunkt 3:

Wahl für den Niedersächsischen Staatsgerichtshof — Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs — Drs 11/4863 9590

Beschluß 9590

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Abgabe einer Regierungserklärung zu den Initiativen des Landes Niedersachsen zugunsten der DDR — Unterrichtung — Drs 11/4933

dazu:

Tagesordnungspunkt 15:

Erste Beratung: Entwicklungs- und Strukturprogramm für das innerdeutsche Grenzgebiet und Hilfen für die Bevölkerung in der DDR — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/4908

und

Tagesordnungspunkt 1b:

Gewährung von Sonderleistungen an Übersiedler aus der DDR — Antrag der Fraktion der SPD zur Aktuellen Stunde — Drs 11/4928 9590

Dr. Albrecht,
Ministerpräsident 9590, 9614
Schröder (SPD) 9596
Gansäuer (CDU) 9600
Frau Dr. Dückert (Grüne) 9608
Hildebrandt (FDP) 9610
Wernstedt (SPD) 9618
Jürgens,
Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten 9621

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	9621
Trittin (Grüne)	9626
<i>Ausschußüberweisung</i>	9627

Tagesordnungspunkt 5:

Verteidigung des gewählten Mitgliedes und des stellvertretenden Mitgliedes des Nieder- sächsischen Staatsgerichtshofs	9627
Dr. Schinkel	9627
Frau Oltrogge	9628

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite und dritte Beratung: Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Nie- dersächsischen Abgeordnetengesetzes — Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/4800 — Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 11/4910 ..	9628
Sandkämper (CDU), Berichterstatter ...	9628
Trittin (Grüne)	9628
Präsident Dr. Blanke	9629
<i>Beschluß</i>	9630
(Erste Beratung: 102. Sitzung am 17. 1. 1990)	

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde	9630
Trittin (Grüne)	9631
Gansäuer (CDU)	9631

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung: Altenpflegeschulen und Schulen für Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger sowie Heilerziehungshelferin- nen und -helfer — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3602 — Beschlussempfeh- lung des Kultusausschusses — Drs 11/4862 — Änderungsantrag der Fraktion der Grü- nen — Drs 11/4941	9631
Kaiser (SPD), Berichterstatter	9632
Frau Schneider (Berenbostel) (FDP) ...	9633
Frau Schreiner (Grüne)	9634
Schneider (Salzgitter) (SPD)	9635
Lindhorst (CDU)	9637
<i>Beschluß</i>	9638
(Erste Beratung: 81. Sitzung am 17. 3. 1989)	

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung: Versuchseinlagerung von hoch radioaktivem Atommüll in die Asse II — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/4471 — Beschlussempfehlung des Aus- schusses für Umweltfragen — Drs 11/4859	9638
Briese (CDU), Berichterstatter	9638
Bartels (SPD)	9639
Kempmann (Grüne)	9641, 9647
Stock, Innenminister	9642, 9647
Dr. Remmers, Umweltminister	9643, 9647
Dr. Hruska (FDP)	9644
Grill (CDU)	9645
Trittin (Grüne)	9648
<i>Beschluß</i>	9648
(Erste Beratung: 95. Sitzung am 27. 10. 1989)	

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung: Zukunft Niedersachsens in einem vereinten Europa — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2581 — Beschlussempfehlung des Aus- schusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 11/4897	9648
Frau Schliepack (CDU), Berichterstatterin	9648, 9653
Jürgens, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten	9650
Adam (SPD)	9651
Frau Roisch (Grüne)	9652
Küpker (FDP)	9655
<i>Beschluß</i>	9656
(Erste Beratung: 57. Sitzung am 3. 6. 1988)	

Tagesordnungspunkt 11:

Einzige (abschließende) Beratung: Immuni- tät von Abgeordneten — Beschlussempfeh- lung des Geschäftsordnungsausschusses — Drs 11/4947	9656
Herbst (CDU), Berichterstatter	9656
<i>Beschluß</i>	9657
Nächste Sitzung	9657

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Stoll (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teyssen (CDU)
Schriftführerin Auerbach (SPD)
Schriftführerin Lemmermann (SPD)
Schriftführer Milde (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Meyer, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Stock (CDU)	Staatssekretär Dr. Diekwisch, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzministerin Breuel (CDU)	Staatssekretär Dr. van Scherpenberg, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusminister Horrnann (CDU)	Staatssekretär Haabengier, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Hirche (FDP)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Ritz (CDU)	Staatssekretärin Dr. Meseke, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizminister Remmers (CDU)	Staatssekretär Höse, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgens (FDP)	Staatssekretär Fischer, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)	
Umweltminister Dr. Remmers (CDU)	Staatssekretär Dr. Cromme, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.16 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 104. Sitzung im 40. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 11. Wahlperiode.

Zur Tagesordnung: Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen fast alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Was Ihnen noch nicht mitgeteilt werden konnte, ist, daß der Herr Ministerpräsident mit Schreiben vom 5. Februar 1990 mitgeteilt hat, daß er beabsichtigt, zu Beginn der heutigen Sitzung eine Regierungserklärung zu den Initiativen des Landes Niedersachsen zugunsten der DDR abzugeben. Das ist die Drucksache 4933. Es ist vorgesehen, die Tagesordnungspunkte 1 b und 15 zusammen mit der anschließenden Besprechung der Regierungserklärung zu beraten. Die deutschlandpolitische Debatte soll etwa zweieinhalb Stunden dauern.

Durch die deutschlandpolitische Debatte ergibt sich für diesen Tagungsabschnitt eine Änderung des Ablaufs der Tagesordnung. Es wird folgender Ablauf vorgeschlagen: Wir beginnen die heutige Sitzung mit den Tagesordnungspunkten 2 und 3 — das sind die unstrittigen Eingaben und die Wahl weiterer Mitglieder des Staatsgerichtshofs —, denen sich die deutschlandpolitische Debatte anschließt. Ab 15 Uhr werden die Tagesordnungspunkte in folgender Reihenfolge beraten — ich nenne nur die Ziffern; das kann dann jeder in Ruhe nachlesen —: 5, 4, 1, 6, 7, 8 und 11. Das hat nichts mit Lotto zu tun. Es ist eine Zahl mehr.

(Heiterkeit.)

Morgen werden ab 10 Uhr die Tagesordnungspunkte in folgender Reihenfolge erledigt: 12, 13, noch 2, nämlich die strittigen Eingaben, 9, 10, 14, 16 und 17. Diese Änderungen sind Ihnen, wie ich sehe — ich habe die Geschwindigkeit der Verwaltung unterschätzt —, doch schon schriftlich mitgeteilt worden. Ich halte das Haus mit diesem Verfahren einverstanden, oder ergibt sich Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Ich kann nun die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

Ich fahre in den Mitteilungen fort: Für die Aktuelle Stunde heute nachmittag liegen außer dem einen Beratungsgegenstand, den wir mit in der deutschlandpolitischen Debatte abhandeln, noch drei Beratungsgegenstände vor. Es liegen vier

Dringliche Anfragen vor. Diese werden morgen früh ab 10 Uhr gestellt und beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sollen grundsätzlich wie folgt aufgeteilt werden: Einbringung bzw. Bericht ein Teil, CDU und SPD jeweils zwei Teile, Grüne und FDP jeweils ein Teil, Regierung ein Teil. Ich werde die im Ältestenrat vereinbarten Redezeitbeschränkungen bei den einzelnen Punkten bekanntgeben. Dabei gehe ich davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratung verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt wird. — Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Durch die Erweiterung der Tagesordnung und die Regierungserklärung wird sich bei Ausschöpfung der Redezeiten das Ende der heutigen Sitzung auf etwa 18.30 Uhr verschieben.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer. Bitte schön!

Schriftführer Luiken:

Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der SPD Frau Heyer und Herr Waike.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. Ich rufe nunmehr, wie angekündigt, Punkt 2 der ausgedruckten Tagesordnung auf:

Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 11/4924 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/4942 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 11/4943

Die unter F Nr. 2 aufgeführte Eingabe 5135 wird gestrichen, da sie im Ausschuß noch nicht abschließend beraten worden ist.

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Donnerstag, dem 8. Februar 1990, zu beraten. Ich halte das Haus für einverstanden damit, daß wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe also die Eingaben aus der 65. Eingabenübersicht in der Drucksache 4924 auf, zu denen

Präsident

keine Änderungsanträge vorliegen. Wir kommen zur Beratung. — Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über diese Eingaben aus der Drucksache 4924, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit den Ausschlußempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Die Ausschlußempfehlungen sind so angenommen.

Ich rufe nun auf — und bitte dafür um etwas mehr Ruhe — den Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahl für den Niedersächsischen Staatsgerichtshof — Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs — Drs 11/4863

Für die Wahl eines berufsrichterlichen Mitgliedes und eines berufsrichterlichen stellvertretenden Mitgliedes hat der Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs den Wahlvorschlag in der Drucksache 4863 vorgelegt. Der Wahlvorschlag entspricht den gesetzlichen Bestimmungen.

Nach § 3 des Staatsgerichtshofgesetzes werden die Mitglieder vom Landtag mit zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten ohne Aussprache gewählt. Nach § 86 unserer Geschäftsordnung kann durch Handzeichen gewählt werden, wenn kein anwesender Abgeordneter widerspricht. Kann ich feststellen, daß das Haus mit diesem Wahlverfahren durch Handzeichen einverstanden ist, oder erhebt sich Widerspruch? — Es erhebt sich kein Widerspruch; wir wählen somit durch Handzeichen.

Das nach dem Staatsgerichtshofgesetz erforderliche Quorum von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten wäre in jedem Falle erfüllt, wenn der Wahlvorschlag einstimmig angenommen wird. Wir müßten nur dann mit Stimmzetteln wählen, wenn die Feststellung der Zweidrittelmehrheit auf andere Weise nicht möglich ist.

Wir stimmen nun also durch Handzeichen ab. Wer den Wahlvorschlag in der Drucksache 4863 annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Wahlvorschlag bei einigen Enthaltungen angenommen worden ist. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht worden.

Wir werden später Gelegenheit haben, den Gewählten unseren Glückwunsch auszusprechen. Ich stelle fest, daß die in der Drucksache 4863 Ge-

nannten gewählt worden sind. Die Vereidigung wird heute im Anschluß an die Mittagspause vorgenommen werden.

Ich rufe nun auf:

Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:

Abgabe einer Regierungserklärung zu den Initiativen des Landes Niedersachsen zugunsten der DDR — Unterrichtung — Drs 11/4933

dazu:

Tagesordnungspunkt 15:

Erste Beratung: **Entwicklungs- und Strukturprogramm für das innerdeutsche Grenzgebiet und Hilfen für die Bevölkerung in der DDR** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/4908

und

Tagesordnungspunkt 1 b:

Gewährung von Sonderleistungen an Übersiedler aus der DDR — Antrag der Fraktion der SPD zur Aktuellen Stunde — Drs 11/4928

Zunächst wird der Herr Ministerpräsident die Regierungserklärung abgeben. In der anschließenden Besprechung, in der ich zunächst dem Vertreter der SPD das Wort geben werde, die ja ohnehin die weiteren Anträge eingebracht hat, stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU bis zu 38 Minuten, der SPD bis zu 45 Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu 19 Minuten. Ich erteile zunächst dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Aufbruch der Menschen in der DDR zu Freiheit und Demokratie vollzieht sich mit atemberaubender Dynamik. Täglich erreichen uns neue Nachrichten über die Entwicklung in der DDR und über die möglichen Konsequenzen für Europa. Das SED-Regime bricht auf allen Ebenen zusammen. Der angeblich real existierende Sozialismus ist am Ende. Wo noch vor wenigen Monaten und Wochen das Ziel der deutschen Einheit als Preisgabe sozialistischer Errungenschaften verketzert wurde, bekennt man sich heute unter dem Druck der Menschen zu einem „Deutschland, einig Vaterland“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wo die Hinwendung zur sozialen Marktwirtschaft noch vor kurzem als Schreckgespenst an die

Wand gemalt wurde, hat man inzwischen längst Abschied von der Illusion eines dritten sozialistischen Weges genommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Durch die Feststellung von Präsident Gorbatschow, daß das Thema der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehe, hat die Entwicklung eine weitere Beschleunigung erfahren.

In dieser Situation muß es uns heute darum gehen, den Menschen in der DDR durch Sofortmaßnahmen bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu helfen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP.)

Wir wollen, daß die Bürger in der DDR so schnell wie möglich spüren, daß es sich lohnt, in der Heimat zu bleiben und zu Hause für demokratische Verhältnisse und für die Gestaltung einer besseren Zukunft zu kämpfen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP.)

Ich möchte unseren Landsleuten in der DDR Mut zusprechen; denn trotz aller Schwierigkeiten sind wichtige Voraussetzungen für eine bessere Zukunft bereits geschaffen:

Erstens. Das Volk in der DDR hat sich allen intellektuellen Gedankenspielerien zum Trotz mit überwältigender Mehrheit für die Einheit entschieden, und zwar für die schnellstmögliche Verwirklichung dieser Einheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von Frau Schreiner [Grüne].)

Zweitens. In weniger als sechs Wochen werden in der DDR ein frei gewähltes Parlament und eine demokratisch legitimierte Regierung die Politik des Landes bestimmen. Die alten Länder werden wieder entstehen. Die DDR wird eine föderalistische Struktur erhalten.

Drittens. In wenigen Wochen hat die Idee der sozialen Marktwirtschaft einen Siegeszug sondergleichen vollführt. Millionen Menschen und vor allem die mittelständischen Unternehmer nehmen durch ihr Handeln die dringend fälligen ordnungspolitischen Maßnahmen bereits vorweg.

Niedersachsen wird seinen Beitrag für die Aufbauarbeit leisten. Dabei kommt es in der gegenwärtigen Situation auf konkrete Sofortmaßnahmen an, die den Menschen unmittelbar zugute kommen und ihnen Vertrauen und Ermutigung für die zukünftige Entwicklung geben. Das Kabinett hat sich gestern mit den Maßnahmen befaßt,

die in den nächsten vier bis fünf Monaten als dringendste anstehen. Vieles davon ist in den letzten Wochen vorbereitet und auf den Weg gebracht worden. Wir werden unsere Hilfe aufgrund der historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen vor allem auf Sachsen-Anhalt konzentrieren, ohne das Obereichsfeld, das alte Amt Neuhaus oder die Messestadt Leipzig aus dem Blick zu verlieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Diese von allen Fraktionen dieses Hauses mitgetragene Priorität hat sich als richtig erwiesen. Die Finanzierung dieses Sofortprogramms wird ein Volumen von 214 Millionen DM umfassen, wobei es sich zum Teil, nämlich in Höhe von 53 Millionen DM, um Barmittel, zu einem zweiten Teil, nämlich in Höhe von 11 Millionen DM, um Verpflichtungsermächtigungen und zu einem dritten Teil, nämlich in Höhe von 150 Millionen DM, um Bürgschaften handelt.

Die Landesregierung hat sich in den letzten Wochen durch Besichtigungen vor Ort, durch vielfältige Gespräche und Informationen auf allen Ebenen ein recht genaues Bild über die notwendigen Maßnahmen machen können. Mit Vertretern des Bezirks Magdeburg sind konkrete Hilfeleistungen bereits abgesprochen. Zur Koordination aller Maßnahmen wurde ein gemeinsamer Ausschuß auf Staatssekretärebene mit Untergremien in den verschiedenen Fachbereichen eingerichtet und ist bereits tätig. Noch in dieser Woche werde ich ein Gespräch mit dem Bezirk Halle führen, der ebenfalls an einer engen Kooperation mit Niedersachsen sehr interessiert ist. Ich möchte betonen, daß in diese Gespräche Vertreter der oppositionellen Gruppen auf allen Ebenen eingebunden sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Bevor ich auf die Sofortmaßnahmen in den einzelnen Schwerpunktbereichen eingehe, lassen Sie mich eines vorwegschicken:

Neben den dringend benötigten materiellen Hilfen muß die Begegnung der Menschen aus Ost und West im Vordergrund aller Bemühungen stehen. Wie wir feststellen, besteht ein ungeheurer Bedarf an Informationen, Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer. Ich begrüße deshalb ganz besonders die vielfältigen Aktivitäten der Landkreise, der Städte und der Gemeinden, der Kammern, Verbände, Vereine und aller Institutionen, die — jeder auf seine Weise — diese Kontakte auf allen Ebenen tragen und fördern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Dr. Albrecht

Ich möchte hier ausdrücklich Dank sagen für das Engagement und alle Aktivitäten, ohne die ein rasches Zusammenwachsen nicht möglich ist.

In den vielfältigen Kontakten, die sich in dieser kurzen Zeit herausgebildet haben, sehe ich die beste Bestätigung für unsere Grundüberzeugung von Selbstverwaltung, dezentraler Verantwortung und individueller Entfaltung. Um den Informationsaustausch zu erleichtern und die Zusammenarbeit möglichst effektiv zu gestalten, wird die Landesregierung in Kürze in Magdeburg, Halle und Leipzig jeweils ein Büro einrichten,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

das als Anlauf- und Vermittlungsstelle für Kontakte auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet dienen soll. Wir haben allein eine Million DM beigetragen, um die Begegnung der Menschen aus beiden Teilen Deutschlands, insbesondere den Jugendaustausch, zu fördern.

(Zustimmung von Döring [CDU].)

Die „Tage der Begegnung mit der DDR“, die unter Federführung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten den Bürgern Kontakte und Begegnungen nicht nur im kulturellen Bereich, sondern auch auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ermöglichen sollen, werden im Herbst dieses Jahres in Magdeburg stattfinden.

Die Erwachsenenbildungseinrichtungen des Landes sind angewiesen, in ihrer Arbeit der Befriedigung des ungeheuren Bildungshungers der Menschen in der DDR Vorrang einzuräumen. Für die Förderung von Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung in der DDR werden wir im Rahmen des Soforthilfeprogramms 600 000 DM zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu den materiellen Maßnahmen im Rahmen unseres Soforthilfeprogramms. Wir haben uns vier Schwerpunkte gesetzt:

1. die humanitäre Hilfe,
2. die Ankurbelung der Wirtschaft und hier vor allem des Mittelstands in der DDR mit Handwerk, Handel und Gewerbe,
3. die weitere Verbesserung der wiedereröffneten und neugeschaffenen Verkehrsverbindungen und
4. den Umweltschutz vor allem im grenznahen Bereich.

Erstes Ziel dieser Maßnahmen ist es, Menschen in Not zu helfen. Sodann möchte die Landesregierung aber auch im Namen unseres Landes einen Beitrag dazu leisten, daß die Zahl der Übersiedler

abnimmt und daß sich möglichst viele Menschen für den Verbleib in der Heimat entscheiden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Lassen Sie mich zu den einzelnen Schwerpunkten folgendes sagen:

Erstens. Bei der humanitären Hilfe geht es darum, daß in den Krankenhäusern die lebensnotwendigen Operationen auch durchgeführt werden können, daß Medikamente und sonstiges Material in ausreichender Menge vorhanden sind und daß die Pflege menschenwürdig erfolgt. Ich freue mich, daß die von der Landesregierung und vielen anderen Initiatoren im Lande in Gang gebrachten Partnerschaften zwischen den Krankenhäusern bereits Früchte tragen. Eine große Anzahl an Krankenhäusern, die Ärztevereine, viele Kommunen, örtliche Hilfsorganisationen und Privatfirmen haben inzwischen Soforthilfe in die DDR gebracht, angefangen von OP-Tischen, Narkose- und Blutdruckmeßgeräten über Geräteeersatzteile und Verbrauchsmaterialien bis hin zu Betten und Nachtschränken. Auch die Universitätskliniken Göttingen und die Medizinische Hochschule Hannover haben bereits im Januar erste Lieferungen von dringend benötigten Geräten an die Medizinische Akademie Magdeburg überbracht. Unser Ziel ist es, daß die Partnerschaften in allen Bereichen zügig ausgebaut werden. Ich begrüße die Mitteilung von 53 niedersächsischen Krankenhäusern, daß sie bereits eine Partnerschaft eingegangen sind bzw. anstreben werden.

Bei der Niedersächsischen Ärztekammer haben sich bereits 170 Chefarzte aus Niedersachsen gemeldet, die an einer Partnerschaft interessiert sind. Die Ärztekammer hat inzwischen flächendeckend Kontakte zwischen den Ärztevereinen und den Landkreisen in Sachsen-Anhalt und im Oberen Eichsfeld hergestellt und ihre Mitglieder zu kollegialer Hilfe und zu Sach- und Geldspenden aufgerufen. Mit den Wohlfahrtsverbänden wird zur Zeit die Koordinierung der Partnerschaften zu den Altenpflegeheimen und den Behinderteneinrichtungen abgestimmt.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wird in diesem Jahre ca. 6 000 Sets mit medizinischem Grundversorgungsmaterial im Gesamtwert von 28 Millionen DM für die DDR bereitstellen. Zusätzlich werden durch das Deutsche Rote Kreuz Arzneimittel im Wert von 92,5 Millionen DM an 37 Verteilerstellen in der DDR gebracht. Bei der Lieferung von Verbrauchsmaterial und Arzneimitteln ist dringend eine Absprache zwischen dem Bund und den Ländern erforderlich. Um die angelaufenen und vorgesehenen

Hilfsmaßnahmen zu koordinieren, ist beim Sozialministerium eine entsprechende Arbeitsgemeinschaft gebildet worden.

Die Landesregierung hat in ihrem Soforthilfeprogramm zunächst einmal 7,5 Millionen DM für die Verbesserung der medizinischen Versorgung und für die Hilfe für Alten- und Behinderteneinrichtungen bereitgestellt. Mit diesen Mitteln wollen wir vor allem weitere dringend benötigte Materialien und Geräte über die niedersächsischen Partnereinrichtungen in die DDR bringen.

Erste Hilfe soll auch für die Sanierung bedrohlicher Bauzustände einiger Alten- und Behinderteneinrichtungen geleistet werden. Darüber hinaus werden die Mittel für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Ärzte und Pflegepersonal eingesetzt und für dringende Notfälle, bei denen keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten in der DDR bestehen.

Zweitens. Die Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch eine soziale Marktwirtschaft stellt die kleinen und mittleren privaten Unternehmen in der DDR vor ganz neue Aufgaben. Die Landesregierung erhofft sich gerade vom Mittelstand wesentliche Impulse für den wirtschaftlichen Aufschwung in der DDR.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die über Jahrzehnte bestenfalls geduldeten Handwerker und Kleingewerbetreibenden beginnen, wieder Mut zu fassen, beginnen, sich zu organisieren, und haben bereits den „Unternehmerverband in der DDR“ und den „Bund der Selbständigen“ gegründet.

Die vom Ministerrat der DDR jetzt verabschiedete Joint-venture-Verordnung erfüllt zwar längst nicht alle Wünsche, läßt aber immerhin doch für kleine und mittlere Betriebe eine von außen kommende Mehrheitsbeteiligung zu. Mindestens genauso wichtig ist der Beschluß der DDR-Regierung, die volle Gewerbefreiheit für Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe herzustellen.

Der Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft ist eingeleitet:

Verbände, Kammern, Organisationen der Wirtschaft und Kommunen haben in dankenswerter Eigeninitiative einen riesigen Informationsaustausch in Gang gesetzt. Die gemeinsamen Unternehmertage und die gemeinsamen Handwerkertage der Kammern, die Arbeit der Verbände in Niedersachsen und in der DDR bringen nicht nur Informationsaustausch, sie bringen Wirtschaftler zusammen und fördern so auch das bei-

derseitige Anliegen, Kooperationspartner zu finden.

Unternehmer und Unternehmen aus beiden Teilen Deutschlands bereiten mit Initiative und Erfindungsreichtum das vor, was nach Abbau der Hürden und des bisher starren Systems des innerdeutschen Handels hoffentlich schon bald Wirklichkeit werden wird, nämlich die wirtschaftliche Einheit.

Die Bundesregierung hat mit folgenden bereits beschlossenen Maßnahmen Zeichen gesetzt:

Aufstockung des ERP-Sondervermögens um 2 Milliarden DM, damit insgesamt bis zu 6 Milliarden DM an zinsgünstigen Krediten für Existenzgründungen in der DDR, für Kapitaleinlagen in Betriebe und Unternehmen der DDR, für Investitionen in den Umweltschutz, in die Modernisierung von Anlagen und in den Tourismus bereitgestellt werden können, Erhöhung des Bürgschaftsrahmens für Lieferungen und Leistungen in die DDR um 1,5 Milliarden DM auf 6 Milliarden DM, Berücksichtigung von Zulieferungen von DDR-Firmen bei Exporten westdeutscher Unternehmen in Höhe von 30 v. H. in Hermes-Bürgschaften.

Zwischen dem Bund und den Ländern wird darüber hinaus ein regionalpolitisches Programm mit einem Volumen von 200 bis 400 Millionen DM, verteilt auf vier Jahre, zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur im grenznahen Bereich der DDR abgestimmt, als eine in der DDR direkt wirkende Ergänzung unserer Zonenrandförderung. Auf Niedersachsens Anrainer in der DDR entfallen von 400 Millionen DM rund 112 Millionen DM. Die Landesregierung hat die für 1990 benötigten Landesmittel in Höhe von 14 Millionen DM eingeplant.

Die Landesregierung hat ferner folgende Initiativen beschlossen:

1. Ein Bürgschaftsprogramm des Landes mit einem Gesamtvolumen von 150 Millionen DM zugunsten mittelständischer Unternehmen in der DDR. Hierdurch soll es diesen Unternehmen erleichtert werden, die für die Ausweitung und qualitative Verbesserung ihrer Aktivitäten notwendigen Kredite zu erhalten.

2. Öffnung des Darlehensfonds des Landes für die privaten Handwerker, Gewerbetreibenden und Selbständigen in der DDR einschließlich Tourismus. Hierfür werden wir den Wirtschaftsförderfonds des Landes um 15 Millionen DM aufstocken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Dr. Albrecht

Die notwendige Änderung des Fondsgesetzes wird die Landesregierung dem Hohen Hause in der nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorschlagen.

3. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in der DDR und in Niedersachsen durch die Deutsche Management-Akademie, die Kammern und die Verbände.

4. Ein Kooperationsberatungsprogramm, ein Messebeteiligungsprogramm und ein DDR-Praktikantenprogramm für unsere niedersächsischen mittelständischen Unternehmen, die sich in der DDR und für die DDR engagieren wollen.

5. Die steuerliche Begünstigung der Lieferung von gebrauchten, bereits abgeschriebenen Geräten und Maschinen in die DDR.

Drittens. Im Verkehrsbereich hat die Landesregierung durch Initiativen in der Ministerpräsidentenkonferenz und in der Verkehrsministerkonferenz Beschlüsse herbeigeführt, die die Bundesregierung auffordern, umgehend und in enger Abstimmung mit den Bundesländern einen Sonderverkehrsplan für die Wiederherstellung und den Ausbau der Verkehrsbeziehungen mit der DDR aufzustellen und diesen Plan finanziell gesondert abzusichern. Die Bundesregierung wird dieser Forderung insbesondere nach einer zusätzlichen Finanzierung im Rahmen eines Nachtragshaushalts 1990 nachkommen.

(Zustimmung von Küpker [FDP].)

Die Landesregierung hat ihre Maßnahmen zu diesem Sonderverkehrsplan angemeldet und sie zuvor mit dem Rat des Bezirks Magdeburg erörtert.

Noch im Oktober 1989 hatten wir drei Straßengrenzübergänge zur DDR. Heute haben wir 41 Übergänge, davon fünf Fährverbindungen über die Elbe, 15 Übergänge nur für Fußgänger und 21 Übergänge auch für Pkw-Verkehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Weitere Übergänge sind in Vorbereitung und werden im Laufe dieses Jahres folgen.

Für Sofortmaßnahmen zur Wiederherstellung alter Straßen im unmittelbaren Grenzbereich hat der Bund 1989 1,3 Millionen DM bereitgestellt, die auch restlos verausgabt wurden. Für 1990 werden für solche Sofortmaßnahmen jeweils 10 Millionen DM für Bundes- und für Landesstraßen sowie ca. 20 Millionen DM für die Fortsetzung auf DDR-Gebiet benötigt. Über die Finanzierung dieser Maßnahmen stehen wir zur Zeit noch in Verhandlungen mit dem Bund.

Das Land wird, so haben wir gestern im Kabinett beschlossen, für weitere Sofortmaßnahmen an Straßen auf DDR-Gebiet und zur Ausschilderung grenznaher Straßen 5,8 Millionen DM an Barmitteln und 6,35 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen bereitstellen.

Da ein nach unserem Standard in der DDR durchgeführter Straßenbau Symbolwirkung besitzt, haben wir unseren ganzen Einfluß geltend gemacht, damit der Bund sich hier schnell und verstärkt engagiert. Der Bund hat dies erkannt. Neben anderen Maßnahmen darf die Finanzierung der B 6-Verlängerung am Nordharz sowie die Herstellung der Dömitzer Brücke über die Elbe inzwischen als gesichert angesehen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Über den Schienenverkehr habe ich dem Hohen Hause in der vorigen Sitzung berichtet.

Im Bereich der Binnenwasserstraßen wird der Ausbau des Mittellandkanals für das Europaschiff auch auf dem Gebiet der DDR angestrebt, damit dieser wichtige Transportweg für Güter in vollem Umfang auch nach Berlin genutzt werden kann.

Viertens. Im Umweltbereich sind die ersten konkreten Projekte bereits im Herbst 1988 abgesprochen worden. So erproben wir in Seesen die enzymatische Schlammbehandlung mit dem Ziel, Faulbehältervolumen einzusparen und die Entwässerungseigenschaften der Schlämme zu verbessern. In Duderstadt sind wir dabei, mit Fachleuten aus der DDR Verfahren zu erproben, die die Leistungsfähigkeit der Abwasserreinigung erhöhen. Im Rahmen von vier Modellversuchen wollen wir eine in der DDR entwickelte Kleinkläranlage zusammen mit Fachleuten aus der DDR erproben und weiterentwickeln. Dabei hoffen wir, daß es uns gelingt, die Reinigungsleistung bei geringen Betriebskosten und hoher Betriebssicherheit entscheidend zu erhöhen. Da wir langfristig etwa bis zu 250 000 Kleinkläranlagen in Niedersachsen brauchen, wäre das ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des kleinräumigen Gewässerschutzes.

Im Anschluß an meinen Besuch in Ostberlin im April 1989 hat Niedersachsen als erstes Bundesland im Hinblick auf die schwerwiegenden Umweltprobleme in der DDR einen gemeinsamen Umweltfonds vereinbart. In diesen Fonds bringen Niedersachsen und die DDR in den nächsten fünf Jahren Geldmittel bzw. Leistungen von jährlich je 10 Millionen bis 15 Millionen DM bzw. DDR-Mark ein. Damit sollen Projekte zur Gewässer- und Luftreinhaltung mit grenzüberschreitenden Auswirkungen realisiert werden.

Als erstes Projekt ist bekanntlich der Bau einer Anlage zur Quecksilbereliminierung im VEB-Kombinat Bitterfeld vereinbart worden. Damit wollen wir die Belastung der Elbe mit Quecksilber um 20 % bis 25 % reduzieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Anfang Dezember 1989 ist mit dem Umweltministerium der DDR vereinbart worden, daß zur Verbesserung des Leinewassers in Heiligenstadt eine vollbiologische Kläranlage mit Nährstoffreduzierung und Schlammbehandlung gebaut wird.

Ebenfalls im Dezember 1989 haben wir vereinbart, daß wir uns zur Güteverbesserung des Elbwassers am Bau einer kommunalen Kläranlage in Stendal beteiligen.

Weiter wollen wir im Süden des Landes modellhaft eine gemeinsame Zusammenarbeit bei der Klärschlammwässerung praktizieren. Bei kleineren Kläranlagen, bei denen eine stationäre Schlammwässerung keine wirtschaftliche Lösung darstellt, soll der Klärschlamm durch eine mobile Anlage entwässert werden. Diese mobile Anlage soll je nach Bedarf hier und in der DDR eingesetzt werden.

Darüber hinaus werden weitere Projekte, insbesondere Industriekläranlagen zur Vermeidung besonderer Schadstoffbelastungen für die Elbe, besprochen. Ebenso prüfen wir die Möglichkeiten der Luftschadstoffverringerung bei mittelgroßen Befeuerungsanlagen mit grenzüberschreitender Bedeutung.

Bei den konkret vereinbarten Projekten gehen wir davon aus, daß die technischen Einzelplanungen Mitte Februar dieses Jahres anlaufen können. Um die Zusammenarbeit zu beschleunigen, sind in der Zwischenzeit weitere Gespräche auch auf unterer Ebene, d. h. mit Versorgungsbetrieben auf Bezirks- bzw. Kreisebene und Fachdienststellen, geführt worden.

Neben den Projekten des Umweltfonds geht es aber auch noch um eine Vielzahl weiterer Vorhaben. Dazu ist am 31. Januar 1990 die Einrichtung von Arbeitsgruppen auf Expertenebene zwischen dem Niedersächsischen Umweltministerium und dem Rat des Bezirks Magdeburg sowie Vertretern des Runden Tisches vereinbart worden. Die Arbeitsgruppen Wasserversorgung, Abwasser, Abfall sowie Immissionsschutz tagen bereits am 14. Februar. Sie werden eine Dringlichkeitsliste erarbeiten und zur Entscheidung vorlegen. Bestandteile dieser Liste werden z. B. Industriekläranlagen im Bezirk Magdeburg wegen der bekannten Auswirkungen auf Elbe und Nordsee sein.

Ein weiterer Schwerpunkt wird der gesamte Bereich des Immissionsschutzes sein. Hier wird Niedersachsen eng mit dem Bund zusammenarbeiten. Für diese Projekte, zu denen z. B. der Anschluß des Heizwerkes Worbis an die Gasfernleitung in der DDR zählt, hat die Landesregierung zusätzlich zu dem Umweltfonds weitere 3 Millionen DM bereitgestellt. Neben den vier von mir genannten Schwerpunkten umfaßt das Soforthilfeprogramm noch eine Reihe weiterer wichtiger Maßnahmen.

Wir werden Mittel zur Rettung der historischen Bausubstanz zur Verfügung stellen. Gerade die für die Denkmalpflege besonders wichtigen Altstädte sind auf das höchste gefährdet. Viele Häuser können nicht einmal mehr gegen Regen, Schnee und Frost geschützt werden. Deshalb wird die Landesregierung kurzfristig 2 Millionen DM zum Ankauf von Dachziegeln und Regenrinnen zur Verfügung stellen. Hiermit sollen als erste Hilfe defekte Dächer repariert und eingedeckt werden, um den weiteren Verfall erhaltungswürdiger Bausubstanz durch Witterungseinflüsse zu verhindern. Bereits in Kürze werden in Quedlinburg, Halberstadt und Stendal erste Rettungsmaßnahmen anlaufen.

Aus dem von der Bundesregierung und der DDR eingerichteten Devisenfonds sollen jährlich 2 Milliarden Ost-Mark für ca. 30 städtebauliche Sanierungsmaßnahmen eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP.)

Daneben beabsichtigt die Bundesregierung, im Jahre 1990 insgesamt 25 Millionen DM für Maßnahmen in den Städten Stralsund, Brandenburg, Weimar und Meissen bereitzustellen. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß die Stadt Quedlinburg mit ihrer einmaligen erhaltenswerten Bausubstanz in das Programm aufgenommen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Auch für den Naturschutz haben wir am 31. Januar in Magdeburg die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vereinbart, die bereits am 5. Februar ihre Arbeit aufgenommen hat. Dabei geht es um die folgenden Projekte:

Im heutigen Grenzgebiet soll eine Kette von Naturgebieten erhalten und gepflegt werden. Für den Drömling wird ein gemeinsames Konzept erarbeitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Es soll ein gemeinsames Schutzprogramm für den Kranich und den Schwarzstorch entwickelt werden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Dr. Albrecht

Es wird ein gemeinsames Konzept für den Harz entwickelt. Dabei geht es vor allem darum, die Belange von Naturschutz und Fremdenverkehr in Einklang zu bringen. Als Anstoßfinanzierung zur Gestaltung von Wanderwegen im Harz haben wir zwei Millionen DM vorgesehen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen damit die wichtigsten Punkte unseres Sofortprogramms genannt. Aber auch auf allen anderen Fachgebieten sind in der Zwischenzeit die Aktivitäten für eine Zusammenarbeit von beiden Seiten angelaufen. So werden inzwischen intensive Gespräche über eine Zusammenarbeit im land- und forstwirtschaftlichen Bereich, im Veterinärwesen, im Brand- und Katastrophenschutz, bei der Polizei, im Vermessungswesen, in der Lehrerfortbildung, bei Jugendbegegnungen, im Sport, im Schüler- und Studentenaustausch, bei kulturellen Veranstaltungen sowie bei Informationsveranstaltungen für Juristen aus der DDR geführt.

Die Erfahrung zeigt allerdings, daß jederzeit neue Herausforderungen auf uns zukommen können. Die friedliche Revolution in der DDR trägt viele bemerkenswerte Züge. Hierzu gehört auch das unheimliche Tempo der Entwicklung, das all unsere Vorstellungen über einen normalen Zeitablauf über den Haufen geworfen hat.

Die Landesregierung erhebt deshalb nicht den Anspruch, ein Jahres- oder gar Mehrjahresprogramm vorzulegen. Das Soforthilfeprogramm über 214 Millionen DM gilt für heute und für die nächsten Monate. Danach werden wir neue Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte alle Fraktionen in diesem Hohen Haus, alle Bürger im Lande sowie alle Verbände und Institutionen sehr herzlich: Lassen Sie uns gemeinsam, jeder an seinem Platz, alles in unseren Kräften Stehende tun, damit unsere Landsleute in der DDR wieder Mut fassen, damit sie sich zu ihrer Heimat bekennen und sich für ihre Heimat entscheiden. — Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Für die Fraktion der SPD hat nun, wie ich durch Blickkontakt statt durch die übliche schriftliche Wortmeldung feststelle, Herr Abgeordneter Schröder das Wort. Sie sagen etwas

zu den beiden Anträgen. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie gleich einen Beitrag zur Besprechung der Regierungserklärung leisten wollen. Wir rechnen die Zeit insgesamt. Bitte schön!

Schröder (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Appell an die Gemeinsamkeit beziehe ich auf die gemeinsame Entschließung, die wir im Landtag verabschiedet haben. Ungeachtet der notwendigen Debatte über die Einzelheiten meine ich schon, daß der gesamte Niedersächsische Landtag gut daran tut, dieses Soforthilfeprogramm in den Grundzügen auf den Weg zu bringen. Wir haben jedenfalls seinerzeit erklärt, daß wir der Auffassung sind, daß ein solches Programm notwendig ist und daß insbesondere in den Bereichen medizinische Versorgung, Verkehrsinfrastruktur, kleine und mittlere Industriebetriebe sowie Handwerk dringender Handlungsbedarf besteht.

(Zustimmung bei der SPD.)

Deshalb sind wir froh darüber, daß nach offenkundigen Abstimmungsschwierigkeiten auch in der Koalition und nach erheblicher zeitlicher Verzögerung jetzt etwas auf den Weg gebracht werden soll. Unsere Hoffnung ist, daß es nicht zu spät kommt.

Die Menschen in der DDR haben ihre Freiheit erkämpft, und zwar auf der Straße. Gesicherte Freiheit war und ist das Ziel ihrer Revolution, und ohne die Entspannungspolitik Brandts, ohne den Prozeß von Helsinki wäre dieser Emanzipationsprozeß, so meine ich, so nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU. — Grill [CDU]: Ganz schön ungeheuerlich!)

Aber ich wiederhole auch hier: Ohne die Politik und die Person Gorbatschows hätte er nicht gewaltlos erfolgreich sein können.

(Beifall bei der SPD.)

Aber eines bleibt: Die Auseinandersetzung, der Kampf ist vom Volk in der DDR geführt worden und von ihm gewonnen worden.

(Zuruf von der CDU: Gegen Schröder!)

Der Kampf um Freiheit ist schnell zu einem Streben nach Einheit geworden.

(Unruhe. — Zurufe von der CDU.)

— Der Kampf um Freiheit ist schnell zu einem Streben nach Einheit geworden. Einheit gilt den

Menschen in der DDR als die Chance, die gewonnene Freiheit auf Dauer zu sichern, vor allem aber sie materiell zu fundieren. Ich denke, wir haben festzustellen, daß auch dieser Aspekt ihrer Revolution im Grunde entschieden ist.

Meine Damen und Herren, ich räume — auch auf die Zwischenrufe hin — gern ein, daß ich mir Umfang und Geschwindigkeit der Veränderungen im letzten Sommer, noch im letzten Sommer, so nicht habe vorstellen können.

(Jahn [CDU]: Gar nichts haben Sie sich vorstellen können; überhaupt nichts! — Hildebrandt [FDP]: Sie wollten das auch nicht! — Weitere Zurufe.)

— Ich beglückwünsche diesen Teil des Hauses außerordentlich dazu, daß Sie bereits im letzten Sommer Ausmaß, Tempo und Entwicklung dieses Prozesses gewußt haben. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Unruhe. — Zurufe. — Hildebrandt [FDP]: Sie wollten etwas anderes!)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Weil Sie das die ganze Zeit über gewußt haben, sind Sie die wahren Propheten dieses Jahrhunderts.

(Oestmann [CDU]: Das wird immer schlimmer mit Ihnen!)

Ich stelle das ohne einen Anflug von Neid fest und in tiefem Respekt vor Ihrer prophetischen Gabe.

(Beifall bei der SPD.)

Die Frage indessen ist, ob es Ihnen jemand glaubt, daß Sie es schon damals gewußt haben. Diese Frage müssen Sie sich selber beantworten.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Im übrigen, um noch einmal auf den Zwischenruf zurückzukommen: Ich habe hier eine Notiz aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 5. November 1981. Ich zitiere mal mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten: „Für Eugen Gerstenmaier, den langjährigen Bundestagspräsidenten, der bis weit in die 60er Jahre hinein eine der bestimmenden Persönlichkeiten in der CDU war, ist die Wiedervereinigung Deutschlands gescheitert.“ Gerstenmaier sagte im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Bilanz aus Distanz“ des politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing in München, die Wiedervereinigung sei für die damals Regierenden auch nicht wirklich das erste und wichtigste Ziel der Nachkriegspolitik gewe-

sen; man habe sie quasi liturgisch überhöht, meine Damen und Herren.

(Jahn [CDU]: Sie haben dazu acht Jahre mehr gebraucht!)

Es ist in der Tat so gewesen, und in bezug auf diese liturgische Überhöhung, so Gerstenmaier, von einer Lebenslüge zu sprechen ist weder falsch noch abwegig, sondern entspricht den Debatten in den 50er und 60er Jahren über diese Frage.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Jahn [CDU]: Peinlich, peinlich!)

Aber, meine Damen und Herren, wer glaubt, mit der Entscheidung der Menschen in der DDR für Freiheit und Einheit sei das Ende der deutsch-deutschen Politik gekommen, wer dies ernsthaft glaubt, der irrt schrecklich.

(Jahn [CDU]: So wie Sie!)

Wir stehen vor der Frage, ob wir den Prozeß des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten noch planvoll gestalten können und wollen oder ob sich dieser Prozeß jenseits von Politik durch individuelle Entscheidung derjenigen vollzieht, die täglich aus der DDR zu uns kommen. Mindestens darüber sollte Einigkeit erreichbar sein, daß der Verzicht auf die politische Gestaltung dieses Einigungsprozesses unabsehbare Konsequenzen nicht nur für die Menschen in der DDR haben würde, sondern auch unabsehbare Konsequenzen für die Menschen in der Bundesrepublik heraufbeschwören würde. Er würde soziale Verwerfungen heraufbeschwören, zu deren Lösung ich mir Antworten jedenfalls von Ihnen nur sehr schwer vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Deswegen sage ich: Wer dabei bleibt, es dabei bewenden zu lassen, den Prozeß der Durchsetzung von Freiheit und der Durchsetzung von Einheit zu begrüßen, und wer im übrigen politisch durch Abwesenheit glänzt, der wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

Das größte Problem, vor dem wir in diesem Zusammenhang innenpolitisch stehen, ist der ständig zunehmende Strom von Übersiedlern. Wenn das Sofortprogramm greifen soll, wenn auch nur Ansätze davon greifen sollen, dann muß der Zustrom von Übersiedlern gestoppt werden. Wer denn anders als die Menschen in der DDR soll mit diesem Soforthilfeprogramm umgehen? Wem denn anders als ihnen soll es helfen?

(Beifall bei der SPD.)

Deswegen nützt in dieser Situation überhaupt keine Auseinandersetzung über Fehleinschätzun-

Schröder

gen und Irrtümer in der Vergangenheit. Ich will sie gern führen, ich will ihr überhaupt nicht ausweichen. Aber es nützt nur die Frage: Welche Maßnahmen sind wirklich geeignet, den Menschen in der DDR eine Perspektive zu bieten?

(Beifall bei der SPD.)

Eines der Elemente — das ist überhaupt nicht zu bestreiten — ist, daß auch die Niedersächsische Landesregierung jetzt — ich begrüße das ausdrücklich — nicht nur über Sofortmaßnahmen redet, sondern auch beginnt, sie zu organisieren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage für meine Fraktion: Alle parlamentarischen Maßnahmen, alle Maßnahmen im Haushaltsausschuß, die nötig sind, um das schnell umzusetzen, um vernünftige Regelungen auf den Weg zu bringen, all diese Maßnahmen werden wir unterstützen.

(Beifall bei der SPD.)

Niemand kann doch darüber hinwegsehen, daß seit Beginn dieses Jahres täglich 2 000 bis 2 500 Menschen neu in die Bundesrepublik kommen. Niemand sollte sich darüber im unklaren sein, daß dies bedeutet, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern daß alle sozialen Sicherungssysteme in der DDR zusammenbrechen könnten, ja, kurz vor dem Zusammenbruch stehen. Deswegen Soforthilfe — richtig. Aber, meine Damen und Herren, die Frage, die auch in diese Debatte gehört und auf die ich von Ihnen, Herr Albrecht, gern eine Antwort hätte, ist: Glauben wir ernsthaft, daß das zureicht? Ich hätte mir gewünscht, daß Sie auch aus Ihrer Sicht ein Wort zu dem Vorschlag gesagt hätten, der zunächst aus der SPD gekommen ist, nämlich eine Währungsunion möglichst sofort zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, niemand in diesem Hause und niemand, der diese Debatte verfolgt, sollte glauben, daß mit der Vereinbarung einer Währungsunion nicht etwa zusätzliche Probleme verbunden wären. Damit sind schwerwiegende ökonomische und schwerwiegende finanzwirtschaftliche Probleme verbunden. Das ist überhaupt keine Frage.

(Lindhorst [CDU]: Die kann nur die CDU lösen!)

— Sicherlich. — Aber stehen wir wirklich vor der Frage, uns in dieser Situation noch das bessere gegenüber dem weniger besseren aussuchen zu können, oder stehen wir nicht vielmehr vor der Frage, daß die einzige Möglichkeit, die in dieser Situation, in der der Strom der Übersiedler zunimmt,

in der DDR wirklich Hoffnung bringt — ungeachtet der Probleme, die auch damit verbunden sind —, die Vereinbarung einer Währungsunion ist, weil dies — dies ist jedenfalls meine Einschätzung — den Menschen in dem Moment, in dem ihnen die Löhne und Gehälter in DM ausgezahlt werden, das Gefühl, die Hoffnung vermittelt, daß es vorwärts geht, und deswegen damit die Perspektive zum Bleiben verbunden ist?

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich bitte das richtig zu verstehen: Ich behaupte nicht — ich habe die Einwände von ernst zu nehmenden Leuten gelesen —, daß das ein Allheilmittel wäre oder daß das in einer nationalökonomischen Debatte bedenkenfrei gemacht werden könnte. Ich glaube aber, daß das psychologisch die Basis ist, auf der ein Sofortprogramm dann zusätzliche Hoffnungen vermitteln kann. Ich fürchte, ohne diesen Schritt — deshalb meine Bitte an Sie, ihn zu unterstützen —

(Döring [CDU]: Das kommt doch von uns!)

werden Sofortprogramme nicht die Wirkungen haben können, die wir alle sinnvollerweise davon erhoffen. Deshalb, bitte schön, an diesem Punkt zusätzliche Diskussion, zusätzliche Unterstützung auch aus Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, Soforthilfe, Währungsunion sind die beiden Dinge, die Perspektive bieten können. Aber reicht das wirklich? Können wir es wirklich hinnehmen, daß in diesem Maße Menschen auch deshalb zu uns kommen, weil sie hier auf ein Niveau öffentlicher Leistungen hoffen können, daß das, was sie dort durch Arbeit verdienen können, bei weitem übersteigt?

Niemand von uns hat etwas dagegen, wenn der Niedersächsische Ministerpräsident erfolgreiche Wahlveranstaltungen in Magdeburg macht; von den Zahlen will ich hier gar nicht reden. Aber ich finde es unglaublich bedenklich, meine Damen und Herren, wenn am Rande dieser Wahlveranstaltungen Extrablätter der Union verteilt werden — ich zeige Ihnen das einmal —,

(Gansäuer [CDU]: Ich habe sie vorsichtshalber mitgebracht!)

in denen minuziös die Leistungen und Sonderleistungen aufgeführt sind, die Übersiedler in der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Meine Damen und Herren, dies ermuntert nicht zum Dableiben, sondern dies wird zum Weggehen ermuntern und wird dort, aber auch hier, die Probleme verschärfen!

(Beifall bei der SPD. — Döring [CDU]: Darf man denn die Wahrheit nicht mehr sagen?)

— Natürlich darf man die Wahrheit sagen. Die Frage ist aber doch, meine Damen und Herren, ob wir eine Diskussion führen, die in die Richtung geht, daß wir, wie der baden-württembergische Ministerpräsident das gerade vorschlägt, die Sonderleistungen abbauen, die sie bekommen, um nicht zusätzliche Anreize zum Weggehen zu geben, und daß wir auf diese Weise auch die Gleichbehandlung mit den Menschen schaffen, die sich bei uns ihr Leben lang krummgelegt haben. Alle Akzeptanz für Hilfe, meine Damen und Herren, ist davon abhängig, daß in der Bundesrepublik das soziale Gleichgewicht nicht verlorenght.

(Beifall bei der SPD.)

Dies übersehen Sie, meine Damen und Herren. Dies übersehen Sie deshalb, weil Sie — ich verstehe das auch — gern die nationale Frage debattieren, die soziale Frage aber permanent hintanstellen!

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Eben lobten Sie die Vorzüglichkeit des Systems!)

Ich habe gesagt, ich will Gleichbehandlung und keine Bevorzugung. Wir sind in einer Situation — Gott sei Dank sind wir in dieser Situation —, was die Freizügigkeit angeht, in der der Umzug von Leipzig nach Hannover vergleichbar ist mit dem Umzug von Stuttgart nach Hannover. Wenn ein Arbeitnehmer in einem anderen Bundesland seinen Arbeitsplatz aufgibt und zu uns zieht, dann hat er mit einer Sperrfrist bei der Vergabe der Leistungen zu rechnen. Wenn aber ein Arbeitnehmer aus der DDR dies tut, dann hat er mit diesen Einschränkungen nicht zu rechnen. Ich gönne den Menschen das Geld, aber ich sehe keine Möglichkeit, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei uns als vernünftig zu erklären, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Aus diesem Grunde sage ich: Wer in der DDR Propaganda für Sozialleistungen macht, meine Damen und Herren von der Union, der verstärkt die Abwanderungstendenzen, während er sie durch Politik abschwächen müßte,

(Beifall bei der SPD)

und zwar im Interesse der Menschen hier und im Interesse der Menschen dort.

Ich möchte noch einen letzten Aspekt dieser Diskussion anführen. Wer einmal in die Debatten

hineinhört, die in Niedersachsen und in der Bundesrepublik insgesamt geführt werden, wird sehr schnell merken, daß die Menschen auch vor der Frage Angst haben, wer eigentlich den Sanierungsprozeß in der DDR bezahlt und wer nicht.

(Grill [CDU]: Jetzt kommt die Steuerreform-Debatte!)

Meine Position dazu ist:

(Jahn [CDU]: Die stand gestern schon in der Zeitung!)

Die Steuerreform auf der einen Seite,

(Zurufe von der CDU: Aha!)

die Gesundheitsreform auf der anderen Seite haben, seit Sie in Bonn regieren, zu einem permanenten Sozialabbau geführt,

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen — Widerspruch von der CDU)

haben das Gefälle innerhalb der Bundesrepublik

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Und deshalb kommen die alle herüber, Herr Schröder?)

zwischen denen, die viel haben, und denen, die weniger haben, verschärft.

(Zuruf von der CDU: Guten Tag, Herr „Lafontainehuber“!)

Wenn in dieser Situation bei den Betroffenen auch nur Spuren des Verdachts aufkommen müssen, daß die Rentnerinnen und Rentner, die durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik die notwendigen Lasten der Sanierung der DDR allein zu tragen haben, werden wir die erforderliche Akzeptanz für Hilfen für die DDR nicht herstellen können.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Sie „schönhubern“ ja herum!)

Deshalb habe ich die herzliche Bitte, bei der Frage der Finanzierung der Maßnahmen nicht zu vergessen, daß es auch in Niedersachsen Menschen gibt,

(Zuruf von der CDU: Brunnenvergifter!)

die in bitterer Armut leben. Nehmen Sie zur Kenntnis, was der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Kirchen hierzu festgestellt haben! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß es Hunderttausende von Sozialhilfeempfängern auch bei uns gibt! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen ist, und reden Sie nicht darüber hinweg! Nur dann wird sich die Akzeptanz für Hilfe einstellen.

(Beifall bei der SPD.)

Schröder

Sagen Sie ganz klar und deutlich mit uns zusammen: Ja, wir wollen, daß dort investiert wird, privat zumal, aber auch öffentlich; aber wir werden die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sozial gerecht und vernünftig aufbringen. In einer solchen Debatte heißt „sozial gerecht“ allemal, nicht über die Entlastung bei den Unternehmenssteuern zu reden, sondern dafür zu sorgen, daß diese Mittel in der DDR investiert werden können.

(Beifall bei der SPD.)

„Sozial gerecht“ heißt in einer solchen Situation, nicht darüber zu reden, wie man den Spitzensteuersatz weiter herunterbekommt, wie Sie in der FDP es tun, sondern darüber zu reden, wie man ihn erhöht,

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der FDP)

um die Investitionen in der DDR zu finanzieren.

(Lebhafte Zurufe von der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Sie begreifen es nicht! — Glocke des Präsidenten.)

Vernünftig und sozial gerecht ist — dies sage ich ohne Wenn und Aber —, daß endlich das Gefühl in der Bundesrepublik dafür wächst, daß wir angesichts des Zerfalls des Warschauer Pakts, den wir nur begrüßen können, die einmalige Chance haben, die im Verteidigungshaushalt freiwerdenden Gelder für die Sanierung der DDR zu verwenden.

(Beifall bei der SPD. — Fischer (Göttingen) [FDP]: Herr Schröder, kennen Sie einen Herrn Schnitzler?)

Bei aller Auseinandersetzung über Einzelheiten eines solchen Programms der Finanzierung wirklich großzügiger Hilfe dürfen auch diejenigen, die das Soziale nicht sonderlich interessiert, nicht vergessen, daß die Bedingung für die Akzeptanz einer solchen wirklich großzügigen Hilfe für die DDR bei der Mehrheit der Menschen in Niedersachsen und in der Bundesrepublik die sozial gerechte Ausgestaltung der Lasten ist, die auf die Menschen in der Bundesrepublik zukommen.

(Beifall bei der SPD.)

Was immer Sie mir vorwerfen, Sie können sich auf eines verlassen: Diese Fraktion, diese Partei und ich insbesondere werden in der jetzt vor uns stehenden Auseinandersetzung strikt darauf achten, daß bei der notwendigen Hilfe für die DDR die soziale Balance in der Bundesrepublik, in Niedersachsen nicht verlorenght.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal begrüße ich die Ankündigung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, die Maßnahmen, die die Landesregierung vorgesehen hat, in den Ausschüssen zu unterstützen. Das ist eine gute Sache; denn hier steht viel auf dem Spiel, und wo immer es möglich ist — dies gilt für die Situation im Bund ebenso wie für die Situation im Land —, sollten wir den Versuch machen, einen möglichst großen Konsens in dieser wichtigen nationalen Frage herzustellen.

(Beifall bei der CDU.)

Zum zweiten will ich Ihnen denn doch sagen: Verehrter Herr Schröder, von der Lebenslüge bis zum Anhänger der Wiedervereinigung ist doch ein weiter Weg; das hat man Ihnen angemerkt.

(Beifall bei der CDU.)

Sie fragten eben, ob es denn wirklich so sei, daß die CDU das Ausmaß und das Tempo dieser Entwicklung schon im Sommer letzten Jahres habe einschätzen können. Es geht gar nicht darum, ob man dies hat einschätzen können, sondern es geht schlicht und ergreifend darum, Herr Schröder — und das ist der entscheidende Unterschied —, daß Sie die Menschen in der DDR grundsätzlich und auf alle Zeiten abgeschrieben hatten. Darum geht es!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein Wort sagen, weil das wichtig ist. Natürlich muß man darüber sprechen, ob eine Währungsunion bald herstellbar ist. Herr Schröder, ich habe bei meinen vielfältigen Gesprächen in der DDR — wenn ich die Zeitungen richtig verfolgt habe, dann waren wir als CDU-Abgeordnete einige Male öfter drüben als Sie — viel erfahren. Auch Sie, Herr Schröder, wissen — ich hoffe jedenfalls, daß Sie es wissen —, besonders wenn Sie mit den Menschen dort drüben gesprochen haben, zumal mit Sparern und Rentnern, daß diese Menschen große Angst davor haben, weil — das haben sie nicht ausgesprochen, aber ich sage es — sie dann nicht um einen Währungsschnitt und um die Tatsache herumkommen, daß die Sparer und kleinen Leute Vermögen verlieren, in welcher Größenordnung auch immer. Das ist das Problem, vor dem sie stehen.

Im übrigen darf ich Ihnen, Herr Schröder, zumal Sie mir zustimmen, sagen: Gerade Herr Pöhl hat angesichts der Ankündigung des Bundeskanzlers erklärt — er ist ja Ihr Parteifreund, nicht unser —, die Vorstellungen des Bundeskanzlers hinsichtlich der Währungsunion seien Phantastereien. Es gibt da also noch einen weiten Weg, über den man sprechen muß.

Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, möchte ich noch eine Bemerkung vorwegschicken: Sie, Herr Schröder, haben dieses Blatt hier hochgehalten. Ich hatte mir das schon gedacht; deshalb habe ich es auch gleich mitgebracht. Dies ist eine Zeitschrift von vielen Seiten Umfang, in der auf einer halben Seite steht: „Zur Klarstellung: Was bekommen Übersiedler wirklich?“ Sie haben das hier angezogen. Herr Schröder, ich muß Ihnen sagen: Wir haben dies gar nicht gesehen. Ich habe es auch vorher nicht gesehen. Ich war ja offizieller Veranstalter. Es tut mir leid, daß diese Seite darin enthalten war. Wir würden diese Zeitschrift nicht wieder auslegen. Aber ich kann nur sagen: Sie dürfen davon ausgehen, daß das Auslegen dieser Zeitschrift nicht einen einzigen Menschen veranlaßt hat, hierherzukommen. Dafür gibt es andere Gründe.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Schröder, Sie konnten natürlich nicht umhin, was ich ja verstehe, erneut den Versuch zu machen, dieses Register zu ziehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik gemacht werde, die sozialpolitisch nicht verantwortbar sei. Was immer man über die Steuerreform denkt — ich habe es von dieser Stelle aus schon oftmals gesagt, und ich habe keine Lust, diese Gebetsmühle erneut zu drehen —: Bei unseren Steuerreformen ist es jedenfalls so gewesen, daß die Menschen mehr im Portemonnaie hatten. Das ist bei Ihren Steuerreformen genau umgekehrt gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Jetzt können Sie sagen, Herr Schröder: Das ist nicht genug! — Darüber kann man sich streiten. Aber die Tatsache, daß die Menschen mehr im Portemonnaie haben,

(Zurufe von der SPD: Welche? — Gegenrufe von der CDU: Alle!)

ist unbestreitbar, und unbestreitbar ist auch die Tatsache, daß 500 000 Menschen, die zu den Geringverdienern zählen, ganz aus der Steuerpflicht herausgefallen sind.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Aller [SPD].)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zur Sache selbst noch dies sagen: Wenn ich mir in diesen Tagen den Blätterwald ansehe und die Diskussionen in der Bundesrepublik verfolge, frage ich mich manchmal wirklich: Haben die Bürger, viele jedenfalls, eigentlich richtig verstanden, was am 9. November passiert ist? Ich denke, hier sind nicht nur einige hundert Kilometer Stacheldraht und nicht nur einige hundert Tonnen Mauer entfernt worden, sondern hier ist viel mehr geschehen. Hier hat sich ein historischer Umwälzungsprozeß in Deutschland vollzogen, der eigentlich nur mit ganz großen geschichtlichen Ereignissen wie beispielsweise der Französischen Revolution vergleichbar ist — mit dem Unterschied, daß die Revolution in der DDR friedlich und ohne Blutvergießen über die Bühne gegangen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Diese Vorgänge als solche sind, wie ich meine, schon beachtlich genug. Aber in ihrer Tragweite werden sie erst dann deutlich, wenn man bedenkt, daß hier nicht nur Menschen ihre Freiheit erkämpft haben, sondern daß hier eine Ideologie, die sich anschickte, die Welt zu erobern, vor der Öffentlichkeit den Offenbarungseid ablegen mußte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Viele in diesem Lande, in der Bundesrepublik Deutschland, waren noch vor einigen Monaten der Meinung, daß der Siegeszug dieser Ideologie um die Welt eigentlich gar nicht mehr aufzuhalten sei. Auch daran möchte ich an dieser Stelle erinnern.

Aus meiner Sicht — das ist nicht übertrieben; wer diesen Vorgang geschichtlich einordnet, wird mir recht geben — ist die Oktoberrevolution von 1917 am 9. November 1989 zu Ende gegangen.

(Beifall bei der CDU.)

Der Kommunismus und — das füge ich hinzu — auch der Sozialismus wurden vom Volk und nicht von der Bourgeoisie hinweggefegt.

(Beifall bei der CDU.)

Verehrter Herr Wernstedt, das sage ich jetzt bewußt an Ihre Adresse: Karl Marx, auf dessen Lehre sich alle osteuropäischen Regierungen stützten, wurde von den Arbeitern selbst endgültig widerlegt.

(Wernstedt [SPD]: Und von Lenin!)

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hatte er grundlegend falsch eingeschätzt. In seinem Werk „Das Kapital“ — ich habe es gerade

Gansäuer

noch einmal nachgelesen — hat er geschrieben — ich zitiere —:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung und der Ausbeutung der Arbeiterklasse.“

Bei allem Respekt vor den intellektuellen Fähigkeiten dieses Mannes können wir spätestens heute feststellen, auch wenn Ihnen diese Feststellung schwerfällt: Er hat sich in der Entwicklung der gesellschaftlichen Prozesse gründlich geirrt, und seine damals entstandenen Wirtschaftstheorien gehören in die Mottenkiste des vergangenen Jahrhunderts!

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, etwas erheiternd habe ich zur Kenntnis genommen, daß der Kultusministerkandidat der SPD diesen Vorgang eigentlich ein bißchen traurig findet, denn am 17. Dezember, als er aus der DDR zurückkam, hat er laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gesagt:

„Schade, was mit dem alten Marx passierte!“

(Heiterkeit bei der CDU.)

„Bei ihm steht vieles, was man nicht über Bord werfen sollte.“

Na gut, werfen Sie es nicht über Bord. Wir haben es schon lange über Bord geworfen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Es ist kaum faßbar, daß Sie auf dieser Ebene so primitiv argumentieren!)

— Herr Wernstedt, jetzt will ich auch noch auf Ihren Zwischenruf eingehen. Sie haben zwei Tage später sogar noch nachgelegt und erklärt — das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen —, in der DDR sei nicht der Sozialismus, sondern nur eine Funktionärskaste gescheitert.

(Heiterkeit bei der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Hört, hört!)

— Herr Wernstedt, Sie bekommen auf Kosten der CDU oder auch auf meine privaten Kosten eine Fahrkarte nach Leipzig, damit Sie das, was Sie hier gesagt haben, dort am Montag abend vor 100 000 Menschen wiederholen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Ein bißchen billig!)

— Was heißt „ein bißchen billig“? Das kann man so oder so sehen.

Herr Wernstedt, Sie schließen nahtlos an das an, was Ihr großer Fraktionsvorsitzender gesagt hat. Sie wissen, daß ich das sehr genau verfolge. Er hat z. B. vor einigen Jahren in einem Interview mit den „Lutherischen Monatsheften“ auf die Frage, ob er Marxist sei, erklärt, ja, er sei Marxist. In dem gleichen Interview wurde er gefragt, ob es in der marxistischen Geschichte positive Beispiele gebe, die er sich wünschen würde. Schröders Antwort: Ja, es gibt die positiven Beispiele. — Er nannte dann Kuba und Jugoslawien.

(Beifall und Lachen bei der CDU.)

Herr Schröder, ich habe das mit Wonne gelesen. Das ist mir erst in diesen Tagen untergekommen. Wenn man sieht, wie jemand, der sich als Marxist bezeichnet und heute Vorsitzender der SPD-Fraktion ist, lebt, dann muß man sagen: Sie können einem wirklich leid tun. — Mir ist erst in den letzten Tagen ein Aufsatz über die politische Biographie von Egon Krenz in die Hände gekommen. Aus diesem Aufsatz, der in einer Zeitschrift erschienen ist, möchte ich einmal einige Zeilen vorlesen. Das ist vielleicht auch für Sie interessant. Dort heißt es:

„Doch kleinbürgerlicher Familienmief belastete den Aufsteiger wenig.“

— Das sind nicht Sie, das ist Krenz.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP.)

„Er reiste viel. Mit Jungsozialisten wie weiland Karsten Voigt und Gerhard Schröder, junge clevere Enkel von Willy Brandt, traf er sich nicht nur in den Quartieren der imperialistischen Bourgeoisie. Die Gästehäuser des Genossen Breschnjew auf der sonnigen Krim boten Raum zur Entspannung, zu wohlwollenden Gesprächen und aufgeschlossener Unterhaltung bei schäumendem Krimsekt, den zauberhafte Hostessen, dort Friedensfreundinnen genannt, servierten.“

(Heiterkeit bei der CDU.)

Der Artikel endet mit folgenden Worten:

„Man kam sich näher. Ein netter und kluger Mensch, schwärmt Jusogenosse Gerhard Schröder, heute Hoffnungsträger der SPD in Niedersachsen.“

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich konnte dem Plenum und der Öffentlichkeit diese Passage nicht vorenthalten.

(Kirschner [SPD]: Niveau Gansäuer in der Auseinandersetzung!)

Herr Schröder, so humorvoll Sie auch sein mögen — ich nehme Sie auch so —, macht dies doch deutlich, welche Kurven Sie in den letzten Monaten zu kriegen versucht haben. In Wahrheit denaturieren Sie sich damit selbst.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch folgendes sagen. Wir sollten uns in der Bundesrepublik davor hüten, uns auf das hohe Roß zu setzen. Viele — über alle Parteigrenzen hinweg — erklären in diesen Tagen, die Systemfrage sei entschieden. Das ist richtig. Die Systemfrage ist entschieden. Das darf für uns aber kein Grund zur Selbstgefälligkeit sein, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

denn auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es auf dem sozialen Gebiet noch viel zu leisten. Soziale Gerechtigkeit ist nicht à priori hergestellt. Wir sind ihr sehr nahe gekommen, aber es gibt auch bei uns noch immer Menschen, die in Vergessenheit geraten sind und am Wohlstand weniger teilhaben, als wir dies eigentlich verantworten können.

Meine Damen und Herren, kein System ist so gut — auch das der sozialen Marktwirtschaft nicht —, daß es nicht im Sinne der Menschen und unserer sozialen Verantwortung noch besser werden könnte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, das Fazit all dessen: Wir Deutsche — das ist die Situation, die man deutlich machen muß — haben, wenn wir es richtig machen, zum erstenmal in unserer Geschichte die wirklich realistische Chance, Frieden und Wohlstand und Freiheit auf Dauer zu sichern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, ich möchte gern, daß wir alle gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, daß diese Chance nicht vertan wird durch eine Sozialneidkampagne, nur um links und rechts ein paar Stimmen zu fischen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage ganz deutlich: Wir haben gemeinsam Grund, auf das stolz zu sein, was wir in der Bundesrepublik geleistet haben. Dies gilt nicht nur für Christdemokraten und Freie Demokraten. Auch Sozialdemokraten haben mitgewirkt.

(Bruns [Emden] [SPD]: Das ist erfreulich!)

Wir sind heute Exportweltmeister. Wir sind Freizeitweltmeister. Wir sind Weltmeister im Reisen und Weltmeister im Sparen. Wir haben die geringste Arbeitszeit und die meiste Urlaubszeit.

Wir haben die höchste Zahl an Beschäftigten der Nachkriegszeit, die es jemals gab. Wir haben das beste soziale Sicherungssystem. Die meisten anderen Länder in der Welt hätten gerne die Probleme, die wir haben.

(Zustimmung von Dr. Martens [CDU].)

Wir haben noch Probleme, aber das sind Probleme auf verdammt hohem Wohlstandsniveau. Deshalb sage ich: Vor dem geschichtlichen und wirtschaftlichen Hintergrund — der, denke ich, unbestreitbar ist, ohne daß ich sage, daß es nicht Kritikpunkte geben könnte — ist es um so bestürzender, daß es bei uns möglich ist, daß ein Wahlerfolg durch Sozialneid à la Lafontaine und Gerhard Schröder tatsächlich erzielt werden kann. Der Zustand unserer Gesellschaft ist in dieser Frage wirklich nachdenkenswert.

Niemand hat das besser ausgedrückt als Robert Leicht in seinem Leitartikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 2. Februar. Ich zitiere wörtlich:

„Demgegenüber wirkt die westdeutsche Diskussion über die geltenden Gesetze, die eine Übersiedlung aus der DDR 'privilegieren', recht absonderlich. Wenn diese Privilegien denn, was nach dem Ende der politischen Unterdrückung zu rechtfertigen wäre, vollständig kassiert werden und ein Umzug von Leipzig nach Stuttgart dem von München nach Hamburg gleichgestellt wird — schwinden kann deshalb nur der westdeutsche Sozialneid, nicht aber das deutsch-deutsche Sozialgefälle. Insofern war es nur konsequent, wenngleich politisch obszön, daß Oskar Lafontaine darauf spekulierte, eine Mauer aus Gesetzen zu errichten — erst mit der endgültigen Aufspaltung der Deutschen in zwei Staatsvölker, dann mit dem Übersiedlungsverbot. Doch wer den Wanderungsschub unterdrücken will, setzt ihn erst recht in Gang.“

(Genau! und Beifall bei der CDU. — Jahn [CDU]: Das ist der Punkt!)

Ich sage Ihnen: Sie setzen den Wanderungszug in Gang mit dem, was Sie hier sagen, und mit dem, was Sie in Niedersachsen in den nächsten Wochen weiter erklären wollen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Schröder — wie wir ihn kennen — setzt noch einen drauf. Vor wenigen Wochen erklärte er in einem Interview der „Bild“-Zeitung — ich zitiere —:

Gansäuer

„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Es gibt wichtigere Fragen der deutschen Politik in Europa.“

(Wernstedt [SPD]: Das haben Sie schon einmal zitiert! Was soll denn der Quatsch? Haben Sie keine anderen Probleme?)

Er endet dann mit den Worten:

„Die CDU/CSU muß aufhören, wie die Republikaner zu reden.“

Herr Schröder, ich frage Sie heute: Wer hat im Saarland wie ein Republikaner geredet, Herr Lafontaine oder Herr Töpfer?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, es kann kein Zweifel sein — das ist der eigentliche Punkt, um den es heute in der Debatte geht und um den es Ihnen, Herr Schröder, vor allem geht —: Weil diese Art Wahlkampf zu Lasten der Aus- und Übersiedler und zu Lasten der Einheit der Deutschen im Saarland Erfolg hatte, soll diese Art des Wahlkampfes nun auch in Niedersachsen Erfolg haben.

(Zuruf von Senff [SPD].)

Wir haben Gerhard Schröder so kennengelernt, daß wir ihm auch das zutrauen dürfen.

(Zurufe von der SPD.)

Denn wir haben in den vergangenen dreieinhalb Jahren zur Kenntnis nehmen dürfen, daß es Herrn Schröder ziemlich egal ist, wie er an die Macht kommt.

(Wernstedt [SPD]: Wollen Sie denn nicht über die DDR reden? — Patzschke [SPD]: Geht es heute um Deutschlandpolitik, oder über was reden wir heute?)

Ob Auflösungs- und Mißtrauensanträge oder Untersuchungsausschüsse, es war ihm gleichgültig. Heute legt er den Sozialneid gegen die deutschen Landsleute auf. Er spielt Deutsche gegen Deutsche aus. Sie hetzen Deutsche gegen Deutsche auf. Das ist die Wahrheit.

(Pfui! und Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP.)

Ich wiederhole: Sie hetzen Deutsche gegen Deutsche auf,

(Neese [SPD]: Durch Wiederholen wird es nicht wahr!)

und zwar gegen Deutsche, die 40 Jahre lang auf der Schattenseite der Nachkriegszeit gelebt haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP.)

Ich füge hinzu: Sie hetzen Deutsche gegen Deutsche auf, die die eigentlichen Verlierer des Zweiten Weltkrieges bis heute sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP. — Biel [SPD]: Gansäuer ist Volkshetzer!)

Ob Kohl, Willy Brandt oder Dietrich Genscher, alle haben in den letzten Wochen unter dem Beifall der ganzen Bundesrepublik Deutschland gefordert, daß wir auch Opfer bringen müssen. Ich frage mal: Welches Opfer haben denn die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland bis heute erbracht? Herr Schröder, welches Opfer haben Sie eigentlich erbracht?

(Zuruf von der CDU: Persönlich?)

Meine Damen und Herren, welche Abstriche am wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand haben wir eigentlich hinnehmen müssen? Ich muß offen sagen: Ich habe ganz große Sorge — ich will das mit allem Freimut aussprechen —, ob die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland — jedenfalls viele von denen, die ich höre — zu einem wirklichen Opfer auf der Höhe ihres höchsten Wohlstandes überhaupt noch fähig sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur einmal daran erinnern, daß wir vor wenigen Monaten von Kiel bis Berchtesgaden nichts anderes zu tun hatten, als uns darüber zu streiten, ob die Kassenbrille nun 19,80 DM oder aber 22,30 DM kosten darf.

Deshalb sage ich an dieser Stelle: Wir alle tragen eine Riesenverantwortung. Wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten uns hüten, vor der geschichtlichen Dimension dieser Entwicklung das zu tun, was in Niedersachsen jetzt offensichtlich praktiziert werden soll. Ich sage an dieser Stelle einmal folgendes, Herr Schröder: Von Ihnen und auch von Herrn Lafontaine — wenn wir denn schon über die Sozialneidkampagne diskutieren müssen — haben wir immer nur etwas gegen Aus- und Übersiedler gehört, über Asylanten in diesem Zusammenhang jedoch überhaupt noch nichts!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wenn ich mich an die vielen Jahre, in denen ich wie auch Sie Politik betreibe, erinnere, frage ich mich: Haben wir alle in den vergangenen Jahren

am 17. Juni und an anderen Feiertagen nicht immer wieder große Reden gehört — wo ist der Kollege Bosse eigentlich? An den hatte ich in diesem Zusammenhang gedacht —, in denen wir an Moskau appelliert haben, doch die Freizügigkeit der Deutschen zuzulassen? Haben wir nicht jedem Bundeskanzler — ob Kiesinger, Kohl oder Helmut Schmidt — in das Gepäck nach Moskau die Bitte mitgegeben, daß er sich dort für die Freizügigkeit der Deutschen einsetzen möge? Meine Damen und Herren, was erleben wir heute? — Viele sind entsetzt! Plötzlich lassen die Russen die Deutschen raus und fangen auch noch an abzurüsten! Mein Gott, man kann sich ja noch nicht einmal in dieser Beziehung auf die Kommunisten verlassen! Jetzt lassen die wirklich die Menschen frei, und wir in der Bundesrepublik Deutschland werden damit nicht fertig!

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Die Spitze dessen, was uns auf diesem Gebiet untergekommen ist, bildet das Interview von Herrn Schröder in der Ausgabe der „Hannoverschen Neuen Presse“ von vorgestern. Ich will dieses Interview hier noch einmal in Erinnerung rufen. Sie haben gesagt — große Balkenüberschrift —:

„DDR-Bürger müssen sich für den Aufbau selbst krummlegen.“

Darauf, wie krumm Sie sich bisher gelegt haben, will ich jetzt nicht eingehen. Ich sage aber: Für einen Sozialdemokraten ist dies ein verächtlicher Satz. Ein verächtlicher Satz!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ihre Parteitagssappelle in Sachen Solidarität mit den Schwächsten können Sie angesichts dieses Satzes in den Papierkorb schmeißen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Verehrter Herr Schröder, ich möchte Ihnen empfehlen, dieses Interview Ihren Parteifreunden in der DDR zuzuschicken. Das könnten die gut als Wahlkampfmaterial verwenden.

(Reinemann [CDU]: Sehr richtig! Das machen wir! — Wernstedt [SPD]: Sie wissen genau, wie das gemeint ist!)

An dieser Stelle sage ich aber auch noch einmal folgendes; vielleicht geben Sie, Herrn Wernstedt, mir darauf noch eine Antwort. Wissen Sie von den Sozialdemokraten eigentlich nicht, wie die Leute dort drüben in den Betrieben schuftet müssen? Wissen Sie nicht — ich habe mit den Menschen in den Betrieben gesprochen; zehn Landtagskollegen von mir und zahlreiche Journalisten waren auch mit dabei —, was Frauen drüben in den Fabriken für Schwerstarbeit verrichten

müssen? Sie müssen zentnerschwere Stahlblöcke tragen! Ich bin in einem solchen Betrieb gewesen. Eine Frau hat mir mit Tränen in den Augen erzählt, daß sie das schon 20 Jahre lang machen muß. Diesen Menschen sagen Sie nun aber: Legt euch gefälligst selbst krumm! An meinem Wohlstand will ich nicht gerüttelt wissen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Schröder, wissen Sie nicht, daß die Arbeitsbedingungen in den Fabriken in der DDR so sind, daß jedes Gewerbeaufsichtsamt diese Fabriken, wenn sie bei uns in der Bundesrepublik Deutschland angesiedelt wären, schlichtweg dichtmachen würde?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So geht es nicht! Deshalb wünschte ich, daß Sie, Herr Fraktionsvorsitzender der SPD, die Reden, die Sie in der Bundesrepublik und in Niedersachsen halten, in gleichem Wortlaut auch einmal drüben in der DDR halten würden. Dann wären wir eine ganze Ecke weiter.

Nun zu Ihrer Anmerkung, die auch einen Großteil Unwahrheit enthält. Sie haben in dem Interview der „Hannoverschen Neuen Presse“ gesagt:

„Wer von Baden-Württemberg kommt, dort kündigt und nach Niedersachsen zieht, erhält hinsichtlich des Arbeitslosengeldes eine Sperrfrist von zwölf Wochen. Wer von Leipzig nach Hannover zieht, erhält die Sperrfrist nicht.“

Sie täuschen damit — Herr Schröder, Sie wissen es sehr gut — bewußt die Öffentlichkeit. Denn seit dem 1. Januar gilt für diese Fälle das wesentlich niedrigere Eingliederungsgeld, das die SPD im Deutschen Bundestag selbst mitbeschlossen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. — Schröder [SPD]: Das steht sogar in Ihrer Broschüre drin!)

— In dem Interview steht es nicht. — Jetzt will ich es Ihnen ganz genau sagen. Zunächst hat die SPD in Bonn — Sie können es in den Protokollen nachlesen — kritisiert, daß das ins Auge gefaßte Eingliederungsgeld zu niedrig sei. Dann hat sie im Bundestag zugestimmt, und anschließend kommen Schröder und Lafontaine und sagen, das ist zuviel.

(Vizepräsident Bosse übernimmt den Vorsitz.)

Das ist die Situation, die wir vorfinden. Das ist hochgradig unehrlich, Herr Schröder, und hat mit politischer Auseinandersetzung nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU.)

Gansäuer

Mich wundert es besonders, daß Ihre Empfindsamkeit

(Jahn [CDU]: Die hat er ja nicht!)

ausgerechnet bei dem Versuch, Stasi-Agenten nicht an unserem Rentensystem partizipieren zu lassen, beginnt. Da sind Sie plötzlich dagegen, daß wir diesen Personenkreis ausschließen.

(Wernstedt [SPD]: Das ist doch Quark! —
Bruns [Emden] [SPD]: Ihr macht euch noch mal lächerlich! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Es ist für uns als christliche Demokraten selbstverständlich, daß wir alle Regelungen überprüfen, die wegen der Entwicklung in den deutsch-deutschen Verhältnissen überholt sind. Aber das tut man nicht, indem man die Menschen aufeinanderhetzt; das tut man, indem man sachlich darüber redet.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder weiß, daß heute für die Übersiedler im wesentlichen die sogenannte Überbrückungshilfe von 200 DM gezahlt wird und darüber hinaus ein Einrichtungsdarlehen, ein Darlehen, gewährt werden kann.

Auch die Sozialpolitik muß dem übergreifenden Ziel dienen, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben und menschenwürdig leben können. Insofern gebe ich Ihnen uneingeschränkt recht. Ich habe mit dieser Feststellung keine Schwierigkeiten. Die Schwelle, die angestammte Heimat zu verlassen und in eine ungewisse Zukunft in einer unbekanntenen Umgebung zu wechseln, ist für jeden potentiellen Aus- und Übersiedler nach wie vor sehr hoch. Machen wir uns nichts vor! Die Menschen leiden doch darunter. Der eigentliche Druck wird durch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR ausgeübt.

(Zuruf von der CDU: Durch den Sozialismus!)

Das ist der Punkt, den auch der Autor in der „Zeit“ zum Ausdruck gebracht hat.

(Zustimmung bei der CDU.)

Die Übersiedler sind in der Mehrzahl junge Leute. Menschen im Alter von weniger als 20, 30 oder 40 Jahren kommen jedenfalls nicht wegen der Verlockungen unseres Fremdrechts zu uns. Sie haben ganz andere Beweggründe.

Wer Sozialleistungen für Aus- und Übersiedler reduzieren will, muß die Frage beantworten, was mit jenen geschehen soll, die trotzdem kommen. Herr Schröder, auf diese Frage sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Zumindest kann diesen Menschen unsere Sozialhilfe nicht verwehrt werden. Auch diese liegt erheblich über dem Niveau durchschnittlicher Einkommen in den Ostblockländern. Sie ist dreimal so hoch wie der Verdienst von Chefärzten drüben. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD.)

Jetzt muß ich Ihnen eine Frage stellen. Herr Schröder, Sie haben immer wieder die Höhe der Sozialhilfeleistungen kritisiert. Darüber kann man reden, auch mit mir. Jetzt beantworten Sie mir bitte die Frage: Wollen Sie die Sozialhilfeleistungen für die Menschen, die aus der DDR zu uns kommen und denen Sie das Arbeitslosengeld, das Überbrückungsgeld und das Eingliederungsgeld streichen wollen, einschränken oder völlig abschaffen? Diese Frage müssen Sie beantworten.

(Dr. Riege [SPD]: Was ist das für eine blödsinnige Frage? Natürlich gilt die Sozialhilfe!)

Sie müssen noch eine andere Antwort geben. Wenn Ihrer Meinung nach die Sozialhilfeleistungen erhalten bleiben sollen und alles andere gestrichen werden soll, wird damit — das wissen Sie sehr genau — nicht der Bund, sondern werden ausschließlich die Kommunen belastet.

(Dr. Riege [SPD]: Jetzt geht diese Rechnerie los!)

Sie haben in Ihrem Antrag ausgeführt, dann müsse der Bund drei Jahre lang die Sozialhilfeleistungen übernehmen. Verehrter Herr Dr. Riege, glauben Sie denn, daß kein Mensch aus der DDR mehr zu uns kommt, nur weil der Bund die Sozialhilfeleistungen übernimmt? Denen ist es doch völlig gleichgültig, wer diese Sozialhilfeleistungen bezahlt.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Das ist nicht das Problem!)

Nehmen Sie es mir nicht übel, aber es ist ein solcher Quatsch, der in diesem Antrag steht. Das hat nichts mehr mit Parteipolitik zu tun. Das hat einfach etwas damit zu tun, daß man die Dinge nicht zu Ende denkt.

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle noch einige abschließende Bemerkungen machen. Völlig abwegig ist nach meiner tiefen Über-

zeugung die Angstmache, unser soziales Sicherungssystem könne wegen der Aus- und Übersiedler finanziell zusammenbrechen. Kein Rentner oder Arbeitsloser in der Bundesrepublik erhält deswegen auch nur eine einzige Mark weniger. Speziell die Rentenversicherung wird wegen der günstigen Altersstruktur der Aus- und Übersiedler längerfristig, wie Sie alle wissen, eher entlastet.

(Beifall bei der CDU.)

Lafontaine und Schröder mögen im Augenblick einige Standortvorteile im Luftraum über den Stammtischen gewonnen haben, meine Damen und Herren. Den Gesinnungsschaden, den sie mit ihrer Egoismus- und Sozialneidkampagne angerichtet haben, wird die sozialpolitische Landschaft auf Dauer noch zu spüren kriegen. Es wird nämlich nicht mehr leicht sein, in Zukunft soziale Gerechtigkeit gegen Sozialneid und Besitzstandsdenken wirklich durchzusetzen. Die Besitzstandsvorteile, die Lafontaine und Schröder heute für die Bundesrepublikaner gegen die DDR-Bürger mobilisieren, können morgen die Gesinnungstrennlinien zwischen Behinderten und Nichtbehinderten, zwischen Arbeitslosen und Arbeitbesitzenden, zwischen Sozialhilfebedürftigen und Steuerzahlern sein. Der bleibende sozialpolitische Flurschaden, den die SPD angerichtet hat, ist unübersehbar.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wer in der Bundesrepublik Deutschland glaubt, durch staatliche Leistungen allein — das Programm der Landesregierung unterstützen wir nachhaltig; im Volumen ist es ja das Doppelte dessen, was die SPD gefordert hat — könnten wir den Wohlstand und den Aufschwung in der DDR sichern, der irrt gewaltig.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb will ich an dieser Stelle noch einmal daran erinnern: Die wichtigste Voraussetzung für Wohlstand in der Deutschen Demokratischen Republik ist das Ermöglichen von selbständigen Existenzen und ist die Ermöglichung von Kapitalzuflüssen aus der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Ländern. Die selbständigen Existenzen hat man zielgerichtet und bewußt kaputt gemacht. 1955 gab es in der DDR noch 1,6 Millionen Selbständige, heute sind es nur noch 180 000. Aber wir erleben in den Gesprächen drüben, daß die Menschen wieder selbständig werden wollen, daß aber die bisherige DDR-Regierung — Sie können dies in den Fachzeitschriften nachlesen — in Wahrheit vieles getan hat, was diesen Aufschwung mindestens zeitlich verzö-

gert. Das Joint-venture-Gesetz ist hier angesprochen und zitiert worden. In diesem Gesetz steht nach wie vor, daß nur eine Beteiligung von 49 % möglich ist. Es steht im übrigen drin, daß nur juristische Personen Joint-venture-Gesellschaften bilden können, also keine privaten. Es steht drin, daß der Rechtsweg nicht eingeschlagen werden kann. Nach wie vor, meine Damen und Herren, werden Fest- und Höchstpreise gefordert, die für eine freie Marktwirtschaft unmöglich sind. Import und Export sind reglementiert, und die Steuerbelastung der Unternehmen geht über 90 % hinaus. Sie können aus der Bundesrepublik Deutschland Hunderte von Millionen und viele Milliarden aus dem Bund und aus den Ländern mobilisieren, was hier an Hemmschuhen drinsteckt, das können Sie nicht wegfinanzieren, Herr Schröder. Das werden auch Sie niemals schaffen. Deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren und müssen wir Wert darauf legen, daß diese Hemmnisse beseitigt werden.

Egal, was die SPD vorschlägt, ob Sperrfrist beim Eingliederungsgeld oder Reduzierung der Rentenbezüge, alles endet bei der Sozialhilfe, und die beträgt nun einmal beispielsweise für eine Familie mit zwei Kindern im Alter von acht und zwölf Jahren über 2 100 DM pro Monat, Miete und einmalige Zahlungen eingeschlossen. Dies — ich habe es gesagt — ist ein Vielfaches der Einkommen, die, gemessen an der Kaufkraft, in der DDR erzielt werden können. Selbst wenn man also so täte, wie die SPD es propagiert, der Übersiedlerstrom ließe sich damit nicht stoppen. Herr Schröder und Herr Lafontaine wissen das im übrigen auch. Sie schüren trotzdem den Neid, weil sie gar nicht die DDR-Bürger im Sinne haben, sondern die Stammtischhoheit im Saarland und die Stammtischhoheit in Niedersachsen.

(Zurufe von der SPD und von Trittin [Grüne].)

Die niedersächsische SPD errichtet eine neue Mauer, die Sozialneidmauer zwischen DDR und Bundesrepublik, zusammengehalten vom Mörtel eines Wohlstandsegoismus, der fast nicht mehr zu überbieten ist.

(Beifall bei der CDU.)

In Wahrheit bieten diese deutsch-deutschen Entwicklungen große Chancen nicht nur für die Menschen, sondern gerade auch im wirtschaftlichen Bereich. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage — die Fachleute bestätigen dies —: Wenn wir es richtig machen, ist ein zweites Wirtschaftswunder möglich, das die Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik gemeinsam bewerkstelligen

Gansäuer

können, falls man das nicht tut, was in Niedersachsen die SPD tut. — Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Bosse:

Frau Kollegin Dr. Dückert, Sie sind die nächste Rednerin.

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Kollege Gansäuer hat es eben deutlich gemacht. Hier geht es nicht um ein Sofortprogramm, um sofortige und nachhaltige Hilfe für die DDR, sondern hier geht es um Wahlkampf.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Nach dem abgewandelten Motto „Wer zu leise schreit, den bestraft das Wahlvolk“ treten hier SPD und CDU in der Deutschlanddebatte auf. Es ist nicht verwunderlich, daß keine dieser Parteien auf die wirklich entlarvende und peinliche Haltung am Anfang dieser Woche aufmerksam gemacht hat, die doch deutlich gemacht hat, wie sie sich zur selbstbestimmten Entwicklung und zur vorbehaltlosen Hilfe gegenüber der DDR wirklich verhalten. Sie, die Sie alle jeweils laut aufschrien, als die SED die Willenserklärungen am Runden Tisch mit Füßen trat, haben am Anfang dieser Woche den berechtigten Wunsch in der DDR, selbstbestimmend wenigstens ihre eigenen Wahlkampfveranstaltungen führen zu können, mit Füßen getreten, und zwar mit der Arroganz eines reichen Veters.

(Beifall bei den Grünen.)

Genau das, was dort zum Ausdruck kommt, liegt auch dem vom Ministerpräsidenten Albrecht vorgestellten Sofortprogramm der Landesregierung zugrunde.

Es ist eine gefährliche und sehr ausgefeilte Kunst, Herr Dr. Albrecht, wenn es dem Ministerpräsidenten einer vollständig abgewirtschafteten Landesregierung gelingt, sich mit einem mickrigen 44-Millionen-DM-Programm derart in Szene zu setzen, 44 Millionen DM, Herr Ministerpräsident, nicht 214 Millionen DM. Die 150 Millionen DM für Bürgschaften rechnen Sie als Wirtschaftshilfe. Die 10 Millionen DM, die Sie in den sowieso zu gering angesetzten Umweltfonds im letzten Jahr hineingegeben haben, ziehen Sie locker ab. Das wird hier aber überhaupt nicht vorgetragen.

(Beifall bei den Grünen.)

Dies ist ein Mickerprogramm, das überhaupt nicht hilft. Es ist schon in der Struktur so angelegt. Dieses Programm nutzen Sie aber, um Wahlkampf zu betreiben. Das Programm ist angesichts der gigantischen Probleme in der DDR lächerlich, dort eine sozial gerechte und lebensgerechte Gesellschaft zu schaffen und insbesondere die dringendsten Wohnungs- und Umweltprobleme möglichst schnell und umfassend zu lösen.

Es ist klar, daß dieses Programm und auch das Programm der Bundesregierung mit 2,2 Milliarden DM, die gestern im Nachtragshaushalt beschlossen worden sind, nicht an dem realen Investitionsbedarf der DDR von — unterschiedlich geschätzt — bis zu 500 Milliarden DM gemessen werden kann. Dieses Programm muß allerdings an dem gemessen werden, was Sie, Herr Ministerpräsident, hier versprochen haben, nämlich umfassende und schnelle direkte Hilfe für die DDR, um dort den Prozeß des Abwanderns aufzuhalten und um dort Zeit für eine eigenständige Entwicklung zu geben.

Sie sind hier aufgetreten, Herr Albrecht und Herr Gansäuer, mit dem Pathos, Patentrezepte anbieten zu können, um die ökonomisch und sozial ausgebeutete DDR schnell auf einen anderen Weg zu bringen. Mit diesem Programm, ich sage es noch einmal, mit diesen 44 Millionen DM wollen Sie dazu beitragen, daß es sich für die Menschen in der DDR lohnt, dort zu bleiben. Sie wollen ihnen Mut zusprechen, und Sie haben auch schon gesagt, sie wüßten dort selber, daß wichtige Voraussetzungen erreicht seien.

Sie haben darauf verwiesen, daß heute die deutsche Einheit zu einem zentralen Diskussionsthema geworden ist. Herr Ministerpräsident, dieses im Zusammenhang mit Ihrem Sofortprogramm wieder hervorgeholte Argument der deutschen Einheit ist schlichtweg eine ideologische Fehlinformation, eine Falschmeldung, eine Desinformation der Bevölkerung. Wer sich hier hinstellt, nichts in den Händen hat und gleichzeitig so tut, als ob die Einstaatlichkeit die ökologischen und sozialen Probleme in der DDR, vor denen die Menschen dort jetzt auch weglaufen, nachhaltig lösen kann, der macht eine Volksverdummung, der macht hier Wahlkampf!

(Beifall bei den Grünen.)

Angesichts dieser großmäuligen Versprechungen der Landesregierung, den Menschen in der DDR zu helfen, muß man doch einmal sehen, in welchem Umfang die Landesregierung bereit ist, in Niedersachsen beispielsweise umweltgefährdende oder auch friedensgefährdende Investitionen zu

finanzieren. 44 Millionen DM für die DDR — 200 Millionen für die Rüstungsindustrie im TZN Nord. 44 Millionen für die DDR — 52 Millionen Zuschüsse für Buschhaus, beispielsweise für eine Filteranlage, die gesetzlich sowieso eingebaut werden muß. 100 Millionen DM für einen überflüssigen und ökologisch unsinnigen Hafen in Cuxhaven. 400 Millionen DM wird nach Schätzungen der unsinnige Wesertunnel kosten. Das sind die Relationen, mit denen den Menschen in der DDR Sand in die Augen gestreut wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Mittel für die DDR und — ich füge hinzu — auch die Mittel für die Hilfe in den übrigen osteuropäischen Ländern müssen radikal aufgestockt werden. Das ist durch Umschichtungen im Land möglich. Ich habe die Töpfe bereits genannt. Zum Teil ist das aber auch, gerade bei umweltbezogenen Investitionen, durch eine projektorientierte Neuverschuldung möglich. Auf Bundesebene ist es möglich, viele Milliarden DM freizumachen, wenn endlich das gemacht wird, was dieser Prozeß in Osteuropa schon längst möglich macht, nämlich die vollständige Entmilitarisierung einzuleiten. Das wäre die richtige Reaktion.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Finanzspielräume sind da, aber das Landesprogramm und auch das Bundesprogramm nutzen sie nicht.

Ich will zu einigen Inhalten kommen, die Sie, Herr Ministerpräsident, hier vorgetragen haben. Es wird in den Veröffentlichungen von Ihnen, von der Landesregierung, von der Bundesregierung, immer wieder mit dem Finger auf die „Umweltsau“ DDR gezeigt. Was Sie machen, nicht nur vom Volumen her, sondern auch von der Struktur her, ist eine Förderung der Strukturen in der DDR, die bei uns in Niedersachsen und in der BRD die Umweltzerstörung gefördert haben, die dafür verantwortlich sind. Genau diese umweltzerstörerischen Strukturen wollen Sie auf die DDR übertragen.

Ich nenne Beispiele: Wie verhalten Sie sich zur Energieversorgung in Ihrem Sofortprogramm? Es sind Mittel vorgesehen — jedenfalls wurde das im Ausschuß so gesagt; Sie haben das hier nicht vorgetragen —, um das Braunkohlekraftwerk Worbis entweder dichtzumachen oder auf Gas umzurüsten. Das wäre ja eine vernünftige Aktion. Aber ich frage Sie: Was sieht eigentlich Ihr Konzept, das sich ja auf den Grenzbereich bezieht, beispielsweise vor, um das AKW Stendal überflüssig zu machen? Nötig wären Umrüstungsprogramme

für viele Kraftwerke in der DDR, mindestens in den Fördergebieten, die am Rande Niedersachsens liegen. Nötig wären Angebote schwefelarmer Kohleimporte oder auch Gasimporte für die DDR. Nötig wäre ein detailliertes Energiesparprogramm, weil die Sparpotentiale in der DDR extrem hoch sind. Nötig wären Förderprogramme für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen in der DDR. Alles das finden wir in Ihrem Programm nicht. Die DDR sitzt auf einem Pulverfaß von Schrottreaktoren. Wir sitzen mit darauf, und Sie tun in dieser Richtung nichts!

(Beifall bei den Grünen.)

Die Linie, meine Damen und Herren, ist klar: Herr Töpfer hat das in Stendal sehr eindrucksvoll zur Schau gestellt. Er war ja vor kurzem dort. Er wurde dort von Umweltgruppen gebeten, ihnen in der DDR dabei behilflich zu sein, eine Energieversorgung aufzubauen, die wegführt vom Atomstrom. Töpfers Antwort war: Seid doch froh, wenn ich euch dabei helfe, eure AKWs sicher zu machen! Genau auf dieser Linie liegt die Hilfe im Umwelt- und Energiebereich: Das, was hier nicht mehr absetzbar ist, nämlich Schrottreaktoren, soll drüben in der DDR installiert werden, anstatt dort eine wirtschafts- und energiepolitische Wende mit auf den Weg zu bringen.

Ein zweites Beispiel für Ihre Politik, die sich an den Strukturen der Bundesrepublik orientiert, ist die Wirtschaftsförderung. Die bereitgestellten Millionen sind Kreditbeteiligungen und Darlehen nach BRD-Muster. Das heißt, Sie setzen auch in diesem Bereich keine Schwerpunkte, um beispielsweise notwendige Umweltschutztechnologien oder ökologisch verträgliche Produktionsstrukturen bis hin zu Produktkonversionen in der DDR möglich zu machen. Vielmehr setzen Sie Förderungsbedingungen, die der DDR ganz bestimmte Eigentumsstrukturen aufoktroieren sollen, wie Sie es übrigens mit der Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik auch tun. Die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die Sie anbieten, schließen Belegschaftsinitiativen, selbstverwaltete Betriebe, Betriebe in Genossenschaftshand aus, und das angesichts der Tatsache, daß die DDR selbst noch darüber entscheiden muß, welche Einkommensstruktur sie in ihrer Verfassung niederlegen will. Das oktroyieren Sie mit Ihren Druckmitteln.

Ich könnte die Reihe fortsetzen. Beispielsweise fehlen in Ihrem Programm vollständig Maßnahmen, die in dem Agrarland DDR durch Beratung und Umstrukturierung einen naturverträglichen oder gar ökologischen Landbau entwickeln könnten. Das Filialwesen wird ausgeweitet und geför-

Frau Dr. Dückert

dert, IHKs und alles andere. Aber wo ist beispielsweise die Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden? Ich habe im Ausschuß danach gefragt; dem Wirtschaftsministerium war nicht bekannt, ob auf der Ebene der Umweltverbände in dieser Weise Zusammenarbeit gefährdet wird.

Ein drittes Beispiel für das Aufoktroieren unserer Strukturen ist der Verkehrsbereich. 70 % des Güterverkehrs in der DDR gehen über die Schiene. Das Schienennetz ist in einem miserablen Zustand. Was uns der Ministerpräsident hier aber vorgetragen hat, ist eine Politik, die sich an der Straße orientiert. Der Ministerpräsident hat ja auch frank und frei gesagt, daß Straßenbau Symbol für Wachstum und Wohlstand sei. Nach den Erfahrungen, die wir in der Bundesrepublik mit der Verkehrspolitik haben, ist Straßenbau eher das Symbol für zusätzliche Umweltzerstörung.

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von der CDU: Quatsch!)

— Das ist kein Quatsch, das ist nachgewiesen, Herr Kollege. — Die DDR muß in der heutigen Situation eine vollständig neue Verkehrsinfrastruktur aufbauen. Für meine Begriffe ist es wirklich ein Skandal, daß hier in keiner Weise darüber nachgedacht wird, wie es möglich sein könnte, mit unserer Hilfe und Beratung sowie auf der Basis der Erfahrungen, die wir in der Bundesrepublik haben, dort ein Verkehrssystem zu installieren, das sozial gerecht und für die Menschen auch erreichbar ist.

Meine Damen und Herren, das ganze Sofortprogramm hat absolute Lücken und Schwächen und ist in der Tendenz falsch strukturiert. Ich möchte jetzt nicht mehr auf den von Herrn Schröder angesprochenen Schwindel im Zusammenhang mit der Diskussion um die Währungsunion eingehen, aber doch noch einmal betonen, daß die hier geführte Debatte und insbesondere die darin deutlich werdende Hinhaltetaktik der Landesregierung — auf Bundesebene ist das gleichermaßen zu sehen — gegenüber der DDR dazu führt, daß der politische Prozeß in der DDR von westlicher Seite unter zusätzlichen Zeitdruck — er steht ohnehin schon unter Zeitdruck — in der Weise gesetzt wird, daß die DDR letzten Endes als billige Konkursmasse von der Bundesrepublik übernommen werden kann. Dieses Verweigern einer uneigennütigen, umfangreichen, an den realen ökologischen und sozialen Problemen in der DDR orientierten Hilfe führt genau in die Richtung, daß der Prozeß der Selbstbestimmung in der DDR nicht mehr möglich gemacht wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Sie verweigern die Hilfe dort, wo sie nötig ist. Dieses Programm ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Hildebrandt, ich bitte jetzt Sie.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bewundere den Mut von Herrn Schröder, sich heute hier hinzustellen und den Eindruck zu erwecken, als sei er der berufene Mann, die Landesregierung anzumahnen und ihr Vorhaltungen zu machen. Es ist ja nicht der Punkt, Herr Schröder, daß man Ihnen vorwirft, Sie hätten sich im Ausmaß und im Tempo der deutsch-deutschen Entwicklung geirrt — das haben wir alle —, sondern das, was uns unterscheidet, ist, daß Sie diese deutsch-deutsche Entwicklung hin zu einer staatlichen Einheit nicht wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Graetsch [FDP]: Das ist es! — Gegenruf von Wernstedt [SPD]: Stimmt doch gar nicht! Das ist eine Überinterpretation!)

— Es gibt genug Belege dafür! Ich brauche doch hier nicht die ganzen Zitate zu wiederholen. Ich könnte hier auch noch andere Zitate anführen. Ich glaube, das ist hier im Lande auch hinlänglich bekanntgeworden.

(Zempel [SPD]: Was wollten Sie denn? Sie wissen doch gar nicht, was Sie wirklich wollen!)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat ein Hilfsprogramm vorgeschlagen, das eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit mit der DDR bietet. Sie wissen, daß es zwischen den Regierungsfractionen über die Art und den Umfang und das Tempo der Hilfen für die DDR zeitweise unterschiedliche Meinungen gegeben hat. Ich begrüße deshalb ausdrücklich für meine Fraktion das nun gefundene Programm.

Die Regierungserklärung hat deutlich gemacht, daß die Landesregierung entschlossen ist, den Anfang zu machen. Der Bundesaußenminister, aber auch Politiker von Union und SPD sagen mit Recht, daß die Einheit der beiden deutschen Staaten nicht ohne erhebliche Investitionen aus der Bundesrepublik zu haben sei. Die Mittel, die Niedersachsen der DDR zur Verfügung stellt,

sind nur ein bescheidener Beitrag im Verhältnis zu den Summen, die erforderlich sind, um das Ziel auch nur annähernd gleicher Lebensverhältnisse in den beiden deutschen Ländern zu erreichen. Die Mittel, die wir zur Verfügung stellen wollen, sollen Signale setzen, damit sich für die Menschen in der DDR konkret in erfahrbaren Bereichen die Dinge langsam zu ändern beginnen; sie sollen die Menschen bestärken, daß das Verbleiben in ihrer angestammten Heimat richtig ist. Das können nur Signale sein. Wir machen uns also keine Illusionen darüber, daß der Schlüssel zur Lösung des Problems einzig in der DDR liegt.

(Zempel [SPD]: Nur!)

Jeder, der sich hier hinstellt und sagt, die riesigen Investitionssummen zur Sanierung der Umwelt, die durch eine sozialistische Planwirtschaft kappungsgemacht worden ist, die Modernisierung der Wirtschaft und die Herstellung auch nur annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse in der DDR seien mit fiskalischen Mitteln nur annähernd zu erreichen, lügt sich und der Öffentlichkeit etwas vor.

(Beifall bei der FDP.)

Die Sozialisten und mit ihr die Linke mögen es zu großer Meisterschaft gebracht haben im Beklagen von Mißständen. Einen konstruktiven Vorschlag, wie sich die Lebensverhältnisse von Menschen und der Schutz von Natur und Umwelt wirklich verbessern lassen und wie sich Mißstände in der Praxis dauerhaft beheben lassen, ist selten erkennbar.

Nicht nur in der DDR und in den Ländern Mitteleuropas ist der Sozialismus gescheitert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Er hat überall auf der Welt nicht eines der Probleme, die die Menschen bewegen, lösen können.

(Beifall bei der FDP.)

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen nach wie vor Welten. Der Weg, der jetzt in der DDR gegangen werden muß, ist der Weg der sozialen Marktwirtschaft.

Die DDR muß ihre Verhältnisse internationalen Bedingungen anpassen. Sie muß die Voraussetzungen schaffen, damit dieser Standort interessant wird für Investoren aus aller Herren Länder. Das, was die Übergangsregierung Modrow, der sicher guter Wille zu bescheinigen ist, bislang zuwege gebracht hat, ist, gemessen an dem, was nötig gewesen wäre, Stückwerk. Es ist kein reformerischer Schwung erkennbar. Ich will für meine Fraktion klipp und klar sagen: Die Verantwortung für den anhaltend hohen Zuzug von Über-

siedlern liegt allein in der DDR. Herr Ehmke und mit ihm die SPD irren gewaltig, wenn sie glauben, die Verantwortung der Bundesregierung in die Schuhe schieben zu können.

„Marktwirtschaft“ lautet das Zauberwort, das mittlerweile alle politischen Kräfte nicht nur in der DDR fasziniert. Ohne eine klare, auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete DDR-Wirtschaft wird nichts zu machen sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich glaube auch, daß die nach wie vor sehr hohe Bereitschaft der Bundesbürger, in der DDR zu helfen, sehr schnell nachlassen wird, wenn sich herausstellt, daß sich die DDR bestimmte Modelle und Fossile des Sozialismus von der Bundesrepublik bezahlen läßt.

Ich will auch einmal einen Aspekt zumindest erwähnen, der in der gegenwärtigen Diskussion zu kurz kommt: Es ist in der DDR nicht mit einer politischen Revolution getan, nicht einmal eine wirtschaftliche Revolution wird genügen. Komplett und wirklich erfolgreich wird die Revolution dann sein, wenn die heute kollektivistisch organisierte Gesellschaft den Wert des freien selbstbestimmten und selbstverantwortlich handelnden Menschen erkennt.

(Zempel [SPD]: Das ist doch längst passiert!)

Dies ist für uns Liberale die tiefergehende Begründung dafür, weshalb wir uns in den Beratungen innerhalb der Koalition mit soviel Vehemenz für ein Programm für den politischen und wirtschaftlichen Mittelstand in der DDR eingesetzt haben. Dieser Mittelstand wird der Motor einer Erneuerung der DDR-Gesellschaft sein. Ohne einen Mittelstand, der auch bei uns in der Bundesrepublik mehr als 96 % aller Unternehmen umfaßt, wird sich die DDR nicht entwickeln.

(Küpker [FDP]: Sehr wahr! — Beifall bei der FDP.)

Wenn heute — die Grünen sind das aktuelle Beispiel — wieder davor gewarnt wird, das System der Bundesrepublik auf die DDR zu übertragen, wenn es auch in der Bundesrepublik Kräfte gibt, die von einem sogenannten dritten Weg sprechen, dann kommt mir das vor wie eine Phantomdiskussion.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Richtig!)

Ich habe von den vielen Wortbeiträgen in der Vergangenheit nicht einen einzigen Linken gehört, der mir dieses Modell in seinen praktischen Seiten hätte beschreiben können.

(Gansäuer [CDU]: Richtig!)

Hildebrandt

Ich glaube, dieses Modell kennt niemand; das gibt es auch nicht.

Ich komme zurück auf das vom Ministerpräsidenten vorgestellte Hilfsprogramm. Es ist das wohl umfanglichste Hilfsprogramm, das von Ländersseite aufgelegt wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Der Bundestag debattiert heute über Möglichkeiten, die DDR wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen. Die zentralen Bausteine dafür sind die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. In diesen Schlüsselbereichen gilt es einen Arbeitsplan zu entwickeln, der den inzwischen stürmisch angelaufenen Prozeß der Wiederherstellung der staatlichen Einheit in den heutigen Grenzen in halbwegs geordneten Bahnen verlaufen läßt. Der Bundeswirtschaftsminister hat kürzlich gesagt: Wer schnell hilft, hilft doppelt.

Das Programm, das die Landesregierung gestern beschlossen hat, hilft vor allem den vielen kleinen Handwerkern und Unternehmern. In den letzten Wochen haben wir Hunderte von Schreiben von Friseurmeistern, Fernsehtechnikern bis hin zu Tischlermeistern erhalten, die uns dringend um Unterstützung gebeten haben. Diese Unterstützung werden sie jetzt erhalten. Unser Programm steht unter dem Leitsatz: Hilfe zur Selbsthilfe. In kleinen und mittleren Unternehmen ist Marktwirtschaft am schnellsten und am unmittelbarsten erfahrbar und erreichbar. Dort zeigen sich die positiven Ergebnisse unmittelbar und auch in der Fläche.

Im Umweltschutz hat Niedersachsen schon eine Vorreiterrolle übernommen. Die schon in Angriff genommenen Projekte müssen jetzt zügig fortgeführt werden. Gemeinsam mit der CSSR und den Anrainerstaaten der Elbe muß zügig ein Sanierungsprogramm für diesen schmutzigsten Fluß Europas erarbeitet werden. Die Verhandlungen zur Sanierung von Werra und Weser machen hoffnungsvolle Fortschritte. Das Programm der Landesregierung wird nicht das letzte Wort sein. Hilfe für die Nachbarländer eines künftigen deutschen Bundesstaates wird eine Daueraufgabe sein.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat in den letzten Tagen nicht zuletzt deshalb so hartnäckig auf ein Hilfsprogramm gedrungen, weil wir von dem Ansatz ausgehen, daß das Problem des ungebrochenen Zuzugs von Übersiedlern mehr und mehr nicht nur ein Problem der DDR ist, sondern auch eines der Bundesrepublik.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir können das Problem nicht in der Bundesrepublik lösen. Wir können es nur in der DDR lösen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Verknüpfung der deutschen Frage, die für die SPD schon keine Frage mehr war, mit der sozialen Frage hat die innenpolitischen Debatten der letzten Wochen bestimmt. Die SPD, die sich im allgemeinen gern als eine soziale und solidarische Partei aufführt, scheint besonders stolz darauf zu sein, daß es dem Saarländer Oskar Lafontaine gelungen ist, mit dem Gegeneinanderauspielen von Aus- und Übersiedlern sowie den sozial Schwächeren in der Bundesrepublik einen Wahlsieg zu erringen. Lafontaine hat in Niedersachsen offenbar seinen Nachahmer gefunden.

(Zuruf von Zempel [SPD].)

— Ich weiß nicht, ob Sie auf diese Art Erfolg wirklich stolz sein können, Herr Zempel.

(Zempel [SPD]: Das ist Ihre Art Diffamierung!)

Ich würde doch gern von der SPD und auch von Ihnen, Herr Zempel, erfahren, ob Sie es für solidarisch und sozial halten, wenn die Opfer des Sozialismus — das ist die überwältigende Mehrheit der DDR-Bürger — und die sozial Schwachen in der Bundesrepublik gegeneinander ausgespielt werden,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

um nicht zu sagen: gegeneinander aufgehetzt werden. Ist es wirklich solidarisch und sozial, wenn der Kollege Schröder in einem Zeitungsinterview sagt, die DDR-Hilfen dürften nicht dazu führen, daß am sozialen Netz der Bundesrepublik gerüttelt werde, wenn er in kaum zu überbietender Scheinheiligkeit sagt, man dürfe die Arbeiter sowie Rentnerinnen und Rentner nicht zwingen, das bißchen erworbenen Wohlstand preiszugeben?

Das politische Kalkül, das hinter dieser kalt-schnäuzigen Rechnung steckt, lautet im Klartext doch: Sie sollen bleiben, wo der Pfeffer wächst.

(Zurufe von der SPD.)

Er spekuliert doch auf die Stimmung und auf allzu natürliche Ängste der Bevölkerung. Die, die zu uns kommen, die hier Hilfe suchen, weil sie zu Hause keinen Ausweg mehr wissen,

(Zustimmung bei der FDP)

weil sie von dem sozialisten Staat, der Ihnen nähergestanden hat als uns, um ihre Lebenschance betrogen wurden, sollen sehen, wo sie bleiben.

Das ist doch der Grund, der dahintersteht.

(Zustimmung bei der FDP.)

Das ist doch exakt das gleiche Argumentationsmuster, Herr Zempel, das in einer Partei, die sich selbst gern solidarisch und sozial aufführt, Karrieren zum Kanzlerkandidaten ermöglicht.

(Zuruf von der SPD.)

Das Lied vom Teilen singen Sozialdemokraten der Bundesrepublik. Hier predigt Oskar Lafontaine — ich zitiere —: „Dem Interessenegoismus einer Mehrheit, die ihren Besitzstand mit Zähnen und Klauen verteidigt“ müsse die „Solidarität derer, die noch drin sind, mit denen draußen entgeggestellt werden.“ — Wo bitte, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, bleibt Ihre Solidarität mit denen, die noch draußen sind, die 40 Jahre um ihre Lebenschancen betrogen worden sind?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Frau Pistorius [SPD]: Große Sprüche!)

Ich möchte noch ein Beispiel für Ihre geradezu antiaufklärerische, kleinbürgerliche und kleinkrämerische Gesinnung aufführen, die aus solchen Zitaten spricht.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wo ist Ihre Solidarität? Wo sind die Wohnungen für diese Leute?)

Wir haben uns, Herr Zempel, in diesem Landtag vor gut zwei Jahren über das Thema „Mißbrauch des Asylrechts“ unterhalten. Was CDU und FDP damals wollten, war nichts anderes, als den nachgewiesenen Mißbrauch dieses von den Freien Demokraten strikt verteidigten Grundrechts zu beseitigen. Ich will Ihnen, meine sehr verehrten Kollegen von der Sozialdemokratie, aber auch den Kollegen der Koalition einmal vorlesen, was wir uns damals von Herrn Schröder anhören mußten. Ich zitiere Herrn Schröder:

„Sie betrachten doch dieses Problem ausschließlich unter dem Aspekt, wie Sie die, die um Hilfe einkommen, möglichst schnell, möglichst brutal und möglichst radikal wieder herauskriegen.“

(Hört, hört! bei der CDU.)

In derselben Rede warf Herr Schröder der Koalition indirekt vor, sie verfüge nur über „Restbestände von Menschlichkeit“. — Ich frage Sie von der SPD jetzt einmal: Wie nimmt sich vor diesem Hintergrund das aus, was Ihre Partei zur Zeit auf dem Rücken von Menschen austrägt, die unter 40 Jahren Sozialismus gelitten haben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zuruf von der CDU: Wo ist Schröder denn?)

Ich könnte Ihnen eine Reihe von Zitaten bis hin zu zahlreichen entsprechenden Äußerungen von Herrn Lafontaine nennen, die suggerieren sollen, es müsse endlich Schluß damit gemacht werden, daß Menschen, die in der DDR nie richtig malochten hätten, hier bei uns an den gedeckten Tisch kommen und sich bedienen. Das ist, auf den Punkt gebracht, Ihr politisches Kalkül. Deshalb habe ich gestern auch gesagt, daß diese Haltung für die Sozialdemokratie unwürdig ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Kollege Schröder, überdenken Sie einmal Ihre Äußerung vor dem Hintergrund der Debatte, die am 24. September hier im Niedersächsischen Landtag stattgefunden hat! Es ist der Stil Ihrer Argumente — die Art, wie Sie sie an den Mann und an die Frau bringen —, die ich hier an Ihren selbst gesetzten Ansprüchen messe. Da versagen Sie. Sie verkennen auch heute noch hartnäckig, daß die Bundesregierung schon zum 1. Januar 1990 eine ganze Reihe von Leistungen an Über- und Aussiedler, für die die Grundlagen entfallen sind, gekürzt hat.

(Dr. Riege [SPD]: Warum denn?)

— Weil sie die Gleichheit in den Chancen haben wollte.

(Dr. Riege [SPD]: Na eben, Gleichheit!)

Ich bitte, allen Sozialdemokraten hier vorne zu sagen, ob das den Aussiedlerstrom wirklich hat bremsen können. Für die, die es nicht wissen oder nicht wissen wollen, weil sie noch ihre parteipolitischen Süppchen kochen, sei gesagt: Der Strom der Aus- und Übersiedler ist trotz Kürzungen angewachsen. Ihre Rechnung, mit Leistungskürzungen lasse sich der Zuzug stoppen, ist falsch. Sie wissen das. Die wenigsten kommen hierher, um sich hier auf Kosten der Bundesbürger ein heiteres Leben zu machen. Die Menschen kommen deshalb, weil sie Not und Hoffnungslosigkeit drücken. Sie aber zeigen diesen Menschen die kalte Schulter. Herr Schröder, wie wollen wir denn auf dieser Basis Solidarität finden? Wie wollen wir den Gemeinsinn finden — der nötig ist, um zwei Gesellschaften anzugleichen —, wenn wir nicht zum Teilen bereit sind?

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Beim Teilen nehmen wir die FDP beim Wort!)

Die Stimmungen, die Sie und Ihre Parteifreunde schüren, sind für den Prozeß der Einigung schädlich, den zu wollen Sie mittlerweile vorgeben.

Hildebrandt

Ich möchte Sie herzlich bitten, künftig mehr Sachlichkeit walten zu lassen.

(Zustimmung von Schmalstieg [SPD].)

Dann läßt sich sehr viel besser vernünftig darüber reden, was ansatzweise in dem steckt, was Sie vorschlagen. Denn niemand in dieser Koalition übersieht, daß es auch in der sozialen Marktwirtschaft soziale Probleme gibt. Niemand übersieht, daß uns Wohnungen fehlen. Wir haben uns an die Arbeit gemacht und Programme zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit und zur Behebung der Wohnungsnot aufgelegt. Herr Schröder, bitte respektieren Sie aber endlich einmal, daß ohne die außerordentlich erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Koalition die Beschäftigungslage schlimm wäre und daß wir ohne diese erfolgreiche Koalitionspolitik nicht das Geld hätten, die vielen Tausende von Wohnungen zu bauen, die jetzt gebaut werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir können nur feststellen, daß alle Probleme, für die Sie hier Lösungskompetenz beanspruchen, in den Ländern, in denen Ihre Partei am Ruder ist, sehr viel schlechter gelöst sind. Das sollte Sie zumindest zum Nachdenken bringen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zempel [SPD]: Sie sind ein mieser Diffamierer!)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Herr Ministerpräsident.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will doch noch einige Punkte aufnehmen nach den Ausführungen des Oppositionsführers,

(Schröder [SPD] sitzt auf einem Platz in der letzten Reihe der SPD-Fraktion)

der inzwischen wieder weggetaucht ist an den Platz, den er in den letzten Wochen immer eingenommen hat, wenn über deutschlandpolitische Fragen geredet wurde, nämlich nicht hier vorne, sondern möglichst weit zurückgezogen, und das auch zu Recht.

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Haben Sie das nötig? Völlig sinnlose Polemik! — Küpker [FDP]: Wollen Sie damit sagen, er ist ein Hinterbänkler? — Frau Tewes [SPD]: Können Sie nur in der ersten Reihe zuhören? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Doch, wir haben das nötig. Denn diese Auseinandersetzung mit dem Oppositionsführer über das, was er in den letzten Jahren in der Deutschlandpolitik gesagt hat, wollen wir ihm nicht ersparen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Schröder, es geht eben nicht um die Frage der Fehleinschätzung — daß das eine gigantische Fehleinschätzung ist, was Sie bisher in den vergangenen zwölf Monaten vertreten haben — und das, was jetzt tatsächlich eingetreten ist.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wer ist „Sie“?)

Diese Fehleinschätzung ist nicht der entscheidende Punkt. Wenn Sie nur sagen würden — das sagen Sie natürlich jetzt — „Ich habe mich, als ich von Lebenslüge und Illusion gesprochen habe, total geirrt“, würde ich sagen: In Ordnung, Sie haben sich geirrt. Nein, Sie hatten aber das Ziel aufgegeben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie haben hier ausdrücklich erkennen lassen, daß Sie das Ziel der staatlichen Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands nicht mehr wollten, daß es Ihnen nur noch um die kulturelle Einheit ging. Sie haben das sogar so weit getrieben, daß Sie das Grundgesetz bewußt mißinterpretiert

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dieser Angelegenheit souverän mißachtet haben. Das haben wir nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP. — Zuruf von Küpker [FDP].)

— Sie sind im übrigen nicht der einzige gewesen. Das kann man ja — wenn bei den Sozialdemokraten auch nur noch eine Spur von Ehrlichkeit vorhanden ist — einmal erwähnen: Groß ist die Legion derer, die die Wiedervereinigung Deutschlands total abgeschrieben hatten. Zu denen gehört auch Ihr jetziger Bundeskanzlerkandidat. Noch im November des vergangenen Jahres — das hat mich persönlich tief getroffen — hat Egon Bahr gesagt: „Das Gerede von der Einheit ist Lüge, Heuchelei und politische Umweltverschmutzung.“ Das sind Töne, die Sie sich einmal merken sollten. Wenn Sie jetzt aber so tun, als ob Sie schon immer für die Einheit gewesen sind, dann ist das schlicht die Unwahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich weiß im übrigen, daß in den von der Sozialdemokratischen Partei geführten Debatten auch ganz andere Meinungen vertreten worden sind. Das ist wahr.

Eine weitere Bemerkung. Was Sie zu der Steuerreform gesagt haben, das kann wirklich nur jemand sagen — ich wundere mich, daß Sie diesen Mangel noch nicht korrigiert haben —, der von kreislauftheoretischen Zusammenhängen keine Ahnung hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

In Wahrheit ist es doch so, daß gerade die Steuer-senkungen in den vergangenen Jahren ganz maßgeblich zur Stabilisierung des gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs beigetragen haben. Sie sollten sich einmal daran erinnern, wie es zur Jahreswende 1987/88 aussah, als wir hier im Januar 1988 die erste Landtags-sitzung durchgeführt hatten, als wir den großen Börsenkrach hatten und als die Devisenbörse wegen des gewaltigen Dollarsturzes beinahe zusammengebrochen ist. Seinerzeit haben sich alle Wirtschaftsfachleute besorgt gefragt, ob dies das Ende des Aufschwungs ist und ob wir mit einer Stagnation oder gar einer Rezession rechnen müssen. Die Tatsache, daß aufgrund der Steuerreform genau in dieser Phase ein Kaufkraftzuwachs in die Hände der Bevölkerung — und zwar des ganzen Volkes — gelangt ist

(Aller [SPD]: Für wen, müssen Sie doch einmal sagen! Die Zweidrittelgesellschaft, die Sie hier immer wieder predigen, müssen Sie hier einmal offenlegen!)

und die Umsätze des Einzelhandels in Niedersachsen wieder zugenommen haben, hat den neuen Aufschwung auch für 1988 und 1989 bewirkt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wenn Sie kreislauftheoretische Zusammenhänge kennen, dann wüßten Sie, daß sich diese Tatsache auch auf die Steuereinnahmen der öffentlichen Hände niedergeschlagen hat. Wenn die Steuereinnahmen auf Bundes- und Länderebene im Jahre 1989 um 9 bis 11 % angewachsen sind, dann doch gerade wegen dieser konjunktur-stabilisierenden Maßnahmen, die durch die Steuerreform möglich geworden sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Dasselbe wird übrigens im Jahre 1990 geschehen: Trotz einer gewaltigen Steuersenkung auf breiter Front werden wir höhere Steuereinnahmen erzielen als im Jahr zuvor.

Ich möchte empfehlen, die kreislauftheoretischen Überlegungen auch einmal auf das Problem der Aus- und Übersiedler zu übertragen. Es ist natürlich richtig, daß wir vor gewaltigen Problemen stehen. Die ganze Welt staunt aber darüber, daß die Bundesrepublik ein solch flexibles System hat, das es ermöglicht hat, den Zustrom von etwa 800 000 Menschen innerhalb nur eines einzigen Jahres bislang ohne größere Katastrophen zu verkraften. Das ist schon eine große Leistung unseres Systems.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Natürlich weiß jeder von uns, daß dies zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt führt; wenigstens so lange, bis die neuen Wohnungen gebaut sein werden. Deshalb bauen, bauen und bauen wir auch. Wir werden auch in den nächsten Jahren bauen. Niedersachsen hat das Volumen seines Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1990 ver-sechsfacht, was wiederum eine Leistung unseres wirtschaftlichen Systems ist. Das ist alles richtig.

(Widerspruch bei der SPD.)

Es ist ja unbestritten, daß es hier zu Spannungen kommt. Ich sage aber — kreislauftheoretisch gesprochen — einmal folgendes: Man muß auch einmal die Gegenrechnung aufmachen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben errechnet, daß allein der Zustrom von Aussiedlern im Jahre 1988 im Jahre 1990 zu einer Erhöhung des Sozialprodukts um 25 Milliarden DM führen wird. Die 800 000 Menschen, die im vorigen Jahr zu uns gekommen sind, sind hierbei noch nicht berücksichtigt. Ein Viertel dieses Betrages entfällt auf Steuereinnahmen für den Staat. Mit anderen Worten, dieses Ganze wird, kreislauftheoretisch gesprochen, erhebliche Wirkungen haben: eine Verbesserung der Finanzierung unserer sozialen Systeme, weil es in erster Linie nicht alte, sondern junge Menschen sind, die zu uns kommen,

(Zustimmung bei der CDU)

erhöhte Steuereinnahmen, die wieder für die staatlichen Aufgaben verwendet werden können, und vieles andere mehr.

Ich will schließlich ein Wort zu den Übersiedlern sagen, denn Sie haben sich sehr stark auf das Thema konzentriert. Mir scheint, daß die Unterschiede zwischen unseren Positionen in der Praxis in Wahrheit nicht so groß sind, wie man das aus der Diskussion schließen könnte.

(Zempel [SPD]: Das müssen Sie Herrn Gansäuer sagen!)

Die Unterschiede erscheinen groß, weil Sie diesen verhängnisvollen demagogischen Appell an den

Dr. Albrecht

Egoismus und an die niederen Instinkte der Menschen in unserem Volke gerichtet haben.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung bei der FDP.)

Herr Hildebrandt hat eben zu Recht darauf hingewiesen, daß sich die Sozialdemokraten jahrelang darüber beschwert haben, daß in diesem Land in bezug auf die Asylanten und andere Fremdenfeindlichkeit geschürt werde. Das, was Sie jetzt machen, ist das Schüren von Übersiedlerfeindlichkeit. Das ist genauso verwerflich wie das Schüren von Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn man diese innere Einstellung hat, kommen solche Mißgriffe vor.

(Wernstedt [SPD]: Alles Unterstellungen! — Zempel [SPD]: Das stimmt nicht, Herr Albrecht!)

Ich spreche noch nicht einmal von Lafontaine. Ich spreche von dem von Ihnen geprägten Ausdruck des Hinten-Anstellens. Die Übersiedler sollen sich nach unserer Überzeugung nicht hinten anstellen, sie sollen auch nicht vorweggehen; sie sollen vielmehr mit den anderen gleichbehandelt werden, aber sich eben nicht hinten anstellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Lachen und Zustimmung bei der SPD. — Zempel [SPD]: In die Reihe!)

Das ist die Position, die wir von Anfang an vertreten haben.

(Zustimmung bei der CDU. — Lachen bei der SPD. — Zuruf von Frau Tewes [SPD].)

Deshalb hat die Bundesregierung die Leistungen gekürzt. Nur, verehrte Frau Kollegin, es ist ein großer Unterschied: Derjenige, der als Flüchtling kommt und das Loch im Zaun benutzen muß, um für sich und seine Familie ein menschenwürdiges Leben zu erreichen, ist in einer anderen Position als derjenige,

(Bruns [Emden] [SPD]: Richtig!)

der heute bei offenen Grenzen herüberkommt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP. — Zurufe von der SPD.)

Deshalb sage ich, daß die Unterschiede in der Praxis weniger gravierend sind, als es den Anschein hat. Das Unangenehme sind die falschen Töne, die durch Sie in die Diskussion hineingebracht werden. Auch das Wort vom Krummlegen gehört zu diesen falschen Tönen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von der SPD.)

Das ist in Wahrheit — ich wiederhole das in aller Klarheit — dieser moralisch nicht vertretbare Appell an die niederen Instinkte in unserem Volke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Niemand sollte sich darüber hinwegtäuschen, daß wir, was immer hinsichtlich der Zahl der Übersiedler oder sonst geschieht, die Solidarität des Volkes brauchen werden, wenn wir die großen Probleme lösen wollen, vor denen wir jetzt stehen. Was immer auch am 18. März oder danach geschieht, wer auch immer die Regierungsverantwortung in der DDR trägt,

(Aller [SPD]: Haben Sie heute die Umfrage gelesen?)

es werden gewaltige Probleme auf uns zukommen. Nur wenn wir nicht an den Egoismus in unserem Volk appellieren, sondern wenn wir an die Solidarität appellieren, können wir diese Probleme lösen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Ministerpräsident, möchten Sie eine Frage des Kollegen Aller beantworten?

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Aber gern!

Vizepräsident Bosse:

Bitte sehr, Herr Kollege Aller!

Aller (SPD):

Herr Dr. Albrecht, sind Sie nach dem, was Sie eben gesagt haben, bereit, den Initiativen der SPD zu folgen, die die Gleichstellung der Bundesbürger und derjenigen, die jetzt zu uns kommen, ohne daß sie Flüchtlinge sind, zum Ziel haben?

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Aller, wir werden diese Initiativen im Ausschuß sehr sorgfältig beraten.

(Bruns [Emden] [SPD]: Das klang bei Gansäuer ein bißchen anders! Das mit den niederen Instinkten klang ganz anders!)

Wir erwarten von der SPD, daß sie die Initiativen, die die Bundesregierung jetzt ergreifen wird, um die Gesetzgebung noch einmal zu verbessern, ebenso sorgfältig beraten wird.

(Bruns [Emden] [SPD]: Gerade eben waren es noch niedere Instinkte!)

Dann können wir wahrscheinlich ohne große Schwierigkeiten zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Das ist nicht das, was uns trennt. Uns trennen die anderen Dinge, die ich genannt habe.

Das dritte Thema ist die Frage nach der Währungsunion. Sie haben mich gebeten, dazu etwas zu sagen. Ich will das tun.

(Frau Tewes [SPD]: Herrn Gansäuer schicken Sie in der Zeit zur Kur!)

— Nein, Herr Gansäuer hat eben genau den Punkt aufgegriffen, den auch ich aufgegriffen habe,

(Beifall bei der CDU)

nämlich daß dieser Appell an die niederen Instinkte unvertretbar ist.

Nun ein Wort zur Währungsunion. Niemand von uns unterschätzt, daß das Problem der schnellen Herstellung der Währungsunion für die Menschen drüben von außerordentlich großer politischer, aber auch psychologischer Bedeutung ist. Sie haben offensichtlich den Eindruck, daß sie aus einem großen Teil ihrer Schwierigkeiten heraus wären, wenn sie erst einmal DM als die gültige Währung auch in der DDR hätten. Ich kann das verstehen, und wir müssen das im übrigen als ein politisches Faktum auch hinnehmen. Trotzdem ist es Aufgabe der gewählten Politiker, klaren Kopf zu behalten und nicht nur solchen verständlichen Emotionen und emotionalen Bestrebungen zu folgen. Ich will meine Meinung dazu auch deutlich sagen.

Ich glaube, daß es zwei unterschiedliche Operationen gibt, die aber zusammengeführt werden müssen. Die eine ist, daß die Währung der DDR, wenn ich das so sagen darf, wieder ehrlich gemacht wird. Wenn eine Währung verspricht, daß z. B. für einen 10-Mark-Schein Waren im Wert von 10 Mark gekauft werden können, dann müssen diese Waren auch gekauft werden können, und zwar ohne Begrenzung und ohne daß es heißt: Du kannst nichts kaufen, weil nichts vorhanden ist. Mit anderen Worten: Der Kaufkraftüberhang, der im Augenblick vorhanden ist, muß irgendwie beseitigt werden; sonst gibt es überhaupt keinen wirtschaftlichen Aufschwung in der DDR. Dazu gibt es zwei Methoden und nicht mehr. Die eine Methode ist die, daß man die Preise freigibt. Ich kann das nicht befürworten. Das gibt dann eine Inflation in der DDR, in der viele Menschen auf dem untersten Einkommensniveau leben. Wenn man das nicht befürwortet, bleibt nur die andere Möglichkeit, daß man nämlich einen Währungsschnitt macht und beispiels-

weise zehn alte Ostmark gegen sieben neue eintauscht. Dies ist aber nach meiner Überzeugung aus denselben Gesichtspunkten sozial nicht vertretbar für jene, die ein Leben lang gearbeitet haben, sich für ihr Geld nichts kaufen konnten und gespart haben. Was die Rentner angeht, so können diese zu großen Teilen von ihrer Rente, obgleich sie 45 Jahre lang eingezahlt und gespart haben, nicht leben. Sie müssen deshalb aus ihrem Sparguthaben jeden Monat noch etwas wegnehmen. Es gibt Gott sei Dank eine Möglichkeit, das Problem zu lösen, weil das Staatsvermögen in den ehemals sozialistischen Ländern so gewaltig ist, daß man den Menschen für den Teil, der nicht in harte neue Mark eingetauscht werden kann, Vermögensanteile geben kann, also Beteiligungen am Betriebsvermögen oder Beteiligungen am Wohnungsvermögen. So scheint mir also hier eine sozialverträgliche Währungsreform, was den Innenwert des Geldes angeht, möglich zu sein.

Das zweite Problem ist der Außenwert der Ostmark, und auch dazu kann ich nur sagen: Da kann man gewaltige Fehler machen. Setzt man den Wechselkurs zu günstig an — was zunächst aus dem Impuls heraus käme, wir wollen doch die Ostmark nicht so weit abwerten —, dann gehen beim freien Wettbewerb über die Grenze hinüber — das ist ja das Ziel — reihenweise die Betriebe bankrott. Die Arbeitslosigkeit, die Folge einer solchen Fehlentscheidung wäre, will dann auch keiner verantworten. Setzt man den Wechselkurs für die Menschen in der DDR zu niedrig fest, dann ist zwar die Position der Wirtschaft im internationalen Wettbewerb verbessert, aber es gibt eine solche Verteuerung der Importe, die lebensnotwendig sind, auch der Investitionsgüterimporte, daß von daher wieder ein erheblicher Inflationsdruck in dem Land entsteht. Mit anderen Worten: Man muß das Kunststück vollbringen, diesen Wechselkurs richtig festzusetzen, und mir ist keine Methode bekannt, nach der der richtige Kurs herausgefunden werden kann, ohne daß man zunächst für eine begrenzte Zeit aufgrund eines freien Devisenmarktes nach Angebot und Nachfrage sich austarieren läßt, wo dieser richtige Wechselkurs liegt. Das heißt nach meiner Überzeugung, daß man nicht innerhalb von 24 Stunden die Währungseinheit herstellen kann. Wenn wir aber auf der anderen Seite das politische Ziel haben, die Währungseinheit schnell herzustellen, gut, dann muß man die Etappen, die ich eben genannt habe, kurz definieren, um dann — auch wenn ein Restrisiko verbleibt — auch zu der vollen Währungseinheit zu kommen. Ich glaube, daß das drüben auch psychologisch vertretbar ist in dem Augenblick, wo die Menschen begreifen,

Dr. Albrecht

daß es nur noch eine Frage von einem halben Jahr oder einem Jahr ist, bis die eine Deutsche Mark da ist. Dann ist das psychologisch sehr viel leichter zu ertragen, als wenn die Menschen in der Ungewißheit sind, wann das kommen wird.

Das wollte ich zu der Debatte doch noch gern gesagt haben. Im übrigen bedanke ich mich für diese intensive Debatte. Sie ist auch noch nicht zu Ende. Einige Kabinettsmitglieder haben noch den Wunsch, einige Punkte aufzugreifen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat nunmehr der Kollege Wernstedt.

Wernstedt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem, das Herr Albrecht beschrieben hat, schien mir viel sachlicher und bedeutsamer angepackt zu sein als das, was uns Herr Gansäuer vorhin geboten hat.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Das gilt aber auch für Herrn Schröder!)

Auf diese Weise können wir die Probleme, vor denen wir stehen, überhaupt nicht lösen.

(Jahn [CDU]: Mit Marx schon gar nicht!)

Wir reden über die DDR, über das, was in der DDR und in Rückwirkung auf uns zu geschehen hat. Wir reden aber nicht über Personen, die in der Bundesrepublik Politik machen und Politik machen wollen. Kreislauftheoretisch gesprochen, Herr Albrecht: Das Problem, das Sie beschrieben haben, was eigentlich passiert, wenn so viele Übersiedler und Aussiedler überkommen und wenn sich dann unser Sozialprodukt vergrößert und damit unsere Einnahmen verbessern, ist nur halb beschrieben, wenn man sagt: Wie schön ist es doch, daß so viele junge Leute überkommen.

(Jahn [CDU]: Wer hat das denn gesagt? Das hat doch überhaupt niemand gesagt!)

Das ist die halbe Wahrheit. Wer sagt, daß die jungen Leute, die von drüben überkommen und hier berechtigterweise ihren Wohlstand verbessern wollen, und zwar schnell, der muß gleichzeitig sagen, daß er damit hilft, den Kreislauf in der DDR, der zur sozialen Sicherung führt, total zusammenbrechen zu lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Beide Sozialsysteme — wie schlecht das dort drüben auch organisiert ist — hängen ineinander zu-

sammen. Insofern ist es kreislauftheoretisch überhaupt keine Lösung, wenn wir weiterhin zulassen, daß Leute von drüben überkommen.

(Jahn [CDU]: Zulassen?)

— „Zulassen“ ist ein falsches Wort. Ich sage: wenn wir nicht Mittel finden, einen möglichst schnellen Stopp hinzukriegen. „Zulassen“ ist ein falsches Wort.

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Wernstedt, die Kollegin Frau Schliepack möchte Ihnen eine Frage stellen.

Wernstedt (SPD):

Nein, Frau Schliepack sollte sich etwas mehr gedulden.

Ich will noch einen ganz anderen Punkt aufgreifen, der uns in dieser Debatte in den nächsten Wochen ungeheuer bedrängen wird. Ich rede darüber, was wir uns als Parteien gegenseitig in dem angebrochenen Wahlkampf gemetzelt zumuten wollen oder nicht. In diesen Tagen holt jeden von uns die Geschichte schnell ein. Ein solcher Fall liegt auch beim Vorsitzenden der Niedersachsen-CDU, Herrn Hasselmann, vor. Offenbar in Abstimmung mit einer ganz groß geplanten Wahlkampfstrategie der CDU West und der CDU Ost hat er wahrheitswidrig und in betont böswilliger denunziatorischer Absicht erklärt, die Gründung der SED sei 1946 ein freiwilliger Zusammenschluß von SPD und KPD gewesen.

(Zurufe von der SPD: Unerhört!)

Ich fordere im Namen der SPD-Fraktion und der vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in Gefängnissen der DDR gesessen haben, Herrn Hasselmann auf, diese ungeheuerliche Geschichtslüge zurückzunehmen und sich dafür öffentlich zu entschuldigen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich hätte es kaum für möglich gehalten, daß Christdemokraten Geschichtslügen der SED so schnell übernehmen, wenn es ihnen in den Kram paßt.

(Beifall bei der SPD.)

Denn die Geschichte von der Freiwilligkeit steht in allen Geschichtsbüchern der alten DDR, vom Schulbuch bis zur pseudowissenschaftlichen Abhandlung. Die CDU in dieser Reihe zu sehen macht uns eher traurig.

(Beifall bei der SPD.)

Daß es sich bei dieser Äußerung nicht nur um einen Versprecher von Herrn Hasselmann handelt, darüber kann man wegsehen, weil er schon viel erzählt hat, sondern mehr bedeutet, beweist eine zu gleicher Zeit, nämlich am Sonnabend, dem 3. Februar 1990, gemachte Äußerung des Vorsitzenden der Ost-CDU, Herrn de Maizière. Dieser bisher für honorig gehaltene Mann erklärte in Klötze im Kreis Magdeburg: Der Hauptgegner bei der Wahl am 18. März sei die SPD. Diese habe sich 1946 freiwillig mit der KPD zur SED zusammengeschlossen, und deswegen trage die neugegründete SPD auch die Verantwortung für die Entwicklung der vergangenen 40 Jahre.

(Zurufe von der SPD.)

Jedem Menschen, der nur halbwegs historische Kenntnisse besitzt, muß diese historische und politische Dreistigkeit und Schamlosigkeit die Sprache verschlagen.

(Beifall bei der SPD.)

Das hat ja alles seine politische Funktion. Deswegen sage ich gleich zu Beginn einer solchen Debatte — vielleicht können wir alle dann davon lernen —: Tausende von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind schon vor dem Vereinigungsparteitag 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht unter Druck gesetzt, verhaftet und deportiert worden. Unter fadenscheinigsten Argumenten wurden Prozesse angedroht und durchgeführt. Manche wanderten in das wiedereröffnete KZ Buchenwald. Aus Bautzen liegen fürchterliche Augenzeugenberichte vor. Manche verschwanden in Sibirien und kamen als gebrochene Menschen oder nie zurück.

Nachdem der Zentralauschuß der SPD 1946 in der sowjetischen Zone unter Druck gesetzt worden war und sich der Grotewohl-Flügel durchgesetzt hatte, fanden in der ganzen Sowjetzone SPD-Versammlungen statt, die zum großen Teil von der Sowjetmacht selber einberufen worden waren. In Rostock gab es einen einstimmigen Beschluß gegen die Vereinigung. Diese wurde dennoch unter Druck erzwungen. Die prächtige Käte Woltemathe-Krogmann aus Rostock hat vor drei Wochen dies detailliert auf der Delegiertenkonferenz der SPD der DDR vorgetragen. In den Augenzeugenberichten von gestern abend in der „Aspekte“-Sendung konnte man das auch sehen. Angesichts dieser Geschichte aus Leid, Tränen und Blut kann man die Äußerungen von de Maizière und Hasselmann nur beschämend finden!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ausgerechnet die Ost-CDU, die nach dem Rückzug von Jakob Kaiser und Johann-Baptist Gradl

am Ende der 40er Jahre unter Otto Nuschke alle Privilegien der Ulbricht-Ära und unter Gerald Götting alle Privilegien der Honecker-Zeit genossen und mitverantworten hatte, stellt sich hin und beginnt diesen Wahlkampf,

(Beifall bei der SPD)

als ob es nie eine Nationale Front gegeben hätte, in der sie ja mit der SED zusammen war, als ob es nie in der Satzung der Ost-CDU den Hinweis auf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, nämlich der SED, gegeben hätte, und als ob es nie den von der SED geduldeten Karriereweg durch die CDU in der DDR gegeben hätte. Wer 40 Jahre mit dem Teufel marschiert, darf sich nicht wundern, wenn er nach so langer Zeit auch nach Schwefel stinkt!

(Beifall bei der SPD.)

Der saubere und ehrliche Weg wäre es, wenn sich die West-CDU von der Blockpartei Ost-CDU trennen würde.

(Beifall bei der SPD.)

Die FDP hat dies mit der Gründung der FDP-Ost in offener Absicht, die belastete LDPD doch zu verlassen, bereits getan. Den Mitgliedern der DDR-CDU darf man genausowenig Lernfähigkeit absprechen wie allen anderen Mitläufern.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Das gilt für Sie aber auch!)

Aber die Ost-CDU zu stützen, weil sie in ihrem Wahlkampf funktionierende Büros, Tageszeitungen, Gebäude und geschultes Personal einsetzen kann, ist schon von vornherein ein leicht durchschaubares Spiel.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Der ganze Ärger hat natürlich seinen Grund in der so überaus positiven Resonanz der SPD in der DDR.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Das gemeinsame Grundsatzprogramm der SPD und der SED!)

Auch dies hat natürlich nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit den sozialdemokratischen Traditionen und der Geschichte in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin und an der Ostseeküste zu tun. Die SPD ist die älteste und einzige Partei in Deutschland, die in über hundert Jahren ihren Namen nicht zu ändern brauchte. Das liegt daran, daß ihre politischen Grundsätze von sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie

(Lindhorst [CDU]: Und demokratischem Sozialismus!)

Wernstedt

auch in Krisenzeiten dieses Volkes nicht aufgegeben worden sind.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]:
Und demokratischer Sozialismus, siehe
Bundesparteiprogramm!)

Verfolgung und Unterdrückung während des Sozialistengesetzes und der Nazizeit, Knebelung und Verhaftung während der SED-Ära haben die Werte, die Traditionen und die Organisation auch in der DDR attraktiv gehalten. Insofern holt auch uns und die Sozialdemokraten in der DDR die Geschichte ein. Dies ist für uns nicht nur ein angenehmer, sondern gleichzeitig auch ein ungeheuer verantwortungsvoller Tatbestand.

Wir waren uns im Niedersächsischen Landtag vor wenigen Monaten noch darin einig, daß wir die eigenständigen Kräfte in der DDR sich entwickeln lassen müssen, um den Verfall der staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen zu verhindern, die für einen demokratischen Neuaufbau unerlässlich sind. Davon war auch heute morgen die Rede. In diesem Zusammenhang ist die notdürftige Vereinigung von Ost-CDU, CSU und Demokratischem Aufbruch zur „Allianz für Deutschland“ eine höchst problematische Angelegenheit.

(Beifall bei der SPD.)

Sie ist eine unhistorische Zweckkonstruktion, schon heute beladen mit der Geschichtslüge über die Sozialdemokratie und die Unfähigkeit zu trauern.

(Zuruf von der CDU: Das ist hier doch keine Vorlesung!)

Noch am 13. November 1989, vier Tage nach Öffnung der Mauer, erklärte der Vertreter der CDU in der Volkskammer, die CDU sei bereit, an der Erneuerung des Sozialismus auf deutschem Boden mitzuarbeiten — immerhin noch mit der SED zusammen.

(Zuruf von der CDU: Sie brauchen nur an von Oertzen zu denken!)

Ausgerechnet die CDU in Klötze, vor deren Kreisparteitag der Herr de Maizière geredet hat, hat noch am 26. Oktober, also schon nach dem Rücktritt von Honecker und in der Krenz-Ära, im Rahmen der Nationalen Front dem Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung in Klötze ein breites Betätigungsfeld für dessen Argumentation gegeben.

(Zuruf von der CDU: Alles Duzfreunde der SPD!)

Heute morgen erfahre ich aus der „Braunschweiger Zeitung“ folgende Begebenheit: „CDU-

Kreisvorsitzender Schadt sagte, der neuen SPD in der DDR gehörten zu 60 bis 80 % frühere SED-Mitglieder an,

(Zustimmung bei der CDU — Zuruf von der SPD: Sauerei!)

deshalb dürfe in der DDR 'alles gewählt werden, nur nicht SED oder die SED in verkappter Form, die SPD'. Die CDU-Ortsverbände Braunschweig arbeiteten inzwischen konkret mit CDU-Ortsgruppen in Magdeburg zusammen.“

Meine Damen und Herren, das erste ist falsch. Nachdem wir in den vergangenen Wochen und Monaten mit den Sozialdemokraten in Magdeburg engen Kontakt hatten, will ich Ihnen folgendes sagen.

(Zuruf von der CDU: Wieviel Prozent sind es denn nun?)

Während die CDU-Ost noch die Sonnenseite des untergehenden Honecker-Regimes genoß, saßen unsere Magdeburger Genossen noch in den Kellern und hatten Angst.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist durch alle Zeitungen gegangen, daß der Auflösungsprozeß der SED selbstverständlich bei Tausenden von ehemaligen SED-Mitgliedern Interesse geweckt hat, in die SPD einzutreten. Der Beschluß der DDR-SPD lautet: Es wird niemand aufgenommen, der nach dem 1. Januar 1990 aus der SED ausgetreten ist.

(Lachen bei der CDU.)

Es wird niemand in Funktionen gewählt. Über diejenigen, die die Absicht haben, sich später am Aufbau der DDR zu beteiligen, wird neu befunden.

Meine Damen und Herren, ich kenne viele der kleinen Probleme, die es in der DDR gibt. Wir haben es mit einem Staat zu tun, in dem Millionen Menschen Mitläufer waren: in der SED, in der CDU, in der NDPD, in der DBP und in der LDPD. Wenn wir die Probleme ernsthaft lösen wollen und die qualifizierten Menschen in der DDR halten wollen, dann müssen wir so miteinander umgehen, daß wir endlich auf die alten Kamellen verzichten, die das deutsche Volk in diesem Jahrhundert schon zweimal ins Unglück geführt haben. Dieser Appell geht an Sie.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Der nächste Redner ist Herr Minister Jürgens.

Jürgens, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ein paar Worte zu dem Punkt sagen, der für die Aktuelle Stunde angekündigt ist. Die Diskussion sozialpolitischer Fragen im Zusammenhang mit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze muß dringend versachlicht werden. Ich glaube, das hat auch die heutige Diskussion gezeigt.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Ansonsten werden falsche Signale an die Bürger in der DDR gesendet. Torschlußpanik bei Menschen, die an eine Ausreise aus der DDR denken, wäre das letzte, was wir brauchen könnten. Ich bedauere sehr, daß die Opposition mit dem Stichwort „Sonderleistungen an Übersiedler“ eine sozialpolitische Diskussion weitertreibt, die die Gefahr in sich birgt, Ängste zu schüren, den öffentlichen Eindruck zu vermitteln, unsere Mitbürger aus der DDR wären bei uns unerwünscht, und damit eine unsichtbare Mauer zu errichten. Ich wende mich deshalb mit Nachdruck gegen jeden Versuch der Emotionalisierung und appelliere an Sie alle, dieses Thema mit strengster Sachlichkeit zu behandeln.

Worum geht es? Ein Überblick über das, was Übersiedler als sogenannte Sonderleistungen erhalten, zeigt recht deutlich, daß das, was gelegentlich als Anreiz bezeichnet wird, nicht selten kaum mehr als bloße Existenzsicherung ist. Niemand wird ernsthaft bestreiten können, daß Vorsorge, etwa für den Fall der Erkrankung nach Eintreffen in der Bundesrepublik oder für den Fall der Arbeitslosigkeit, getroffen werden muß. Durch die Einführung eines Eingliederungsgeldes an Stelle des Arbeitslosengeldes hat der Bundesgesetzgeber für arbeitslose Übersiedler ja eben erst eine Lösung gefunden, die den heutigen wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und finanziellen Verhältnissen gerecht wird und gleichzeitig den Belangen der Übersiedler Rechnung trägt.

Aber auch die wenigen übriggebliebenen Leistungen, die Überbrückungshilfe von 200 DM aus Bundesmitteln und 30 DM aus Landesmitteln und das zinsverbilligte Einrichtungsdarlehen, müssen angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse hüben und drüben als bloße Sicherung eines unabweisbar notwendigen Eingliederungsbedarfs für Landsleute angesehen werden, die zu uns kommen wollen, und für die das Tor zur Bundesrepublik offen bleibt.

Es steht für die Landesregierung daher außer Frage, daß notwendige Leistungen bestehenbleiben

müssen. Dies gilt auch für die Kosten der vorläufigen kurzfristigen Unterbringung durch das Land Niedersachsen, soweit sie durch Benutzungsentgelte nicht gedeckt werden.

Wer in diesen Zusammenhang das Aufnahmeverfahren zum jetzigen Zeitpunkt in Frage stellt, der erkennt, daß das Land Niedersachsen in erster Linie die Lasten eines unregelmäßigen Übersiedlungsstroms zu tragen hätte, weil die Verteilung nach Länderquoten dann nicht mehr möglich wäre und die Probleme allein von Städten und Gemeinden zu bewältigen wären.

(Beifall bei der FDP.)

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß seit dem 1. Januar 1990 bisher mehr als 6 000 Übersiedler in den Übergangseinrichtungen des Landes untergebracht werden mußten. Und, meine Damen und Herren, da ist es doch wohl eine Illusion, anzunehmen, daß der Übersiedlerstrom durch hier oder da vorgenommene Leistungskürzungen nennenswert beeinflußt werden kann. Solange das Wohlstandsgefälle zwischen beiden deutschen Staaten bleibt und solange sich die Demokratie in der DDR nicht durchgesetzt hat, wird der Anreiz zur Übersiedlung bleiben. Angesichts der sich ständig wandelnden Verhältnisse in der DDR und in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten wird allerdings zu prüfen sein, ob einzelne Eingliederungsleistungen noch notwendig sind oder ob auf sie verzichtet werden kann.

In der Bund-Länder-Konferenz, die am 26. Januar dieses Jahres unter Vorsitz von Minister Schäuble stattgefunden hat, ist daher die Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe vereinbart worden, die prüfen soll, welche Einschränkungen vorgenommen werden sollten. Dem Ergebnis der Beratungen sollte nicht durch politische Absichtserklärungen einzelner Bundesländer vorgegriffen werden, die Unruhe in einen Bereich hineintragen, in dem abgewogene und sachorientierte Entscheidungen gefragt sind. Daran sollte auch bei den Beratungen in unseren Ausschüssen hier im Landtag gedacht werden. — Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister Hirche, Sie haben jetzt das Wort.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In solchen Debatten ist es sicher notwendig, über

Hirche

vieles zu reden, vor allen Dingen über das, was vor uns liegt. Aber ich stimme dem Kollegen Wernstedt zu, auf den ich zunächst eingehen möchte, daß es auch nicht angängig ist, viele Dinge zuzudecken. Ganz sicher ist es eine falsche Aussage, zu behaupten, es habe einen freiwilligen Zusammenschluß von SPD und KPD gegeben. Es ist sicher richtig, das festzustellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wenn man aber die ganze letzte Zeit betrachtet, dann fällt mir bei Ihrem Hinweis, Herr Wernstedt, Ihre SPD-Genossen hätten noch voller Angst in den Kellern gesessen,

(Wernstedt [SPD]: In Magdeburg!)

ein, daß in den letzten Jahren, als Ihre ehemaligen SPD-Mitglieder, die die SPD jetzt wieder gegründet haben, im Untergrund waren, Ihre führenden Repräsentanten Abkommen geschlossen haben mit der SED

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und — das ist eben schon zitiert worden — daß Gerhard Schröder oder Egon Bahr oder wer auch immer solche offiziellen Kontakte gepflegt haben.

(Schmalstieg [SPD]: Wolfgang Mischnick zum Beispiel! — Wernstedt [SPD]: Ihre aber auch!)

Meine Damen und Herren, wir sollten das einfach festhalten. — Herr Schmalstieg, ich habe dies nur aufgegriffen, weil Herr Wernstedt den Versuch gemacht hat, die Position der SPD in dieser ganzen Frage moralisch zu überhöhen und die SPD in ihrem Verhalten gegen andere zu stellen. Mein hoher Respekt gilt denen in der DDR, die sich unter undemokratischen Verhältnissen eine demokratische Gesinnung bewahrt haben. Aber mein Respekt gilt nicht denen, die sich gemein gemacht haben in manchen Situationen und gemeinsame Erklärungen verabschiedet haben. Das betrifft in diesem Falle nur die SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Wernstedt, ich muß mich auch darüber wundern, daß bei Ihnen noch immer so etwas wie Bedauern darüber mitschwingt, daß der Sozialismus in der DDR gescheitert ist.

(Zurufe von der SPD.)

Wenn Sie von der Aussage abrücken würden, die aus Ihren Reihen zu hören war, in der DDR sei nur eine Spielart des Sozialismus gescheitert, und deswegen sei der Sozialismus genausowenig tot, wie das Christentum tot gewesen sei, weil es die

Inquisition gegeben habe, dann wären wir ein Stück weiter. Aber eine Äußerung und ein Interview von Herrn Schröder, das gestern in der „Neuen Presse“ veröffentlicht wurde, zeigen mir deutlich, daß die Ursachen dessen, was sich in der DDR vollzogen hat, verkannt werden. Dort heißt es: Die Bürger in der DDR müssen sich krummlegen für ihre Zukunft. — Ich frage Sie — Herr Wernstedt, Sie wissen das —: Was haben die Leute eigentlich in den letzten vierzig Jahren getan?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie haben sich fürchterlich krummgelegt, und sie sind bereit, das auch in Zukunft zu tun. Es ist das System, das geändert werden muß und das jetzt geändert wird. Die Menschen insgesamt sind zu Leistung bereit. Deshalb bitte ich, nicht solche Aussprüche zu machen: Die müssen sich krummlegen. Das bedeutet doch: Die sind heute faul, liegen in der Sonne und sind Nichtsnutze. — Das ist nicht die Wahrheit, sondern das ist der Appell an niedere Instinkte.

Meine Damen und Herren, ich finde, da hat der Kommentator einer niedersächsischen Zeitung recht, der da schreibt: Mit solchen Parolen, die an den Sozialneid und an niedere Instinkte appellieren, erweist sich, daß weder Lafontaine noch Schröder das Erbe der SPD verwalten. Was von Brandt derzeit noch mit den Worten „Wir alle müssen Opfer bringen“ dargestellt wird, der Appell an Solidarität ist etwas anderes als das Gebrauchen von Ellbogen gegen die, die ihr eigenes System verändern wollen, ihre eigene Zukunftsperspektive verändern wollen und die auf unsere Solidarität ein Anrecht haben. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die Leitlinie dessen — ich denke, daß darüber auch hier Gemeinsamkeiten erzielt werden müssen —, was Handeln notwendig macht, hat der Ministerpräsident vorhin mit den Worten umrissen: Wir suchen nach Maßnahmen und wollen Maßnahmen einleiten, die die Menschen in der DDR dazu bringen, nicht nur ihre Heimat zu lieben, sondern auch in ihrer Heimat zu bleiben. Das heißt, wir wollen Maßnahmen, die den demokratischen Umbau, aber insbesondere auch den marktwirtschaftlichen Umbau unterstützen. Da ist mir — das sage ich im Unterschied auch zu dem einen oder anderen, der hier heute gesprochen hat oder in der Öffentlichkeit Stellung nimmt — manches noch zu sehr Wortgeklingel. Ich denke nur daran, wie schnell etwa eine Partei wie die SED das Wort „Marktwirtschaft“ in den Mund genommen hat.

Zu einem Zeitpunkt — Herr Wernstedt, Sie haben das als unfair qualifiziert, aber ich wiederhole es —, zu dem die SPD (Bundesrepublik) in Berlin in ihrem Programm den demokratischen Sozialismus beschlossen hat, kommt die SED her und sagt: Wir wollen Marktwirtschaft. Wir sehen aber an der Entwicklung, die sich in der DDR vollzieht, daß noch alle entscheidenden Maßnahmen fehlen, um zur Marktwirtschaft zu kommen. Ein Joint-venture-Gesetz, wie es formuliert worden ist, wird allein nicht das notwendige Kapital bringen. Vielmehr muß z.B. auch die Steuergesetzgebung ganz dringend geändert werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, auch hier kann ich es kurz machen und an das anknüpfen, was der Ministerpräsident gesagt hat. Der Erfolg unserer Wirtschaftsordnung — das heißt auch, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen — hängt maßgeblich damit zusammen, daß wir es geschafft haben, die Steuerbelastung der Unternehmen zu senken,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

was bedeutet, die Ertragskraft der Unternehmen und ihre Situation am Markt zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Es wäre Gift, dem Rezept zu folgen, das von Herrn Schröder genannt worden ist, nämlich auf die Steuerreform zu verzichten. Meine Damen und Herren, wir stehen vor dem entstehenden europäischen Binnenmarkt. Überall um uns herum sind die Ertragsteuern für die Unternehmen geringer als bei uns. Wer auf die nächsten Stufen der Steuerreform verzichten will, riskiert Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Das ist eine unsoziale Haltung, die hier eingenommen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. —

Bruns [Reinhausen] [SPD]: Die Belastung der Betriebe in Westeuropa ist fast gleich!)

— Nein. Herr Bruns, Sie führen ja nicht die Gespräche mit den Unternehmen über die Steuersätze, wie ich dies tun kann.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

Ich sage Ihnen, das ist einer der wesentlichen Punkte, die dabei eine Rolle spielen. Wir haben Gott sei Dank unsere gute Arbeitskraft, die das ausgleicht.

Lassen Sie mich zu dem SPD-Antrag, der zur Strukturpolitik und zu Hilfen in der DDR vorgelegt worden ist, sagen, daß ich es begrüße, daß die SPD an vielen Stellen das unterstreicht, was die Landesregierung an Maßnahmen eingeleitet hat.

(Auditor [SPD]: Umgekehrt ist das!)

— Das ist nicht umgekehrt. Mich hindert auch nicht, für gut zu halten, daß Fragen im Bereich der Verkehrspolitik und des Tourismus und Umweltfragen angesprochen werden, wenn ich feststelle — ich fordere Sie auf, das einfach einmal nachzulesen —, daß weite Teile dieses Entschließungsantrages der SPD in Niedersachsen aus dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit der Bundestagsdrucksache 11/6236 abgeschrieben worden sind. In Ihrem Antrag sind interessanterweise wortgleiche Formulierungen enthalten.

(Auditor [SPD]: Was ist daran schlimm?)

Solange Dinge gut sind,

(Zurufe von der SPD: Eben!)

habe ich nichts dagegen, wenn sie übernommen werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, wo im wesentlichen die Unterschiede liegen. Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion geht sehr viel präziser davon aus, daß das Ziel die deutsche Einheit ist, wozu gesetzgeberische Maßnahmen in der DDR notwendig sind, und er stellt auf Veränderungen des Systems in der DDR ab. Wenn man hingegen Ihren Antrag liest, muß man an verschiedenen Stellen den Eindruck bekommen, als müßten auf beiden Seiten in gleicher Weise Gesetze oder Bedingungen geändert werden. Das halte ich in dieser Situation schon für bemerkenswert, meine Damen und Herren.

Ich darf Ihnen etwa im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik sagen — ich suche das gerade —, daß in Ihrem Antrag die Zonenrandförderung damit gleichgesetzt wird, daß die DDR ihre Gebiete an der Grenze auch in besonderer Weise gefördert habe.

(Aller [SPD]: Lesen Sie bitte den Text vor!)

— Herr Aller, ich habe den Text so schnell nicht finden können. Das finde ich aber sicher noch.

(Aller [SPD]: Behaupten Sie doch Dinge, die Sie nicht belegen können!)

— Herr Aller, ich kann das belegen. Im Zweifelsfall kann das jeder Zuhörer anhand der Texte nachprüfen, so daß ich in diesem Zusammenhang ganz ruhig bin.

(Bruns [Emden] [SPD]: Die Zuhörer haben die Texte aber nicht!)

— Ich habe jetzt hier den Text. Auf Seite 7 Ihres Antrages steht zum Ausbau der Verkehrsstruktur richtigerweise, daß die verkehrliche Situation geprägt ist durch zum Teil verfallene Verkehrswege. Dann heißt es: „Das gilt für das westdeutsche 'Zonenrandgebiet' und zum Teil noch gravierender für den 'Schutzstreifen' auf DDR-Seite.“ Ich

Hirche

finde das schon bemerkenswert. Wir haben mit den Mitteln des Bundes im Zonenrandgebiet Straßen hergestellt und auf dem Stand gehalten, der dem in anderen Teilen Niedersachsens entspricht. Das ist ja gerade die Berechtigung dieser Förderung. Das aber mit dem „Schutzstreifen“ auf DDR-Seite gleichzustellen ist nicht nur sachlich völlig falsch, sondern wer das Gebiet „Schutzstreifen“ auf DDR-Seite — mit Todesstreifen, mit Sperrgebiet — mit unserem Zonenrandgebiet gleichsetzt, der geht mit einer falschen Vorstellung an die Lösung der Probleme in dem Grenzstreifen östlich und westlich der innerdeutschen Grenze heran. Ich bedaure das.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Aller [SPD].)

Ich bedaure es auch, daß Sie Gespensterschlächten schlagen, indem Sie hier vor einem deutschen Nationalismus warnen. Auch hier ist Ihre Bundestagsfraktion sehr viel realistischer. Sie stellt sich einfach den Maßnahmen, die vor uns liegen — das ist das Entscheidende —, ohne damit irgendwelche Dinge der Vergangenheit zu beschwören.

Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen, in dem sowohl Ihre Bundestagsfraktion als auch Sie — Frau Dückert hat das aufgegriffen — einfach Dinge von irgend jemandem nachschreiben oder nachplappern, die völlig unangebracht sind, nämlich im Zusammenhang mit der Energiepolitik der DDR. Hier wird von der richtigen Analyse ausgegangen, daß die DDR von der Braunkohle wegkommen muß hin zu einer anderen Primärenergie. Als Alternative wird gesagt, wir müßten Steinkohle dorthin liefern. Meine Damen und Herren, es ist bekannt, daß alle DDR-Kraftwerke keine Rauchgasreinigung und keine Filter haben.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das ist ja das Unverantwortliche an Ihrem Programm, daß Sie zum Beispiel keine Filteranlagen finanzieren!)

— Moment! — Insofern wird hier eine Maßnahme vorgeschlagen, die die Umwelt kaum entlastet und die wir deshalb nicht brauchen. Vielmehr ist es angezeigt, Strom aus unseren Kraftwerken zu liefern, die den Umwelanforderungen, die im Deutschen Bundestag beschlossen worden sind, und den europäischen Normen genügen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Es kann doch nicht im Sinne des Erfinders sein, Methoden anzuwenden, die die Umweltbelastungen in der DDR nur verlängern. Auch an anderer Stelle haben Sie solche Hinweise in Ihrem Antrag.

Mir ist insbesondere aufgefallen, daß in einer Einschätzung zwischen uns ein Unterschied besteht, der allerdings nicht überrascht. Bei Ihnen taucht immer wieder auf: Der Staat — sprich: das Land Niedersachsen — solle die Maßnahme A, die Maßnahme B, die Maßnahme C, die Maßnahme D machen; immer wieder: der Staat. Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland und der Wohlstand für die Bürger sind genau dadurch erreicht worden, daß eben nicht überall der Staat etwas macht, sondern daß der Staat lediglich Rahmenbedingungen setzt, und daß die soziale Marktwirtschaft dazu führt, daß die einzelnen etwas tun können.

Angesichts der Situation und der Diskussion in der DDR, wo viele davor erschrecken, wie die zukünftigen Aussichten sein könnten und welche einzelnen Maßnahmen kommen — der Herr Ministerpräsident hat ja eben im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschafts- und Währungsunion auf verschiedene Aspekte hingewiesen —, scheint es mir in der weiteren Diskussion ganz wichtig zu sein, daß wir nicht ablassen, daran zu erinnern, daß der Erfolg, den wir heute in der Wirtschaft in der Bundesrepublik zu verzeichnen haben — so daß aufgrund unserer Attraktivität so viele Menschen aus der DDR zu uns kommen —, in den Jahren der Entscheidung 1948/49 in der Bundesrepublik höchst umstritten war. Es waren damals die SPD und große Teile der CDU, die sich heftig gegen die Einführung der sozialen Marktwirtschaft gestellt haben.

(Schultze [SPD]: Ich weiß ja, nur die Liberalen, Herr Hirche!)

— Das ist richtig, Herr Schultze. Ich bin für Ihren Hinweis dankbar. So ist das.

(Zustimmung bei der FDP. — Bruns [Emden] [SPD]: Ihr mit euren 6 %! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Herr Bruns, Sie werden das mit Ihrer Arroganz nicht wegdrücken können. Die Grundentscheidungen 1948/49 in puncto sozialer Marktwirtschaft sind nur von der FDP als Partei geschlossen vertreten worden.

(Zustimmung von Hildebrandt. — Zuruf von Jahn [CDU].)

— Geschlossen als Partei.

Meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, daß die CDU sehr schnell zu dieser geschlossenen Unterstützung gefunden hat und daß die SPD im Jahre 1959 dazu gekommen ist. Nur: In der DDR stehen jetzt die gleichen Entscheidungen an. Im Zusammenhang mit diesen Ent-

scheidungen gibt es viele einzelne Fragen hinsichtlich der Weichenstellung. Kein Programm darf den Eindruck erwecken, als wolle die Bundesrepublik den Menschen in der DDR die Entscheidungen für die Zukunft abnehmen. Vielmehr kommt es darauf an, daß die Entscheidungen in der DDR selbst getroffen werden. Das gilt sowohl für den Wirtschafts- als auch für den Umweltbereich; denn alles, was zur kritischen Situation der Umwelt in der DDR gesagt worden ist, hängt damit zusammen, daß diese Situation ein Ergebnis des Sozialismus ist, dem so viele auch in der Bundesrepublik Deutschland viele Jahre lang nachgebetet haben.

(Wernstedt [SPD]: Das ist doch nun wirklich falsch! Mit der SED und der DKP hat doch von uns nun wirklich noch nie einer etwas zu tun gehabt! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Herr Wernstedt, angesichts dieser kühnen Behauptung wundere ich mich aber über den Text Ihrer letzten Vereinbarung, die Sie mit der SED getroffen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, natürlich sind die nationale und die soziale Frage eng miteinander verbunden. Hier wird ja nicht versucht, über die Frage zu reden, wie in Deutschland die soziale Gerechtigkeit hergestellt werden kann. Wenn ich die Vokabeln betrachte, die Herr Schröder verwendet, Herr Wernstedt, dann werde ich zumindest nachdenklich und muß dies in der politischen Debatte aufgreifen. Sie haben in den 70er Jahren — daran erinnere ich mich noch sehr gut — kritische und nachdenkliche Debatten über Vokabeln angestoßen, die von Lehrern — ich denke in diesem Zusammenhang nur einmal an einen Fall in Bad Zwischenahn — in den Schulen verwendet worden sind. Sie haben gesagt, dies sei ein Gedankengut, das zum Rechtsradikalismus entweder gehöre oder aber führen könne. Ich warte noch auf ein Wort von Ihnen, Herrn Wernstedt — wenn Sie Ihre intellektuelle Integrität in dieser Diskussion in die heutigen Tage hineinverlagern wollen, was ich Ihnen unterstelle —, zu den Vokabeln, die Ihr Kollege Schröder in dieser Debatte verwendet hat. Selbst wenn es nicht so gemeint sein sollte, so appellieren diese Vokabeln dennoch an niederste Instinkte. Das sollte doch nicht in der Tradition Ihrer Partei liegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Es ist einzig und allein der Ellenbogen, an den hier appelliert wird. Ich finde das schlimm, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung hat nun über die Maßnahmen hinaus, die der Ministerpräsident zusammenfassend genannt hat, einiges eingeleitet. Dazu gehört z. B. — Frau Dr. Dückert, ich sage dies, weil Sie dies in der Diskussion angesprochen haben —, daß wir unser Scherflein dazu beitragen wollen, daß das in Worbis gebaute Braunkohlekraftwerk auf Erdgas umgestellt wird. Dazu gehört z. B. auch, daß das Braunkohlekraftwerk Harpke aus der Produktion genommen wird. Das geht aber nur, weil mit Buschhaus die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind und weil Buschhaus zur Verfügung steht. Weil in Niedersachsen Energie aus Kernreaktoren zur Verfügung steht, sind wir in der Lage, Strom in die DDR zu liefern und auf diese Weise zur Entlastung der Umwelt in der DDR beizutragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Hier zeigt sich, daß eine vorausschauende Energiepolitik ihren Sinn hat

(Lachen bei den Grünen)

und nur diese Energiepolitik in der Lage ist, jetzt konkrete Hilfen zu gewähren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich — wenn ich jetzt das Stichwort „Tourismus“ nenne — auch noch auf folgendes hinweisen: Zusätzlich zu den Maßnahmen, die die Landesregierung gestern beschlossen hat, werden schon in den nächsten Tagen 50 niedersächsische Heilbäder bzw. Kurorte Kontakte zu Partnern in der DDR aufnehmen, um zu versuchen, auch auf dieser Ebene Erfahrungen auszutauschen.

Meine Damen und Herren! Es gäbe noch viele Einzelheiten nachzutragen. Aber darüber können wir in den Ausschüssen reden. In der Zusammenfassung ist aus meiner Sicht dies das Wichtige: All die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, sollen dazu beitragen, für das Leben in der DDR ein Stück neue Perspektive zu eröffnen. Unsere Maßnahmen sollen aber auch dazu beitragen, daß nicht aus einer kleinkarierten Provinzialität heraus in der Bundesrepublik Sozialneid geschürt wird. Vielmehr soll sich das bewahren, was im Kern die deutsche Einheit ausmacht, nämlich die nationale und soziale Solidarität mit unseren Landsleuten in der DDR. Dazu sind noch viele Anstrengungen notwendig. — Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Trittin, Sie sind der nächste Redner. Ihnen

Vizepräsident Bosse

stehen noch fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

(Frau Tewes [SPD]: Nach dieser Phrasendrecherei!)

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß mich bei der Landesregierung entschuldigen. Wir haben immer geglaubt, die Zuwendung von 52 Millionen DM für Buschhaus mit dem Ziel, daß die gesetzlichen Auflagen eingehalten werden, sei irgend etwas Unsauberes gewesen. Wir nehmen das alles zurück. Minister Hirche hat uns heute darüber belehrt, daß das nichts Unsauberes, keine Schieberei und keine hinterhältige Subventionierung war. Nein, die Landesregierung hat das damals schon gemacht, weil sie in ihrer weisen historischen Voraussicht gewußt hat, daß dieser Strom im Jahr 1990 benötigt werden würde, um ihn in die DDR zu liefern.

(Zustimmung bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen selbst, wie wenig ernst das zu nehmen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Minister zuvor selbst gesagt hat — er hat die Möglichkeit des Irrtums sicherlich auch allen anderen zugebilligt —, es habe Dinge gegeben, die niemand habe voraussehen können. Dann soll man nicht nachträglich Fehlentscheidungen sozusagen mit dem Atemhauch der Geschichte versehen.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Der Ministerpräsident hat eine richtige Feststellung getroffen, nämlich daß es abseits des lautstarken Gedröhns eine ganze Menge an Gemeinsamkeiten gibt, insbesondere auch Gemeinsamkeiten zwischen der CDU und der in diesem Fall viel beschimpften SPD. Eine Gemeinsamkeit — darauf hat Frau Dückert schon hingewiesen — besteht in der Bereitschaft, in der DDR auch gegen das Votum des Runden Tisches und entgegen der Bekundung, die Menschen dort sollten selbst entscheiden — so hat es Herr Hirche eben noch gesagt —, unmittelbar mit Rednern aufzulaufen. Das ist eine Gemeinsamkeit.

(Hildebrandt [FDP]: Auf Einladung! — Jahn [CDU]: Dafür kann man auch nicht jeden gebrauchen!)

Die zweite Gemeinsamkeit besteht darin, daß man sich völlig einig darin ist, daß man auch wirtschaftlich intervenieren möchte. Wenn man die Rede von Herrn Gansäuer gehört hat, muß man sagen, daß diese Absicht grausame Blüten treibt.

Herr Gansäuer hat gesagt, wir müßten dort den Mittelstand und die Selbständigen stärken. Einen Satz später sagte er, es geht nicht an, daß in dem Joint-venture-Gesetz die Mittelständler ausgenommen worden sind und nach der Gesetzlichkeit der DDR die dortigen Unternehmen auch noch eine Mehrheit haben müssen.

Mit anderen Worten: Das, was als Schaffung eines neuen Mittelstandes in der DDR propagiert wird, ist in Wahrheit — nimmt man die Argumentation von Herrn Gansäuer wörtlich — nichts anderes als der Wunsch, dort verlängerte Werkbänke mit einer Minderheitsbeteiligung der dortigen Unternehmerinnen und Unternehmer zu schaffen. Das ist die Wirklichkeit der Wirtschaftspolitik, die Sie anstreben. Dies wird noch kombiniert mit der Feststellung, daß man wahre Volkseigentümer schaffen und Volksaktien ausgeben will.

Mit diesem Satz hat Herr Gansäuer den Kern Ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber der DDR enthüllt. Es geht um nichts anderes als um Aufkaufen und Einverleiben.

(Zustimmung bei den Grünen. — Teysen [CDU]: Sie denken provinziell! Sie müssen weltweit denken!)

— Ich denke im Gegensatz zu Ihnen, Herr Teysen, logisch, und wenn Sie sich in der Logik Ihres Fraktionsvorsitzenden bewegen würden, was zugegebenermaßen schwierig ist, dann würden Sie rein logisch zu dem gleichen Schluß kommen, zu dem ich eben hier gekommen bin.

Es hat eine lange Debatte über das gegeben, was Sozialneid ist und was nicht Sozialneid ist. Ich glaube, die Einigkeit — die ist parteiübergreifend — besteht darin, daß die Menschen, die von drüben nach hier herüberkommen, nicht nur dort Probleme verursachen, sondern auch hier. Der Streit beginnt meiner Meinung nach bei der Frage: Wer zahlt denn für die Folgen dieser Entwicklung? Zahlen die sozialen Sicherungssysteme wie die Arbeitslosenversicherung oder die Rentenversicherung, und zahlen sie aus ihrem Beitragsaufkommen, oder werden hier Mittel, die wir nicht mehr in der herkömmlichen Form verwenden müssen, dazu benutzt, diese Probleme zu lösen? Das ist doch der Streit. Zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, oder benutzen wir unproduktive Rüstungsausgaben, um diese Probleme zu lösen?

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Die CDU ist die allerletzte Partei,

(Bruns [Emden] [SPD]: Das stimmt!)

die sich glaubwürdig hinstellen und sagen kann: Wir tun etwas gegen Sozialneid. — Herr Gansäuer hat Herrn Schröder hier vorgeworfen, er propagiere Polemik der Arbeitslosen gegen die Arbeitsplatzbesitzenden; zumindest komme dies im Ergebnis dabei heraus. Meine Damen und Herren, wissen Sie, woher diese Worte und Begriffe von den Arbeitslosen und den Arbeitsplatzbesitzenden kommen und wer den Kampf der Arbeitslosen gegen die Arbeitsplatzbesitzenden als — Zitat — „neue soziale Frage“ entdeckt hat? — Das war Ihr Heiner Geißler, der diese Begrifflichkeiten entwickelt hat und der genau diese Politik des Sozialneids zum Bestandteil der Machteroberung in Bonn gemacht hat.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Unruhe. — Jahn [CDU]: Völlig überfordert!)

Wenn ich dann wie letztens höre, daß sich Herr Gansäuer dagegen wendet, daß Deutsche gegen Deutsche aufgehetzt werden — worin ich ihm ja zustimmen würde —, aber im gleichen Moment hier in den Raum wirft, es sei ja überhaupt nichts über Asylanten gesagt worden, dann bleibt mir als Schlußfolgerung doch nur eines übrig: Herr Gansäuer hat etwas gegen Sozialneidhetze, wenn es darum geht, Deutsche gegen Deutsche zu hetzen, aber er merkt kritisch an, wenn es keine Hetze gegen Asylanten gibt. Soweit ist es mit Ihrer Politik in bezug auf den Sozialneid.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Jahn [CDU]: Quatsch!)

Vizepräsident Bosse:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben noch abzustimmen. Ich erinnere daran: Wir haben die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, den Punkt 15 und den Punkt 1 b besprochen. Wir kommen jetzt zur Entscheidung über die Überweisung des Antrages der Fraktion der SPD in der Drucksache 4908 — das ist Tagesordnungspunkt 15 — an die Ausschüsse. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Ausschuß für Haushalt und Finanzen als federführenden Ausschuß zu bestimmen und als mitberatende Ausschüsse folgende Ausschüsse zu benennen: den Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes, den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und den Ausschuß für Umweltfragen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzei-

chen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das war einstimmig.

Es ist jetzt 13.34 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause bis 15 Uhr.

Unterbrechung: 13.34 Uhr.

Wiederbeginn: 15.01 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu einem Punkt, zu dem wir erfreulicherweise die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht brauchen, nämlich zu Punkt 5:

Vereidigung des gewählten Mitgliedes und des stellvertretenden Mitgliedes des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs

Wir kommen zur Vereidigung. Ich freue mich, zu diesem feierlichen Akt den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Dr. Stalljohann, und andere Mitglieder des Staatsgerichtshofs begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause.)

Ich bitte Herrn Dr. Schinkel und Frau Oltrogge, in den Plenarsaal und zum Präsidium zu kommen.

(Frau Oltrogge und Herr Dr. Schinkel betreten den Plenarsaal.)

Der Eid, den Sie vor dem Landtag ablegen, entspricht der besonderen Stellung des Staatsgerichtshofs als Verfassungsgericht. Ich bitte Sie, den in § 8 Abs. 2 des Staatsgerichtshofgesetzes vorgeschriebenen Eid einzeln in vollem Wortlaut zu leisten. Ich werde die Eidesformel gleich verlesen. Vorher bitte ich alle Anwesenden, sich zu erheben. — Der Eid lautet:

„Ich schwöre, daß ich als gerechter Richter allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Niedersachsen getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerungsformel geleistet werden. Ich bitte Sie nun, den Eidestext zu sprechen. Zunächst Herr Dr. Schinkel!

Dr. Schinkel:

Ich schwöre, daß ich als gerechter Richter allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutsch-

Dr. Schinkel

land und die Verfassung des Landes Niedersachsen getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Oltrogge!

Frau Oltrogge:

Ich schwöre, daß ich als gerechte Richterin allezeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Niedersachsen getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Oltrogge, Herr Dr. Schinkel! Zu Ihrer Wahl in dieses hohe Richteramt des Landes Niedersachsen gratuliere ich Ihnen herzlich im Namen des Landtages und spreche Ihnen die Glückwünsche des Landtages aus. Mögen Sie durch Ihre Mitwirkung an den notwendigen Entscheidungen des Staatsgerichtshofs der Wahrung des Rechts zum Nutzen unseres Landes und seiner Bürger dienen. Wir haben gleich noch Gelegenheit, uns kurz zu sprechen.

(Beifall im ganzen Hause.)

Ich rufe dann Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Zweite und dritte Beratung: **Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes** — Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP — Drs 11/4800 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 11/4910

Für die Beratung dieses Gesetzentwurfs stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Gesetzentwurf des Landesministeriums in der Drucksache 4800 wurde in der 102. Sitzung am 17. Januar 1990 an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist der Abgeordnete Sandkämper. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Sandkämper (CDU), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Mit der Ihnen vorliegenden Beschlußempfehlung empfiehlt der Ausschuß für Haushalt und Finanzen, den von den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP gemeinsam eingebrachten Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes unverändert anzunehmen.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß die mit diesem Gesetzentwurf vorgesehene Erhöhung der Abgeordnetenentschädigungen auf entsprechende Empfehlung der Diätenkommission zurückgeht, deren Ende letzten Jahres vorgelegter Bericht als Drucksache 11/4720 veröffentlicht wurde. Diesen Empfehlungen folgend sollen ab 1. Januar 1990 die Grundentschädigung um 200 DM — das sind 2,74 % — auf 7 500 DM und der Zuschuß zu den Aufwendungen für die Beschäftigung einer Schreibkraft um 20 DM, also um 2,41 %, auf 850 DM angehoben werden.

Die Empfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, diesen Gesetzentwurf unverändert anzunehmen, wurde mit den Stimmen der Vertreter der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der Grünen beschlossen.

Damit bin ich am Ende meines Berichts. Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet Sie, seiner Beschlußempfehlung zu folgen und damit den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Mir liegt eine Wortmeldung des Abgeordneten Trittin vor. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aktuelle Ereignisse bringen mich nun doch dazu, hier noch etwas zu sagen.

Erstens. Ich habe heute morgen in der „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ folgendes gelesen:

„Abgeordnete sollen weniger Geld erhalten.“

Die Abgeordneten in den Länderparlamenten sollen künftig weniger Geld bekommen. Nach den Vorstellungen einer Sonderkommission aller Parlamentspräsidenten sollen Aufwandsentschädigungen, Übergangsgelder und Altersversorgung überarbeitet und zum Teil drastisch gekürzt werden.“

(Vizepräsident Bosse übernimmt den Vorsitz.)

Ich stelle fest: Der vorliegende Gesetzentwurf regelt nicht nur keine der hier angesprochenen Fragen, sondern beschließt das Gegenteil: Abgeordnete sollen nicht weniger, sondern mehr Geld bekommen.

(Jahn [CDU]: Der Gesetzentwurf beschließt überhaupt nichts!)

Zweitens. Herr Gansäuer hat heute morgen sich und uns alle hier gefragt, was wir eigentlich für die Menschen in der DDR tun. Herr Gansäuer, wenn Sie diese Frage ernst meinen, dann mache ich Ihnen einen Vorschlag; den können Sie heute direkt in die Tat umsetzen: Verzichten Sie auf die Erhöhung und spenden Sie das Geld den Leuten in der DDR!

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von der CDU: Das kann jeder machen, wie er will!)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Herr Landtagspräsident.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorlage erfordert eigentlich über das hinaus, was in der ersten Beratung gesagt worden ist, keine weitere Debatte. Es geht um eine geringfügige prozentuale Anpassung, wie sie in allen Bereichen üblich ist, in denen Arbeitseinkommen — das ist es ja praktisch jetzt — erzielt werden. Vielleicht sollte ich aber ein paar Worte zu dem sagen, was Herr Abgeordneter Trittin mit Verweis auf die Zeitungsmeldungen angesprochen hat.

(Trittin [Grüne]: Das ist wahrscheinlich falsch!)

Im Anschluß an das, was im Jahr 1987/88 in Hessen geschehen ist und was einige „Diätenskandal“ genannt haben, als nämlich der Hessische Landtag eine Änderung seines Diätengesetzes beschlossen hat, die von vielen als sehr viel zu weitgehend empfunden wurde und es in einigen Bereichen tatsächlich war, dann aber, als es Kritik gab, nicht etwa das geändert hat, was zuviel war, sondern die ganze Vorlage kassiert hat, was nun auch nicht gerade zu seiner Autorität beigetragen hat, gab es in der Öffentlichkeit Forderungen, die besagten, daß das ganze Diätensystem überprüft werden sollte. Wir haben uns natürlich auch von der Konferenz der Landtagspräsidenten her angesprochen gefühlt, aber nicht etwa in dem Sinne — dagegen habe ich mich immer gewehrt —, daß

wir ein einheitliches Diätengesetz anstrebten. Das ist gar nicht unsere Aufgabe. Wenn unser Föderalismus einen Sinn hat, dann auch den, daß man den verschiedenen Gegebenheiten der Länder Rechnung trägt, und zwar auch in den Diätengesetzen; denn es ist etwas völlig anderes, ob man im Stadtstaat Hamburg oder im Saarland, das gebietsmäßig ein großer Regierungsbezirk ist, oder in Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen usw. Abgeordneter ist.

Wir haben im Grunde nichts anderes gemacht, als die Landtagsdirektoren zu beauftragen, zunächst einmal eine Materialsammlung zu erstellen und die Diskussionen zusammenzufassen. Ich will fairerweise hinzufügen, daß diese sich dagegen mit dem Argument gewehrt haben, daß es eigentlich eine politische Sache sei, bei der sie nur Ärger bekommen könnten. Aber sie haben pflichtgemäß diese Materialsammlung erstellt, und wir haben in unserer letzten Konferenz im September die Materialsammlung auf den Tisch bekommen. Es handelte sich um etwa 40 Seiten. Wir haben damals gesagt, damit könnten wir uns nicht ad hoc befassen. Wir werden uns damit in Ruhe befassen; das wird bei der nächsten Präsidentenkonferenz, die wahrscheinlich im Mai stattfinden wird, geschehen.

Auch dann wird es — ich wiederhole es — nicht unsere Aufgabe sein können, irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Es wird vielmehr lediglich darum gehen, daß wir uns gegenseitig abstimmen. Es gibt eine Fülle von Regelungen, die man diskutieren muß und die zum Beispiel auch im Rahmen des Diätengesetzes für die Bundestagsabgeordneten erörtert worden sind, etwa das Verhältnis von Beamtenpensionen, Abgeordnetenpensionen und Renten aus Angestelltenversicherungen. Kurzum: Es ist eine Materialsammlung, Herr Abgeordneter Trittin. Es gibt zu diesem Thema keinerlei Beschlüsse. Wir werden uns damit befassen.

Ich möchte abschließend noch eines sagen. Das Land Niedersachsen ist in diesen Diskussionen nicht in dem Sinne hervorgetreten, daß es zu großzügige Regelungen habe. Angegriffen werden ja immer wieder zu großzügige Pauschalregelungen, etwa pauschale Reisekostenerstattungen, die in Einzelfällen 3 000, 4 000 oder 5 000 DM ausmachen. Wir mit unserer niedersächsischen Unkostenpauschale in Höhe von 1 750 DM schneiden eigentlich in allen einschlägigen Veröffentlichungen auch bei den Kritikern gut ab. Ich persönlich bin entschlossen, weiterhin dafür einzutreten, was ich immer vertreten habe: daß wir nicht gut beraten wären, wenn wir die Teilnahme

Präsident

an Sitzungen unabhängig von ihrer Zahl und Reisen unabhängig von der Entfernung für alle Abgeordneten pauschal abgelten wollten. Nach meiner Auffassung handelt es sich um einen tatsächlichen Aufwand, der von der Zahl der Sitzungen und der Entfernung abhängt. Die Unkosten sollte man dann auch konkret abrechnen, wie wir das immer getan haben.

In der Diskussion, die die Landtagspräsidentenkonferenz führen wird und die natürlich auch die Fraktionsvorsitzendenkonferenzen zu führen haben werden, schneiden wir nicht schlecht ab und stehen auch nicht im Zentrum der Kritik. — Soviel am Rande einer Vorlage, die sich mit diesem Problem noch nicht befaßt, weil das Thema gründlicher Beratung bedarf!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Herr Präsident. — Wir sind noch in der Beratung. Wird weiter das Wort gewünscht? — Das geschieht nicht. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf Artikel 1. — Unverändert!

Artikel 2. — Unverändert!

Gesetzesüberschrift. — Unverändert!

Ich bitte Sie zur Abstimmung in der zweiten Beratung. Wer der Gesetzesvorlage in der zweiten Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem ist mit großer Mehrheit entsprochen worden.

Wir kommen zur dritten Beratung. Hierzu bemerke ich: Nach § 33 der Geschäftsordnung kann in diesem Fall die dritte Beratung unmittelbar nach Schluß der zweiten Beratung stattfinden. Wir kommen nunmehr zur dritten Beratung.

Ich rufe auf Artikel 1.

Artikel 2.

Gesetzesüberschrift.

Ich bitte Sie zur Schlußabstimmung. Wer der Gesetzesvorlage in der Schlußabstimmung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Gegenprobe! — Der Gesetzesvorlage ist mit großer Mehrheit entsprochen worden.

Wir kommen zu Punkt 1 unserer Tagesordnung:

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen noch drei Beratungsgegenstände vor. Der Punkt 1 b ist durch

die deutschlandpolitische Debatte heute früh erledigt worden. Deshalb haben wir nunmehr nur noch folgende Punkte: a) Weitere Bedeutung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter für die Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR und verweigerte Mitfinanzierung durch SPD-regierte Bundesländer — Antrag der Fraktion der CDU — Drs 11/4925 —, c) Genehmigung der Pilotkonditionierungsanlage Gorleben — Ausgrenzung von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/4929 und d) Gesundung der Finanzen bei Land und Kommunen — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 11/4931 —. Für jeden Antrag steht eine Beratungszeit von 20 Minuten zur Verfügung. Die von der Regierung in Anspruch genommenen Redezeiten werden dabei nicht angerechnet. Die Redezeit beträgt für jeden Redner bis zu fünf Minuten.

Ich eröffne die Beratung zu Punkt 1. Die Redezeit für die Abgeordneten beträgt 20 Minuten. Wer wünscht das Wort?

(Es meldet sich niemand. — Zuruf: Keiner! — Bruns [Emden] [SPD]: Das hatten wir schon!)

— Ich sehe keine Wortmeldungen.

(Trittin [Grüne]: Der Abgeordnete Remmers (Papenburg) meldet sich! — Kempmann [Grüne]: Er weiß nicht, was er sagen soll, aber er meldet sich!)

— Herr Minister, stehen Sie auf, oder wollen Sie reden? — Der Minister wollte sich nur prinzipiell melden, aber nicht tatsächlich.

(Trittin [Grüne]: Wie geht denn das, Herr Präsident?)

Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, ist die Aktuelle Stunde hiermit beendet.

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich rufe auf den Punkt 6 unserer Tagesordnung:

Altenpflegeschulen und Schulen für Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger sowie Heilerziehungshelferinnen und -helfer

(Widerspruch bei den Grünen. — Kempmann [Grüne]: Pardon! Es gibt hierzu noch den Punkt 1 c!)

— Ich hatte alle aufgerufen.

(Küpker [FDP]: Herr Kempmann hatte sich aber gemeldet! — Trittin [Grüne]: Da ist auch die FDP anderer Auffassung, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, nachdem ich die Aktuelle Stunde, weil mir keine Wortmeldungen vorgelegen haben, geschlossen habe, bitte ich um Ihr Einverständnis, wenn ich jetzt dem Kollegen Kempmann das Wort gebe, der sich zu Punkt 1c gemeldet hatte.

(Minister Hirche: Nein!)

Nach meiner Auffassung, meine Damen und Herren Abgeordneten, habe ich alle für die Aktuelle Stunde anstehenden Punkte aufgerufen.

(Zustimmung bei der CDU. — Widerspruch bei den Grünen. — Kempmann [Grüne]: Quatsch!)

— Herr Kollege Kempmann, ich verbitte mir die Bemerkung „Quatsch!“ Ich habe das getan. Wenn ich so etwas noch einmal von Ihnen höre, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf!

(Beifall bei der CDU. — Kempmann [Grüne]: Darf ich jetzt oder nicht?)

— Ich sehe mich aus grundsätzlichen Gründen nicht in der Lage, nun über den von mir bekanntgegebenen Beschluß, daß die Aktuelle Stunde erledigt sei, einfach hinwegzugehen und jetzt wieder in die Aktuelle Stunde einzutreten, wenn mir das Plenum nicht die Genehmigung erteilt.

(Trittin [Grüne]: Zur Geschäftsordnung!)

— Bitte, der Kollege Trittin zur Geschäftsordnung!

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es mag sein, daß es hier ein Mißverständnis zwischen einer Reihe von Abgeordneten und dem Präsidenten gegeben hat insofern, als sich die Frage offensichtlich — so ist das bei vielen Kolleginnen und Kollegen angekommen —

(Zuruf von der CDU: Nein, nur bei Ihnen!)

auf den Punkt 1 a beschränkt hat. Weder der Kollege Küpker, der den Antrag der FDP zur Aktuellen Stunde begründen wollte, noch der Kollege Kempmann, der das für uns tun wollte, haben das anders verstanden. Die Entscheidung des Präsidenten ist formal korrekt. Ich denke, wir können — dagegen wird Herr Bosse als amtierender Präsident sicherlich nichts haben — als Plenum diese Entscheidung korrigieren. Darum möchte ich Sie auch im Interesse der FDP bitten.

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Trittin, dagegen habe ich nichts. Ich habe nur etwas dagegen, daß hier immer gegen-

seitig abgelauert wird, wer sich wohl zuerst zu Wort meldet. Dabei kann dann so etwas herauskommen wie eben.

(Trittin [Grüne]: Da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Präsident!)

Das ist nicht das Verschulden des Präsidenten.

(Beifall bei der SPD.)

Das Wort hat der Kollege Gansäuer zur Geschäftsordnung.

(Zuruf: Der Präsident ist doch unfehlbar!)

Gansäuer (CDU):

Obwohl ich das nicht zu werten habe, Herr Präsident, muß ich aus meiner Sicht sagen: Sie haben hier völlig korrekt gehandelt. In meiner Fraktion ist es so wie in den anderen Fraktionen: Für die einzelnen Tagesordnungspunkte werden Redner festgelegt. Aus Gründen der Zeitverschiebung, die sich heute ergeben hat — ich will es so vorsichtig sagen —, ist der betreffende Kollege nicht anwesend. Das ist für meine Fraktionskollegen eine gute Lehre, dann dazusein, wenn geredet werden muß.

(Beifall bei der CDU. — Schröder [SPD] und Bruns [Emden] [SPD]: Weg damit!)

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte Sie jetzt um Abstimmung darüber, ob wir in die Aktuelle Stunde eintreten wollen. Wer dies will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Wer ist dagegen? — Das ist die große Mehrheit.

(Große Heiterkeit und anhaltende Unruhe.)

Dann rufe ich jetzt den Punkt 6 unserer Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: Altenpflegeschulen und Schulen für Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger sowie Heilerziehungshelferinnen und -helfer — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3602 — Beschlußempfehlung des Kultusausschusses — Drs 11/4862 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/4941

Für die Beratung dieses Antrags stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen dann folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu acht Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Vizepräsident Bosse

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3602 wurde in der 81. Sitzung am 17. März 1989 an den Kultusausschuß zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Kaiser. Ich erteile ihm das Wort.

Kaiser (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 4862 empfiehlt Ihnen der Kultusausschuß, den Antrag der SPD-Fraktion in einer geänderten Fassung anzunehmen.

Im Kultusausschuß begründeten die SPD-Ausschußmitglieder die Notwendigkeit des Antrags damit, daß die Zahlen der Auszubildenden für die Berufe Altenpflege, Heilerziehungspflege und Heilerziehungshilfe in letzter Zeit stark rückläufig seien und in Zukunft mit Nachwuchsmangel gerechnet werden müsse. Hierfür gebe es mehrere Gründe, so zum Beispiel die Erhebung von

Schulgeld durch die Schulen, die Nichtgewährung von Ausbildungsvergütungen und die ungenügende Breite der Ausbildung.

(Vizepräsident Rehkopf übernimmt den Vorsitz.)

Die Vertreterin des Kultusministeriums machte darauf aufmerksam, daß bislang in Niedersachsen die Zahlen der Auszubildenden in den genannten Berufen noch nicht rückläufig seien. Das liege in erster Linie daran, daß es sich um eine Fachschulausbildung handele, die eine Erstausbildung und eine sich daran anschließende langjährige Tätigkeit voraussetze, so daß der Geburtenrückgang hier noch nicht wirksam geworden sei.

Hinsichtlich einer Einbeziehung der Ausbildung von Altenpflegern in das duale System gab die Vertreterin des Ministeriums zu bedenken, daß eine derartige Maßnahme einen gravierenden Eingriff in die derzeitige Form der Ausbildung bedeuten und die Träger der Ausbildung stark treffen würde. Eine solche Lösung würde beispielsweise dazu führen, daß die dann zu zahlende Ausbildungsvergütung nicht mehr von der Solidargemeinschaft, sondern vom jeweiligen Ausbildungsträger, und zwar auf Kosten der Heimbewohner, zu finanzieren wäre. Im übrigen müsse sehr genau überlegt werden, ob es überhaupt sinnvoll sei, aus der Ausbildung zum Altenpfleger eine Erstausbildung zu machen.

Der bisherige Weg garantiere zum Beispiel eher, daß reifere und erfahrene Persönlichkeiten diesen Beruf ergriffen. Wenn Niedersachsen bei der

Umsetzung der zu erarbeitenden Zielvorstellungen freie Hand behalte, wäre sicherlich daran zu denken, der zweijährigen theoretischen Ausbildung ein drittes Jahr als Berufspraktikum anzuschließen.

Die Ausschußmitglieder der CDU-Fraktion wiesen auf die positiv aufgenommene Zuschußregelung für die Auszubildenden der in Rede stehenden Berufe hin, die annähernd zu einer Schulgeldfreiheit geführt habe. Ohne daß es in der CDU-Fraktion bereits konkrete Beschlüsse gebe, sei davon auszugehen, daß für die Zukunft keine Ausbildung im dualen System angestrebt werden solle, weil dann möglicherweise zu junge Menschen im Rahmen einer Erstausbildung in diesen schwierigen Bereich hineinkommen würden.

Die Abgeordnete der Fraktion der Grünen sah es als wichtig an, die Altenpflegeschulen stärker in das System der öffentlichen berufsbildenden Schulen einzugliedern. Von Bedeutung sei vor allem, daß die die Fachschulen besuchenden Schülerinnen und Schüler nicht mehr ganz jung seien und nur dann für die Berufe gewonnen werden könnten, wenn sichergestellt sei, daß sie ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Tendenziell bevorzuge auch sie die Fachschullösung gegenüber einer Ausbildung im dualen System.

Die Vertreterin des Kultusministeriums berichtete weiterhin über die Entwicklungen auf Bundesebene im Hinblick auf die Form der Ausbildung. Es sei nunmehr beabsichtigt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Kultusminister- und der Sozialministerkonferenz einzusetzen, die länderübergreifende Zielvorstellungen festlegen solle, die die Länder allerdings nach wie vor flexibel handhaben könnten. In welcher Weise die Ausbildung geregelt werden solle, sei zur Zeit aber noch völlig offen.

Auf Grund dieser Aussage schlugen die CDU-Ausschußmitglieder dem Kultusausschuß vor, die Nummern 2 und 3 des Antrags zu streichen und die Nummer 1 des Antrags in bezug auf die Gewährung von Schulgeldfreiheit umzuformulieren. Die Worte „volle Schulgeldfreiheit“ sollten durch die Worte „Schulgeldfreiheit über die Finanzhilfe nach den §§ 129 ff. des Niedersächsischen Schulgesetzes“ ersetzt werden. Die Neuformulierung der Nummer 1 wurde einstimmig, die Streichung der Nummern 2 und 3 hingegen mit den Stimmen der CDU- und FDP-Ausschußmitglieder beschlossen.

Im mitberatenden Ausschuß für Haushalt und Finanzen machte der Vertreter des Landesrechnungshofs Bedenken gegen die vom Kultusauss-

schuß beschlossene Neufassung geltend. Im Kultusausschuß erläuterte er, daß die Gewährung einer Finanzhilfe nach §§ 129 ff. des Schulgesetzes keineswegs eine völlige Schulgeldfreiheit bedeute, sondern allenfalls eine Annäherung. Zudem ließen es die Vorschriften des Schulgesetzes nicht zu, die Finanzhilfe an irgendwelche Bedingungen zu knüpfen. Abgesehen davon würde das Kabinett nunmehr auch Überlegungen anstellen, die mehr in die Richtung gingen, über entsprechende Vereinbarungen oder Verträge den Schulen Zuwendungen zu gewähren.

Die Regierungsvertreterin bestätigte diesen Sachverhalt, sie machte aber zugleich deutlich, daß die Schulen im Falle der Gewährung einer Finanzhilfe nach §§ 129 ff. des Schulgesetzes auf die Erhebung von Schulgeld verzichten würden, zumal die Träger der Schulen selbst an der Ausbildung des Nachwuchses stark interessiert seien.

Unter Berücksichtigung der Bedenken des Landesrechnungshofs formulierte der Kultusausschuß seine Beschlußempfehlung einmütig um.

Auf Vorschlag der Ausschußmitglieder der SPD-Fraktion wurde die Nummer 1 wie folgt gefaßt: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Altenpflegeschulen und die Schulen für Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger sowie Heilerziehungshelferinnen und -helfer in die Finanzregelungen des Niedersächsischen Schulgesetzes einzubeziehen. Der Landtag erwartet, daß die Einrichtungen auf die Erhebung von Schulgeld verzichten.“ Die SPD-Ausschußmitglieder hoben dabei hervor, daß mit dieser Formulierung die Erwartungen des Landtages deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Gleichwohl sei klar, daß Schulgeldfreiheit auf diese Weise nicht erzwungen werden könne. Hierfür wäre eine andere Rechtsgrundlage notwendig, die aber in dieser Wahlperiode nicht mehr zu verwirklichen sein werde.

Diese abgeänderte Beschlußempfehlung fand nun wiederum nicht die Zustimmung des ebenfalls mitberatenden Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen, denn das Kabinett hatte zwischenzeitlich entschieden, von einer Einbeziehung in die Finanzhilfe nach §§ 129 ff. des Schulgesetzes abzusehen und eine vertragliche Regelung mit den Schulträgern anzustreben. Der Sozialausschuß empfahl gegen die Stimme der Abgeordneten der Fraktion der Grünen bei Enthaltung der SPD-Ausschußmitglieder, die Ursprungsfassung der Nummer 1 im Entschlußantrag der SPD-Fraktion anzunehmen.

Im Kultusausschuß berichteten die Regierungsvertreter aus dem Kultusministerium über den

Beschluß des Kabinetts, dessen haushaltsmäßige Umsetzung und über die Ausgestaltung der Vertragsbedingungen.

Die CDU-Ausschußmitglieder legten dar, daß das Hauptmotiv für die nunmehr angestrebte Vertragslösung darin zu sehen sei, daß nach Möglichkeit nicht die Mittel verlorengehen sollten, die die Arbeitsverwaltung für Umschüler zur Verfügung stelle. Dieses Ziel könne bei der Finanzhilfeföderung nicht erreicht werden.

Die Abgeordnete der Fraktion der Grünen meinte hingegen, daß eine Regelung, die in erster Linie auf die Inanspruchnahme von Zuschüssen der Arbeitsverwaltung für Umschulungen abstelle, nicht zukunftsweisend sei. Es wäre notwendig, eine dauerhafte Regelung zu finden, die die Weiterentwicklung der Berufsausbildung im Bereich der Altenpflege und der Heilerziehungspflege unter strukturellen Gesichtspunkten ermögliche und fördere.

Die SPD-Ausschußmitglieder waren der Meinung, daß die Formulierung des Ursprungsantrags nicht ausschließe, daß es doch noch zu einer Lösung über die Finanzhilfe nach dem Schulgesetz komme, wenn die Vertragslösung scheitern sollte. Wichtig sei, daß der Landtag das Ziel zum Ausdruck bringe, Schulgeldfreiheit zu gewähren. Die Verantwortung für die Umsetzung des Beschlusses liege bei der Landesregierung.

Gegen die Stimme der Vertreterin der Fraktion der Grünen empfahl der Kultusausschuß dem Landtag, den Antrag in der vom Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen vorgeschlagenen Fassung, also in der Fassung der Nr. 1 des SPD-Antrages, anzunehmen.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen schloß sich dieser Empfehlung mit dem gleichen Stimmenverhältnis an.

Im Auftrage des Kultusausschusses bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung — Drucksache 4862 — Ihre Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Rehkopf:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat die Kollegin Frau Schneider für die FDP-Fraktion.

Frau Schneider (Berenbostel) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns sitzt die demographische Entwicklung im Nacken.

(Köneke [SPD]: Das stimmt!)

Frau Schneider (Berenbostel)

Ich freue mich deshalb, daß mit der Empfehlung des Kultusausschusses, Altenpflegeschülerinnen und -schülern Schulgeldfreiheit zu gewähren, ein klares Ziel vorgegeben wurde. Damit haben wir auch deutlich gemacht, wie wichtig uns der Bereich der Altenpflege ist.

Die Zahl der Hochbetagten, also der Menschen über 80 Jahre, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2000 wird jeder vierte Bundesbürger über 60 Jahre alt sein. In vielen Großstädten übersteigt deren Zahl bereits jetzt die Zahl der Kinder und Jugendlichen. Dem veränderten Bevölkerungsaufbau muß durch eine konsequente Politik für die älteren Bürger Rechnung getragen werden. Obwohl bundesweit keine verlässlichen statistischen Angaben über das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit vorliegen, kann davon ausgegangen werden, daß im häuslichen Bereich ein versteckter Pflegenotstand vorhanden ist. Im stationären Bereich ist er ganz offensichtlich vorhanden. Dem Beruf des Altenpflegers und der Altenpflegerin kommt daher eine immer größer werdende Bedeutung zu. Die Nachfrage nach qualifiziertem Personal in diesem Berufsbereich steigt. Das zeigt auch ein Blick auf die Stellenanzeigen in den Zeitungen.

Ich bin froh, daß das vereinbarte Vertragsmodell das Land in die Lage versetzen wird, mit jeder einzelnen Schule Verträge abzuschließen, so daß letztendlich den betroffenen Schülerinnen und Schülern Schulgeldfreiheit gewährt wird und dies eine Motivation bietet, den Beruf des Altenpflegers zu ergreifen. Allerdings bin ich der Meinung, daß wir diese Frage mittelfristig noch einmal behandeln müssen vor dem Hintergrund der Aufnahme in das Niedersächsische Schulgesetz. Kurzfristig war eine solche Gesetzesänderung nicht mehr möglich. Es gibt noch viel anderes zu bedenken. Wenn wir in der nächsten Legislaturperiode dieses Vorhaben angehen, sollten wir vor allen Dingen für eine Verbesserung der Qualität der Ausbildung Sorge tragen. Im Vergleich zu den Krankenpflegern, denen der Arzt zur Seite stehen kann und deren Betreuungstätigkeit sich mehr auf die Krankheit und auf das Körperliche bezieht, werden von den Altenpflegern in viel stärkerem Maße selbständige Entscheidungen sowie eine persönliche und seelische Betreuung der zu pflegenden Personen über einen längeren Zeitraum hinweg verlangt.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Für die FDP hat die Sicherung einer angemessenen Betreuung bei Heimunterbringung einen hohen Stellenwert. Hierzu gehören zum Beispiel die

Anwendung des Prinzips der aktivierenden Pflege durch Förderung der verbliebenen Fähigkeiten,

(Zustimmung bei der FDP)

die weitestgehende Selbstbestimmung des Tagesablaufs, die Verbesserung des Pflegepersonalschlüssels, die Fort- und Weiterbildung des Pflegepersonals insbesondere im Hinblick auf die Betreuung Pflegebedürftiger mit psychiatrischen Krankheitsformen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen, der auf eine sofortige Einbeziehung der Altenpflegeschulen und Schulen für Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger sowie Heilerziehungshelferinnen und -helfer in die Finanzhilferegelungen des Niedersächsischen Schulgesetzes abzielt, ist vor dem Hintergrund des eben Gesagten ein Ad-hoc-Antrag und bedarf der inhaltlichen Ausfüllung. Wir lehnen ihn deshalb ab. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses stimmen wir, wie gesagt, zu.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat die Kollegin Frau Schreiner für die Fraktion der Grünen.

Frau Schreiner (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Grünen stellt hier eine geänderte Fassung des Antrags zur Abstimmung, sehr verehrte Frau Kollegin Schneider, und zwar die Formulierung, die wir Ende November nach langen Beratungen im Kultusausschuß einstimmig gebilligt haben. Um einen Ad-hoc-Antrag handelt es sich hier also keineswegs. Wir fordern, daß diese Schulen in eine Finanzhilferegelung nach dem Niedersächsischen Schulgesetz einbezogen werden. Der Landtag spricht die Erwartung aus, daß diese Einrichtungen auf die Erhebung von Schulgeld verzichten. Das bedeutet für die Schülerinnen und Schüler dasselbe Ergebnis, aber eine strukturelle Änderung, die ausführlich beraten wurde.

Sie erinnern sich sicherlich daran — das wurde vom Berichterstatter ja auch vorgetragen —, daß das Kabinett — d. h. Ministerpräsident Albrecht — gegen den Kultusminister und die Fachabteilung des Hauses entschieden hat. Die CDU-Fraktion ist wider bessere Einsicht zu Kreuze gekrochen. Die SPD-Fraktion trägt das um des lieben

Friedens willen nun mit. Daß die FDP ein ausgesprochenes Interesse daran hat, daß sich die Träger der in Rede stehenden Schulen via Steuergelder sanieren können, paßt hervorragend ins Bild unserer FDP-Sparapostel. Das alles sehen wir doch als Wahlkampf an. Die Bildungspolitik bleibt dabei aber leider auf der Strecke.

Eine Einbeziehung in das Schulgesetz hätte bedeutet, daß endlich eine staatliche Konkurrenz zu den freien Trägern entsteht, die dann sowieso schulgeldfrei wäre. Das hätte auch geheißen, daß endlich für eine gleichmäßigere Versorgung mit Ausbildungsstätten für diesen wichtigen Berufsbereich „Altenpflege“ hätte gesorgt werden können.

Meine Damen und Herren, zur Zeit ist überhaupt nichts klar, wie man uns hier immer wieder glauben machen will. Es gibt nur den Erlaß, mit dem die Zahlung von 300 DM bis zum Vertragsabschluß garantiert werden soll. Auch noch nicht klar ist, ob der Landesrechnungshof dem Vertragswerk überhaupt zustimmen wird.

Machen Sie sich klar, daß künftig nicht 300 DM, sondern ca. 460 DM gezahlt werden müssen. Die Träger sind gerade dabei, darüber Absprachen zu treffen. Der Sprung von 300 DM auf 460 DM — wundert sich darüber niemand? — ist doch ganz schön happig. Er kann nur damit erklärt werden, daß die Träger jetzt die vollen Ausbildungskosten berechnen und ihre eigenen Zuschüsse aus der Arbeit herausziehen. Wenn Sie das unter „sozial“ verstehen, wundere ich mich doch sehr. Dies hätten Sie auf der Grundlage einer schulgesetzlichen Regelung nicht tun können. Das alles waren Gründe dafür, weshalb sich der Kultusausschuß seinerzeit für die von uns vorgelegte Fassung entschieden hat.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher: Handelte es sich in diesem Fall um einen der klassischen Männerberufe, würde es niemand wagen, derart unausgelegene Entscheidungen zu treffen. Es ist aber nur ein Frauenberuf, bei dem die Schulgeldfreiheit nun als Großtat gefeiert wird, während die Ausbildung im dualen System — also weitgehend in Männerdomänen — sogar noch Ausbildungshilfen bringt.

Wir wollen im Bereich der Bildungspolitik Weichen stellen, damit künftige Entwicklungen hin zu einem gut ausgebauten System beruflicher Bildung für die sozialpflegerischen Berufe erleichtert werden. Wir stehen hierbei aber noch ganz am Anfang. Darauf weist auch schon die Enquete-Kommission „Bildung 2000“ hin, die sich genau dieses Problems angenommen hat. Sie verlangt,

daß man zu einer Neuordnung kommt, und zwar analog zu dem, was für die Büroberufe und die gewerblichen Berufe konzipiert worden ist, nämlich eine solide Grundausbildung und darauf aufbauende Spezialisierungen, so daß in diesem Berufszweig Aufstiegsoptionen wahrgenommen werden können und wir mittelfristig zu ganz anderen Regelungen bezüglich der Vergütung und zu einer Gleichstellung kommen. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, und bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat nun der Kollege Schneider für die SPD-Fraktion.

Schneider [Salzgitter] [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten — wenige haben dies getan —, den Ausführungen des Berichterstatters zu folgen, dann hätten Sie festgestellt, daß dieser Antrag einige Irrungen und Wirrungen hinter sich hat. Um es noch einmal ganz deutlich zu machen, damit es hinterher bei der Abstimmung nicht durcheinandergeht: Wir beschließen heute einen Vorschlag des Kultusausschusses, der sich im wesentlichen mit der Nr. 1 im Ursprungsantrag der SPD-Fraktion deckt. Der eben vorgetragene Änderungsantrag der Grünen wiederum deckt sich mit einem Vorschlag, den die CDU-Fraktion im Kultusausschuß gemacht hatte. Ich komme darauf noch zurück.

(Frau Schreiner [Grüne]: Dem wir zugestimmt haben! Sie auch!)

— Dem wir zugestimmt haben. Das ist vorhin gesagt worden. Sonst hätten Sie es nicht noch einmal beantragt.

Im Kern beschließen wir heute eine Initiative, die auf den Ursprungsantrag der SPD zurückgeht, die breite Mehrheit gefunden hat und am Ende faktische Schulgeldfreiheit für die Schülerinnen und Schüler an Altenpflegeschulen und an Schulen für Heilerziehungspflege bringen wird. Insofern ist das ein Ergebnis, auf das wir gemeinsam stolz sein können.

(Klare [CDU]: Könnte es sein, daß Sie allem zugestimmt haben, unabhängig davon, wer es eingebracht hat?)

— Ich komme gleich noch zu Ihnen. — Der Text, den wir heute beschließen, läßt den Weg offen. Er nennt das Ziel. Insofern, Frau Schreiner, läßt

Schneider (Salzgitter)

der Text, der jetzt als Empfehlung des Ausschusses zur Abstimmung steht, nach wie vor eine Lösung über die Einbeziehung in die Finanzhilfe nach dem Schulgesetz zu.

Die Regierung hat die Vertragslösung gewählt. Unserer Auffassung nach ist das eine kurzatmige Lösung, die nicht allzu weit über den Wahltag hinaus tragen wird. Die Konflikte sind schon jetzt deutlich. Der Betrag in Höhe von 460 DM je Vollzeitschüler und Monat ist so bemessen, daß der eine Schulträger dabei Gewinn machen kann, während der Betrag aufgrund der unterschiedlichen Kostenstruktur bei anderen Schulträgern nicht auskömmlich sein wird. Wir bekommen einen Dauerkonflikt zwischen den Schulträgern auf der einen Seite und der Landesregierung auf der anderen Seite. Ein objektiver Maßstab liegt nicht vor, weil in diesem Bereich Betriebskostenabrechnungen nicht üblich sind. Es wird also jeweils ein politischer Preis auszuhandeln sein — mit allen unerfreulichen Begleiterscheinungen für alle Beteiligten.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Es wäre besser gewesen, Herr Klare, wir hätten uns auf die von uns gemeinsam gefundene Lösung der Einbeziehung in die Finanzhilfe nach den §§ 129 ff. des Schulgesetzes verständigen können. Das war das einstimmige Ergebnis der Beratungen im Kultusausschuß.

(Frau Schreiner [Grüne]: Dann machen Sie doch jetzt mit!)

Wir hätten auch die Möglichkeit gehabt, über öffentliche Schulen ein Korrektivelement einzuführen — wie es beispielsweise Baden-Württemberg getan hat —, soweit es die Höhe der Schulkostenbeiträge angeht. Auch darüber hätten wir natürlich eine faktische Schulgeldfreiheit erreichen können. Wir hätten damit ferner das Ziel verfolgen können, regionale Unwuchten im System zu beseitigen. Wir müssen feststellen, daß sich die Masse der Schulen heute in den Ballungszentren konzentriert, obwohl im ganzen Land ein Bedarf an Ausgebildeten besteht.

Zur Zeit haben wir eine Regelung, die uns keinerlei Steuerungsmöglichkeiten eröffnet. Wir werden in wenigen Jahren in dieser Hinsicht Probleme bekommen.

Der Verweis auf die Umschüler, die über das Arbeitsförderungsgesetz finanziert werden, sticht nicht. Auch in anderen Bereichen des Bildungswesens ist es üblich, daß schulisch organisierte Bildungsgänge als Umschulungsbildungsgänge in Anspruch genommen werden und selbstverständlich in einer anderen Form der Rechtsträgerschaft

über das AFG finanziert werden. Das ist ein Scheinargument, das davon ablenken sollte, daß am Ende die Politiker des Landtags und insbesondere des Kultusausschusses, Herr Klare, die Hände an die Hosennaht gelegt haben und das, was sie zuvor für richtig gehalten haben, hinterher für falsch erklären mußten, weil die Regierung zwischenzeitlich entschieden hatte.

(Klare [CDU]: Wir wollten Albrecht nicht stürzen!)

— Sie wollten Albrecht nicht stürzen. Das ehrt Sie. Aber wir werden das demnächst nachholen.

Frau Schneider hat im übrigen deutlich gemacht, daß auch sie die gefundene Lösung nicht für eine sehr tragfähige hält. Man hätte konsequent sein und tatsächlich eine zukunftsweisende Lösung angehen sollen.

Trotzdem, Frau Schreiner, werden wir heute die Beschlußempfehlung des Ausschusses mittragen, die den Text unseres Antrags aufnimmt. Das dürfen Sie nicht verkennen. Die Formulierung hält im übrigen weiterführende Lösungen offen.

Ich bin ziemlich sicher — das ist heute schon deutlich geworden —, daß wir uns in nicht allzu langer Zeit erneut über dieses Problem unterhalten werden, nicht zuletzt deshalb, weil bei dieser Regelung wie im übrigen auch bei der Schulgesetzregelung ein Problem nicht gelöst wird, nämlich das der Ausbildungsvergütungen, Praktikumsvergütungen oder wie auch immer wir das Kind nennen wollen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden zwar Schulgeldfreiheit haben, jedoch keinen finanziellen Ausgleich für die während der Ausbildung erbrachten Leistungen. Hierbei muß man berücksichtigen, daß dieses Angebot mit dem Angebot in der Krankenpflegeausbildung, das finanziert wird, und mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System, das ebenfalls finanziert wird, konkurriert. Dies — bei zurückgehenden Schülerzahlen und damit auch potentiellen Interessentenzahlen für diesen Bereich — wird mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit in der nächsten Zeit dazu führen, daß das Ausmaß an Ausbildung nicht dem tatsächlich wachsenden Bedarf an Ausgebildeten gerecht wird, und spätestens dann werden wir in aller Schärfe das Problem einer Ausbildungsvergütung oder einer ähnlichen Zahlung hier auf dem Tisch haben. Auch dies bleibt offen. Alles in allem — ich wiederhole es noch einmal, damit keine Unklarheiten entstehen —: Wir stimmen der Ausschussempfehlung zu, wohlwissend, daß die jetzt ge-

fundene Vertragslösung nur kurzfristiger Natur sein kann, im Interesse einer längerfristigen stabilen Nachwuchssicherung für den wichtigen Bereich der Altenpflegeausbildung.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Lindhorst [CDU].

Lindhorst (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schneider, ich freue mich, daß Sie sich ehrlich bemüht haben, doch noch gewisse Unterschiede herauszufinden, und das Handtuch so lange gewungen haben, bis noch etwas Unterschiedliches dabei herauskam. Fest steht aber doch, daß wir jetzt gemeinsam einen Entschlußantrag verabschieden werden, und dieser Landtag sollte insgesamt stolz darauf sein, daß wir am Ende der Legislaturperiode gemeinsam eine Sache zustande gebracht haben, an der wir alle zusammen gestrickt haben. Angefangen hat das, Herr Dr. Riege, zwischen Ihnen und mir anlässlich einer DGB-Veranstaltung zum Thema Altenpflegeschüler in Hannover, als wir gesagt haben — damals habe ich das für die CDU-Fraktion versprochen —: Bis zum Ende der Legislaturperiode haben sie Schulgeldfreiheit. — Das tritt heute ein; wir haben Wort gehalten.

(Beifall.)

Das ist ein langer Weg gewesen, und ich bin froh, daß das Schiff nun endlich im Hafen gelandet ist, wobei ich in der Tat meine, daß es auch in der nächsten Legislaturperiode noch weiterfahren kann; darüber sind wir uns ja auch mit der SPD einig. Wir können hier nicht stehenbleiben. Auch meine Fraktion will in der nächsten Legislaturperiode eine Ausbildungsvergütung in irgendeiner Form, weil auch wir der Meinung sind, daß diese Gesellschaft wesentlich mehr Altenpfleger, Heilerziehungspfleger und Heilerziehungshelfer benötigt, als wir jetzt haben. Damit dieser Beruf attraktiv bleibt, muß er auch finanziell attraktiv sein. Frau Schneider hat mit Recht darauf hingewiesen, wie schwierig dieser Beruf im Alltag ist, und wir sehen es jetzt gerade, wenn wir die Verhältnisse in der DDR betrachten, wie es dort in Altenpflegeheimen aussieht. Wir wollen es hier in der Bundesrepublik so nicht haben. Deswegen müssen wir dafür sorgen, daß wir mehr Altenpfleger, Heilerziehungspfleger und Heilerziehungshelfer bekommen, und deswegen werden wir auf diesem Sektor in den nächsten vier Jahren mehr tun müssen.

Ich sage für meine Fraktion klipp und klar: Ausbildungsvergütung muß hinzukommen. Wie das geregelt wird, von wem, und wer dafür zahlt, darüber wird gestritten werden; das ist klar. Aber es ist nicht zu verstehen, daß eine Krankenschwester eine Ausbildungsvergütung bekommt, ein Altenpfleger dagegen nicht. Das kann man nicht vertreten.

Unsere Fraktion hat gesagt, der Zustand sei sowieso ein Anachronismus. Auch ich kann es mit meinem Gewissen nicht verantworten, daß sämtlichen Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird, dem hier in Rede stehenden Personenkreis aber nicht. Wenn wir beispielsweise an der Hochschule einen Arzt ausbilden, gehen die Kosten, die der Staat dafür zahlen muß, in die Hunderttausende. Wenn der Altenpfleger demgegenüber seine Ausbildung selbst bezahlen muß bzw. kein Geld dafür bekommt, ist das einfach nicht einzusehen. Deswegen geht das weiter. Sie wissen auch, meine Damen und Herren, daß wir eine Neuregelung der Ausbildung haben wollen. Auf Bundesebene wird daran gestrickt, auf diesem Sektor eine dreijährige gemeinsame Ausbildung zu praktizieren.

Es stimmt nicht, Frau Schreiner, was Sie vorhin gesagt haben, daß die SPD um des lieben Friedens willen zustimme. Ich glaube, sie stimmt der Sache wegen zu, wenn es auch nur ein begrenzter Schritt ist; wir haben gerade ein Drittel des Ganzen erreicht.

Für alle noch einmal deutlich — ich weiß gar nicht, ob diejenigen, die anschließend darüber abstimmen werden, das auch wissen —: Das Land zahlt in Zukunft für jeden Schüler 460 DM monatlich an die Schulen. Es werden Verträge mit den einzelnen Schulen abgeschlossen. Wir wollen nicht den Weg der Grünen gehen, das Schulgesetz zu ändern, weil wir damit 4 Millionen DM für die Umschüler zahlen müßten, die jetzt die Bundesanstalt für Arbeit zahlt. Es wäre ein Austausch in Höhe von 4 Millionen DM gewesen, Landesgelder gegen Gelder der Bundesanstalt. Deswegen ist die Regelung, die wir jetzt gefunden haben, richtig und gut, was nicht heißt, daß wir nicht allen weiteren einheitlichen Regelungen auf Bundesebene offen gegenüberstehen.

Abschließend will ich noch einmal betonen: Die CDU-Fraktion ist stolz darauf, daß wir mit diesem Beschluß so weit kommen, wie wir heute kommen werden. — Danke.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 4941 und, falls dieser abgelehnt wird, über die Beschlußempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 4862 Nrn. 1 und 2 getrennt ab.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4862 Nr. 1 — dies ist die EntschlieÙung — zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das ist angenommen.

Wer nun der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4862 Nr. 2 — das ist die Eingabe — zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: Versuchseinlagerung von hoch radioaktivem Atommüll in die Asse II — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/4471 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 11/4859

Für die Beratung dieses Antrages stehen maximal 30 Minuten Redezeit zur Verfügung, und zwar der CDU und der SPD jeweils bis zu acht Minuten sowie den Grünen und der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 4471 wurde in der 95. Sitzung am 27. Oktober 1989 an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist der Kollege Briese von der CDU, dem ich das Wort erteile.

Briese (CDU), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da sich die Kolleginnen und Kollegen bei der Aktuellen Stunde schon stillschweigend darauf verständigt haben, zur Verkürzung der heutigen Sitzung beizutragen, möchte ich das auch bei diesem Tagesordnungspunkt tun, indem ich den Bericht zu Protokoll gebe. — Danke schön.

(Zu Protokoll:)

Der Ausschuß für Umweltfragen empfiehlt Ihnen in seiner Beschlußempfehlung, den EntschlieÙungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

Zu Beginn der Beratungen im federführenden Umweltausschuß erklärte ein Sprecher der antragstellenden Fraktion, nach einem Besuch in der Asse sei er mehr denn je von der Notwendigkeit überzeugt, der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung die Genehmigung zur Versuchseinlagerung hochradioaktiver Abfälle in die Asse II zu versagen. Es gebe gar keinen Sinn, in der Asse einen Versuch mit der Einlagerung von sehr problematischen Abfällen aus der amerikanischen Atomwaffenproduktion durchzuführen, die es in dieser Qualität in der Bundesrepublik überhaupt nicht gebe. Auch dort, wo abgebrannte Brennelemente aus der Bundesrepublik aufbereitet würden, falle solcher Abfall nicht an. Hinzu komme die offene Frage, wo man mit diesem Atommüll nach Abschluß der Versuchsphase bleiben solle.

Er habe von Überlegungen gehört, diesen Abfall nach Beendigung des Versuchs notfalls auf dem Betriebsgelände der Asse II zwischenzulagern, bis es eine Entsorgungsmöglichkeit gebe. Das sei nach seiner Auffassung noch problematischer als der Versuch selbst.

Ein weiteres Problem stelle der Transport des Abfalls dar, der mit großen Risiken verbunden sei. Vor diesem Hintergrund sei ernsthaft zu fragen, ob es nicht besser wäre, den Versuch im Rahmen einer internationalen Aufgabenteilung in den Vereinigten Staaten durchzuführen.

Ein Vertreter der CDU-Fraktion entgegnete hierauf, es sei eingewandt worden, der Versuch in der Asse II könne überhaupt keine Erkenntnisse im Hinblick auf den Gorlebener Salzstock bringen, weil die Salzstöcke nicht miteinander vergleichbar seien. Es erscheine ihm absurd, auf der einen Seite dieses Argument zu verwenden und auf der anderen Seite zu fordern, den Versuch nicht in der Asse, sondern in den Vereinigten Staaten durchzuführen. Würde dieser Forderung stattgegeben, würde später mit Sicherheit geltend gemacht, die Ergebnisse des Einlagerungsversuchs in den Vereinigten Staaten könnten wegen der Unterschiedlichkeit der Salzstöcke nicht auf die Verhältnisse in Gorleben übertragen werden.

Für die Fraktion der Grünen meinte ihr Sprecher, es seien noch viele Fragen ohne Antwort, die vor dem Versuchsbeginn geklärt werden müÙten. Zunächst sei die Zusammensetzung des Materials zu klären. Nach seinen Informationen solle sich der

radioaktive Abfall nicht nur aus Strontium und Cäsium zusammensetzen, sondern auch Plutonium und andere Stoffe enthalten. Die Zusammensetzung des Materials spiele eine entscheidende Rolle für die Genehmigung des Versuchs. Klärungsbedürftig sei auch die Frage der Vergleichbarkeit des Asse-Salzes mit dem Gorlebener Salz. Fraglich sei auch, inwieweit der Versuch überhaupt mit realen Endlagerbedingungen in Einklang zu bringen sei. Schließlich solle der Abfall, um ihn zurückholen zu können, in Röhren verpackt werden. Auch die spätere Entsorgung des Abfalls sei noch nicht geklärt. Für eine Lagerung im Transportbehälterlager Gorleben gebe es keine Genehmigung. Auch für den Fall des vorzeitigen Abbruchs des Versuchs müsse noch die Frage des Verbleibs der Abfälle geklärt werden.

Auf die aufgeworfenen Fragen eingehend, legte ein Vertreter der Landesregierung dar, es sei beabsichtigt, hochradioaktive Abfälle in den älteren Steinsalzschiefern der Asse II einzulagern. Diese Schichten entsprächen denjenigen Schichten in Gorleben, in denen zu einem späteren Zeitpunkt eine Einlagerung erfolgen solle.

Auch die Kokillen, in die die hoch radioaktiven Abfälle verpackt würden, entsprächen von ihren Abmessungen her den später in Gorleben zu verwendenden Einlagerungsbehältern. Allerdings seien sie in einem größeren Ausmaß mit strahlenden Stoffen dotiert, um die Wärme und die Strahlung zu erzeugen, die zukünftig in Gorleben auftreten würden. Daß die Dotierung entsprechend stärker sein müsse, ergebe sich auch aus der Tatsache, daß die Einlagerungsbohrlöcher in der Asse verrohrt seien, was in Gorleben nicht der Fall sein werde. Eine Verrohrung in der Asse sei erforderlich, um die Rückholung der Kokillen sicherzustellen. Die Kokillen enthielten neben Uran auch einen gewissen Anteil an Plutonium. Sie sollten nach Beendigung der Versuchseinlagerung im Transportbehälterlager in Gorleben untergebracht werden. Für den Fall, daß bei einem Abbruch des Versuchs noch keine Genehmigung für die Aufbewahrung im Transportbehälterlager Gorleben vorliege, sei ein Antrag auf obertägige Lagerung in der Umladehalle auf dem Schachtgelände gestellt worden. Der Vertreter der Landesregierung betonte, das Wirtschaftsministerium lege großen Wert darauf, daß vor Erteilung der Genehmigung für die Versuchseinlagerung auch der Verbleib der Kokillen nach ihrer Rückholung genehmigungsrechtlich geklärt sei, soweit dies überhaupt möglich sei. Auf jeden Fall müsse sichergestellt sein, daß die Kokillen nicht ohne ver-

bindliche rechtliche Genehmigung auf dem Gelände der Asse II verblieben.

Nach diesen Darlegungen seitens der Landesregierung beschloß der Ausschuß mit den Stimmen der Vertreter der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Ausschußmitglieder aus den Oppositionsfraktionen, Ihnen die Ablehnung des Entschließungsantrages zu empfehlen.

Der mitberatende Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr stimmte der Beschlußempfehlung ohne Aussprache bei gleichem Abstimmungsverhalten zu.

Der Ausschuß für Umweltfragen bittet Sie, seiner Beschlußempfehlung in der Drucksache 4859 zu folgen und den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

Vizepräsident Rehkopf:

Ich danke dem Kollegen Briesse für die Berichterstattung. — Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Kollege Bartels von der SPD-Fraktion.

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausschußberatungen haben die in der ersten Beratung von uns im Plenum vorgetragenen Fragen nicht geklärt. Diese Fragen, die ich damals für die SPD-Fraktion im Zusammenhang mit der Einlagerung der 30 hochradioaktiven und stark wärmeentwickelnden Kokillen vorgetragen habe, sind nach wie vor unbeantwortet. Erste Frage: Inwieweit ist der Versuch unter den Bedingungen, nämlich Einlagerung in Röhren, überhaupt mit den realen Endlagerungsbedingungen in Einklang zu bringen?

Zweite Frage: Was geschieht mit den 30 hochradioaktiven Glaskokillen im Zusammenhang mit einer Notauslagerung? Wohin sollen die hochradioaktiven Abfälle gebracht werden? Sollen sie z. B. auf dem Betriebsgelände des Schachtes Asse II gelagert werden, oder aber ist der Weg in Richtung des Brennelement-Zwischenlagers in Gorleben angepeilt? In der Sache gibt es hierzu keine Antwort. Eines weiß man aber — das haben die Ausschußberatungen deutlich gemacht; das ist auch typisch für die Art und Weise, wie man mit der Entsorgung von hochradioaktiven Abfällen umgeht —: Man wird schon das richtige rechtliche Verfahren dazu ausfindig machen.

Die dritte Frage, die unbeantwortet geblieben ist: Worum handelt es sich bei den Versuchsquellen? Ist es ein radioaktiver Abfall, sind es radioaktive

Bartels

Kernbrennstoffe, oder handelt es sich um ein Wirtschaftsgut? Der Bund neigt wohl offenbar dazu, in diesem Zusammenhang von Wirtschaftsgut zu sprechen. Ich denke, daß das eine sehr gewagte Konstruktion ist. Wenn man dies aber unterstellen würde, müßte nach § 9 des Atomgesetzes verfahren werden, und es dürfte nicht, wie es vorgesehen ist, nach § 3 verfahren werden, aber gleichzeitig mit der Einschränkung — dies macht den qualitativen Unterschied aus —, daß in diesem Zusammenhang keine Öffentlichkeitsbeteiligung laufen muß.

Die vierte Frage: Was sind die Simulate im Falle der Notauslagerung? Dieser Punkt ist seitens der Aufsichtsbehörden und der Genehmigungsbehörden bisher ungeklärt. Die Antwort dazu liegt aber wohl auf der Hand. Es handelt sich tatsächlich um Abfall. Diese Simulate müßten dann entsorgt werden. Die Frage, die hier auftaucht, ist: Wo sollen diese Abfallsimulate in Zukunft entsorgt werden?

Die letzte offene Frage: Wo sollen sie nach Abschluß der Versuchsphase endgelagert werden? Es gibt zu diesem Aspekt überhaupt keine Antwort. Es gibt keine Konzeption dafür, was man am Schluß dieser Versuchsphase mit den Abfällen macht.

Positiv beantwortet wurde die Frage — darauf will ich in dem Zusammenhang in der zweiten und dritten Beratung hinweisen —, ob es nicht dann, wenn man der Auffassung ist, dieser Versuch muß unbedingt durchgeführt werden, möglich wäre, ihn am Standort der Erzeugung des hochradioaktiven Abfalls durchzuführen. Hier gibt es eine Bestätigung der Aussage, die ich in der ersten Beratung gemacht habe, nämlich daß dieser Versuch durchaus in einer Salzformation in den Vereinigten Staaten durchgeführt werden kann. Das ist im Ausschußprotokoll nachzulesen. Der zuständige Mitarbeiter des Ministeriums hat dies so bestätigt, und im übrigen auch Professor Kühn, der Chef der GSF, bei dem ich mich vor Ort in dieser Sache habe kundig machen können. Meine Damen und Herren, es wäre also mit einer solchen Konstruktion, wenn man diese Versuchsphase denn für notwendig erachtet, durchaus möglich, über einen Wissenschaftlertransfer in die Vereinigten Staaten das Problem der langen Transporte, der hochproblematischen Transporte dieser hochradioaktiven Abfälle nach Niedersachsen zu vermindern. Wir hätten dann auch das Problem der Endlagerung dieser Abfallsimulate nicht in der Bundesrepublik, sondern wir ließen es dort, wo es entstanden ist: bei dem Erzeuger der hochradioaktiven Abfälle.

(Schack [SPD]: Sehr richtig!)

Wir halten es absolut für unverantwortbar und auch nicht für nachvollziehbar, daß dieser Versuch sowohl von der rechtlichen als auch von der faktischen Seite her seit nunmehr zehn Jahren so dilettantisch vorbereitet wurde, daß sich die veranlassende Behörde praktisch auch heute noch in dieser Phase des Nichtwissens befindet und keinerlei Auskünfte geben kann, weder über die rechtliche Seite noch über die Entsorgungsseite. Aber eines haben Sie natürlich gemacht, meine Damen und Herren: Sie haben verbindlich diese teuren und hochproblematischen Abfallsimulate eingekauft,

(Schack [SPD]: Abenteuerlich!)

als hätten wir in der Bundesrepublik nicht Abfälle genug.

Meine Damen und Herren, ich stelle für die SPD-Fraktion zu dieser Thematik grundsätzlich fest: Wir sind bereit, und wir bekennen uns auch dazu, zu einer Mitverantwortung im Bereich der Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind auch bereit, und wir bekennen uns dazu, diese Versuche in Niedersachsen durchzuführen, wenn sie denn verantwortbar organisiert werden.

(Jahn [CDU]: Wo sollen sie durchgeführt werden, wo, Herr Bartels?)

Meine Damen und Herren, wir sind auch bereit — Herr Kollege Jahn, vielleicht können Sie mir die Antwort sagen —, die Einlagerung radioaktiver Abfälle in geeigneten Endlagerstätten zuzulassen, Entscheidungen mitzutragen, Standorte mitzutragen, wenn diese Standorte von ihrer Qualität her verantwortbar sind, wenn sie geeignet sind.

(Jahn [CDU]: Wo wollen Sie Versuche durchführen?)

Aber ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich: Wir machen unsere Bereitschaft, Mitverantwortung zu übernehmen, davon abhängig, daß im Rahmen eines Ausstiegskonzeptes nicht mehr zusätzlicher Atom Müll produziert wird, als er noch zwangsläufig innerhalb des Ausstiegskonzeptes anfallen muß.

(Oestmann [CDU]: Das ist nun wieder eine Eierei!)

— Nein, das ist eine ganz klare Position, Herr Kollege Oestmann. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie in Ihrer Fraktion für eine solche Position eine Mehrheit finden würden.

Wir sind gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke. Wir sind gegen die Wiederaufarbeitung, weil sie das Volumen der problematischen Abfälle vermehrt und weil sie eine derart hohe Umweltbelastung darstellt, daß man diesen Weg nicht gehen darf. Wir sind auch dagegen, daß wir als Bundesrepublik Deutschland diese Aufarbeitung im Ausland stattfinden lassen, in Sellafield und in La Hague. Ich denke, das ist auch eine verantwortbare Position, wenn man zu der Auffassung gelangt, die ich eben für uns dargestellt habe. Meine Damen und Herren, wir fordern daher den Bundesumweltminister in diesem Zusammenhang auf, davon Abstand zu nehmen, die Verträge, die mit den Firmen in Großbritannien und Frankreich getätigt worden sind, in nächster Zeit völkerrechtlich anzuerkennen. Wir wollen keine Volumenvermehrung durch Wiederaufarbeitung, und wir sprechen uns klar für die direkte Endlagerung aus.

Meine Damen und Herren, die Entsorgung der Kernkraftwerke, die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist in der heutigen Phase unsicherer denn je zuvor. Es bedarf eines Neuanfangs bei der Formulierung der Entsorgungsgrundsätze. Das ist — dies habe ich deutlich zu machen versucht — nur auf der Basis eines neuen Konzeptes, auf der Basis unserer Bedingungen, die ich hier formuliert habe, mit uns gemeinsam zu machen. Die Zeit arbeitet gegen die Politik. Die Bevölkerung erwartet von uns verantwortbare Konzepte und entsprechendes Handeln. Ich kann Sie nur bitten, nicht in eine ähnliche Situation hineinzukommen wie bei der Entsorgung von Abfällen und Sonderabfällen. Zerstören Sie das Vertrauen der Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht weiterhin!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat Herr Kollege Kempmann.

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt über die Asse, und wir können beinahe alles von dem unterstützen, was Sie, Herr Bartels, dazu vorgetragen haben. Hier wird versucht, haarscharf am geltenden Recht vorbei im Atombereich voranzukommen. Auch das hat eine Parallele zu Gorleben.

Mit der Erteilung der ersten atomrechtlichen Genehmigung für die PKA in Gorleben hat die Landesregierung eine neue Runde in der Auseinandersetzung um Atomanlagen in Niedersachsen

eingeläutet. Gerade diese Genehmigung ist ein Skandal und eine dreiste Provokation. Jeder in diesem Landtag weiß doch, daß die Landesregierung keine Mehrheit in diesem Haus hat. Sie ist auf die Duldung durch die Republikaner angewiesen. Sie hat natürlich auch keine Mehrheit im Lande; das werden Sie am 13. Mai erleben. Trotzdem hat sie wenige Wochen vor der Wahl die Genehmigung erteilt, die Region Lüchow-Dannenberg zum atomaren Testgebiet zu erklären, trotzdem hat sie wenige Wochen vor der Wahl die Genehmigung zur schleichenden radioaktiven Verseuchung einer ganzen Region erteilt.

Offensichtlich haben 90 Millionen DM Schmiergelder für Gorleben wie auch für die Asse ausgezahlt; auch dorthin gehen ja die Schmiergelder.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Wer so handelt, wie es die Landesregierung im Atombereich tut, hat nicht nur viel vom SED-Regime gelernt, der bedient sich auch SED-Methoden

(Kuhlmann [CDU]: Unverschämter Kerl! So eine Beleidigung! Das ist ja ungeheuerlich! — Gegenruf von den Grünen: Stimmt aber!)

— ich komme gleich darauf —, die sich allerdings ein Herr Modrow heute nicht mehr erlauben könnte. Zu diesen SED-Methoden gehört es eben auch, daß diese Anlagen ohne rechtsstaatliches Verfahren, dafür aber — das haben wir in den letzten Tagen erlebt — mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt werden sollen.

(Grill [CDU]: Das stimmt doch gar nicht, Herr Kempmann! — Fortgesetzte Zurufe von Kuhlmann [CDU].)

Diese Landesregierung hat es ausdrücklich abgelehnt, DDR-Bürgerinnen und -Bürgern die Mitwirkungsmöglichkeit in rechtsstaatlichen Verfahren zu eröffnen. Das gilt für die Asse genauso wie für Gorleben.

(Jahn [CDU]: Bei der Asse hat sich überhaupt niemand gemeldet! Reden Sie doch nicht einen solchen Quatsch!)

— Da hat kein Verfahren stattgefunden, das ist ja der Punkt. Das zeigt sehr deutlich, wie egal dieser Landesregierung die Menschen in der DDR sind.

Ich bin froh und glücklich, daß am letzten Samstag Hunderte von Menschen aus Salzwedel, aus Stendal, aus Leipzig, aus Magdeburg in Gorleben demonstriert und den Bauplatz mit besetzt haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Kempmann

Diese Menschen hatten gestern morgen Tränen in den Augen, als sie gesehen haben, was Albrecht-Demokratie bedeutet. Panzerwagen sind aufgeföhren, Reiterstaffeln, Hubschrauber und an die 2 000 Polizeibeamte wurden aufgeboten, um diesen Protest zu beenden. Meine Damen und Herren, Sie wollten gestern die Schlacht um Gorleben haben, haben sie aber nicht bekommen.

(Hildebrandt [FDP]: Quatsch ist das!)

Sie haben sie nicht bekommen, weil wir vor der unglaublichen Polizeimacht zurückgewichen sind.

Diese Landesregierung greift nicht nur auf SED-Methoden zurück.

(Jahn [CDU]: Sie sind ein Lügner! Hören Sie jetzt auf!)

Der niedersächsische Staatsschutz arbeitet mindestens in Teilbereichen mit den entsprechenden Behörden in der DDR zusammen.

(Erregte Zurufe von der CDU.)

Der Runde Tisch in Berlin kämpft seit Wochen um die Auflösung der verhaßten Stasi, und der Staatsschutz aus Niedersachsen — mindestens in zwei Fällen ist es belegt — geht nach drüben, um Informationen über DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu bekommen, die hier im Westen demonstrieren wollen.

(Trittin [Grüne]: Pfui, das ist ja ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, im Vorfeld der Gorleben-Demo hat es diese Vorfälle gegeben. Wenn die Landesregierung jetzt sagt, daß das nur Kontakte zu den Volkspolizeikreisämtern gewesen seien, dann frage ich Sie: Was glauben Sie eigentlich, woher Erkenntnisse der Volkspolizeikreisämter über die Bürgerinnen und Bürger der DDR stammen? Sie stammen von der Stasi und von sonst niemandem.

(Beifall bei den Grünen.)

Jeder weiß im übrigen, wie eng bis auf den heutigen Tag die Zusammenarbeit zwischen der DDR-Kripo und der Staatssicherheit ist. Dort gibt es keine Trennung. Deshalb ist es unglaublich und ein Skandal,

(Jahn [CDU]: Unglaublich ist, was Sie da sagen!)

daß das Siebte Kommissariat, die politische Polizei, diese Kontakte knüpft, um auszuforschen, welche Leute aus der DDR hier in der Bundesrepublik demonstrieren wollen.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kempmann, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen! Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Kempmann (Grüne):

Ich komme zum Schluß. Offensichtlich haben die Sicherheitsbehörden West und die Sicherheitsbehörden Ost ihre Wiedervereinigung auf dem kleinen Dienstweg schon vollzogen. Herr Minister Stock, ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht nur hier im Plenum, sondern auch in einer Sitzung des Innenausschusses Auskünfte über diese Vorgänge geben. Selbstverständlich verlangen wir, daß die Beamten, die in diese Vorgänge verwickelt waren, sofort von ihren Posten entbunden werden.

(Beifall bei den Grünen. — Jahn [CDU]: Wer hier so redet und von SED-Methoden spricht, ist ein schräger Vogel!)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

(Trittin [Grüne]: Ist ja unerhört, „Schräger Vogel“!)

Stock, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kempmann, diese unglaublichen Aussagen, die Sie hier heute gemacht haben, sind vorgefaßte Meinungen, die Sie schon zu einem Zeitpunkt geäußert hatten, zu dem in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ berichtet worden ist, nämlich am 5. Februar. An diesem Tag schon hatten Sie diese unglaublichen Vorwürfe erhoben.

(Kempmann [Grüne]: Ja, zitieren Sie mal!)

Es heißt hier wörtlich: Diesen Schritt verglich Hannes Kempmann, Landtagsabgeordneter der Grünen, mit einer „SED-Methode, die sich ein Herr Modrow heute nicht mehr leisten könnte.“

Ich kann Ihnen nur sagen: Grundlage des Genehmigungsverfahrens waren rechtsstaatliche Gründe. Der Tatsache, daß die Polizei in Gorleben dafür gesorgt hat, daß dort der Zaun errichtet werden konnte, lagen rechtsstaatliche Verfahren zugrunde. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage, wenn Sie hier einen solchen Vergleich ziehen. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie wissen ganz genau, daß dort auch Straftaten verübt worden sind, daß dort widerrechtlich eine Versammlung stattgefunden hat

(Kempmann [Grüne]: Das stimmt nicht! Die ist von der Polizei legalisiert worden!)

und daß wir diese aufgelöst haben. Sie wissen auch ganz genau, daß in jedem Fall peinlichst genau auf die rechtlichen Verfahrensgrundlagen geachtet worden ist und daß diese eingehalten worden sind.

Ich komme auf das zurück, was heute auch in Ihrer Presseerklärung gesagt worden ist. Ich muß sagen: Es ist grob verfälschend, wenn Sie hier behaupten, es habe eine Zusammenarbeit niedersächsischer Polizei Hand in Hand mit dem Stasi gegeben. Es trifft nicht zu, wenn Sie in dieser Presseerklärung und auch jetzt wieder behaupten, es habe Kontakte mit DDR-Sicherheitsbehörden gegeben, und Staatssekretär Dr. Diekwisch habe diese bestätigt. Ich will hier den tatsächlichen Vorgang gerne schildern. Im Vorfeld der Demonstration in Gorleben hat sich folgendes ereignet:

Am 30. Januar 1990 suchte der Leiter des Kriminalkommissariats Lüchow zusammen mit einem Kriminalhauptkommissar der gleichen Dienststelle die Leiter der Volkspolizeikreisämter in Osterburg und Salzwedel auf. Anlaß waren Informationen, daß auf Initiative der Veranstalter der Demonstration in Gorleben auch Teilnehmer aus der DDR anreisen sollten, und zwar aus dem grenznahen Bereich Salzwedel und Osterburg sowie aus dem Bereich Stendal.

Nach dem mir vorliegenden Bericht war Inhalt dieser Gespräche einzig und allein die Fragestellung, ob in Lüchow und Gorleben mit größerem Zulauf aus der DDR zu rechnen sei. Zwischen den Angehörigen des Kriminalkommissariats Lüchow und den Gesprächspartnern der Volkspolizei wurden keinerlei Informationen über Personen oder Gruppen erbeten oder ausgetauscht.

Im gleichen Sinne verlief ein weiteres Gespräch des Kriminalhauptkommissars am 2. Februar 1990 in Osterburg und Salzwedel wiederum mit den Leitern der Volkspolizeikreisämter. In Salzwedel nahm zusätzlich der Leiter der örtlichen Kriminalpolizei an dem Gespräch teil.

Die Dienstreisen waren mit dem Innenministerium nicht abgestimmt, sondern sind dort erst am Montag bekanntgeworden.

(Kempmann [Grüne]: Weil ich Sie angerufen habe, deswegen!)

Das Ministerium hat daraufhin Kontakte in diesem sensiblen Bereich untersucht, weil das natürlich zu Mißverständnissen führen konnte.

Aber vor diesem Hintergrund, Herr Kempmann, und vor dem Hintergrund dieser Tatsachen erweisen sich die Behauptungen der Fraktion der Grünen als völlig falsch. Ich darf Ihnen sagen, daß wir — um Mißverständnisse hier gar nicht erst aufkommen zu lassen — solche Gespräche auch nicht stattfinden lassen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Herr Umweltminister.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß wir hier im Parlament einen Abgeordneten haben, der an nichts anderem interessiert ist als daran, unser rechtsstaatliches demokratisches System zu verunglimpfen, dann haben Sie diesen Beweis geliefert, Herr Kempmann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Widerspruch bei den Grünen.)

Ich scheue mich, das generell zu sagen und die anderen grünen Kolleginnen und Kollegen mit einzubeziehen, obwohl Sie gewissermaßen für Ihre Fraktion nach vorn geschickt worden sind. Mindestens Sie speziell sind es, der immer nur und vorrangig daran interessiert ist, unsere Demokratie destruktiv anzugehen und zu zerstören. Das ist Ihr Interesse!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Widerspruch bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister, Herr Kempmann möchte Sie etwas fragen.

Dr. Remmers, Umweltminister:

Meine Damen und Herren, die Wortwahl des Abgeordneten Kempmann,

(Kempmann [Grüne]: Angst haben Sie!)

der in diesem Zusammenhang von SED- und Stasi-Methoden gesprochen hat,

(Kempmann [Grüne]: Habe ich Kontakt zum Stasi gehabt oder andere?)

Dr. Remmers

ist im übrigen für die DDR-Bürger ein Schlag ins Gesicht. Wer gerade in der letzten Zeit oder durch häufige Besuche und durch laufende Kontakte mit DDR-Bürgern weit vor der Wende einmal erörtert hat, was Stasi-Methoden in Wahrheit waren und zum Teil vielleicht auch heute noch sind, der müßte sich schämen, Herr Kempmann, solche Vergleiche hier vorzulegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, 40 Jahre lang haben die DDR-Bürger unter dem SED-Regime gelitten. Manche haben ihr Leben verloren. Das verarmen Sie, Herr Kempmann, indem Sie ein ordentliches Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik als SED- oder Stasi-Methode bezeichnen und verunglimpfen. Obwohl Sie ganz genau wissen, daß Sie die Möglichkeit haben, unsere Verfahren in aller Öffentlichkeit zu kritisieren und alles zu tun, auch an gerichtlicher Überprüfung, wie es ja geschieht, obwohl Sie wissen, daß Demonstrationsfreiheit herrscht und was weiß ich alles, kommen Sie hierher und stellen solche ungeheuerlichen Vergleiche an. Ich schäme mich für Sie, Herr Kempmann; ich schäme mich!

(Beifall bei der CDU.)

In Wahrheit, meine Damen und Herren, zeigt die Wortwahl des Herrn Kempmann seine wahre Mentalität. Meine Damen und Herren von der grünen Fraktion, ich würde mich an Ihrer Stelle dagegen wehren, mich in ein solches Licht stellen zu lassen, wie das durch Herrn Kempmann geschieht. Ich weiß, ich meine jedenfalls zu wissen, daß es hier und in anderen Parlamenten grüne Abgeordnete gibt, die völlig anders denken und sind als Herr Kempmann.

Meine Damen und Herren, die Wortwahl des Herrn Kempmann verrät seine wahre Mentalität

(Jahn [CDU]: Verrät seine Herkunft, mehr nicht!)

und bringt ihn auch in Verdacht. Noch während der Dezember-Sitzung des Landtags haben Sie, Herr Kempmann, eingeräumt, daß es Ihrer Partei nicht um die Realisierung von demokratischen Bürgerrechten von DDR-Bürgern gehe, sondern in erster Linie darum, die Pilotkonditionierungsanlage zu verhindern. Das haben Sie doch ganz klar zugegeben! Dafür ist den Grünen offenbar jedes Mittel recht, und sie scheuen vor nichts zurück. Moralvorstellungen und Erkenntnisse über die wahren Zustände in der DDR unter dem SED-Regime, Herr Kempmann, sind Ihnen offensichtlich unbekannt.

(Zuruf von Bartels [SPD].)

— Herr Bartels, halten Sie sich dabei mal raus! Wenn hier die Verfahrensweisen unseres rechtsstaatlichen Systems in einer solch ungeheuerlichen Weise verunglimpft werden, sollten Sie lieber auch etwas sagen, um die Ausführungen von Herrn Kempmann zurückzuweisen, und nicht auf geschäftsordnungsmäßige Dinge verweisen, die er nicht eingehalten hat. Ich habe mich gemeldet aufgrund dieser vom Präsidenten zugelassenen ungeheuerlichen Behauptungen und Feststellungen.

(Zuruf von Trittin [Grüne].)

Ich sage noch einmal: Ich finde es eine schlimme Sache, Herr Kempmann, was Sie hier behauptet haben. Spätestens dies ist der Beweis für das, was ich schon lange gedacht habe: daß Sie ein Abgeordneter sind, wie ich ihn vorhin gekennzeichnet habe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, ich kann im Vorfeld nicht wissen, was die Abgeordneten hier behaupten werden. Darum kann ich auch nicht im Vorfeld zulassen oder nicht zulassen, was gesagt wird. Das zu der Anmerkung von Herrn Minister Remmers.

Im übrigen habe ich das Protokoll angefordert, in dem die Anmerkungen von Herrn Kempmann wiedergegeben sind, um notfalls reagieren zu können.

Jetzt haben nicht Sie das Wort, Herr Kempmann, sondern der Kollege Dr. Hruska hat das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mich richtig erinnere, hatte der amtierende Präsident, Herr Bosse, die Aktuelle Stunde für beendet erklärt, nachdem sich niemand gemeldet hatte. Deswegen will ich auch nicht zu dem Punkt sprechen, der für die Aktuelle Stunde vorgesehen war, nämlich zu der Genehmigung für Gorleben; ich könnte es im Moment auch nicht, denn was Herr Kempmann dazu gesagt hat, war so ungeheuerlich.

Ich möchte mich mit Herrn Kollegen Bartels über das Thema auseinandersetzen, das jetzt auf der Tagesordnung steht, nämlich das Thema der Versuchseinlagerung von hochradioaktivem Abfall in die Asse. Wir haben uns mit diesem Thema bereits in der ersten Sitzung und auch im Ausschuß auseinandergesetzt. Deshalb möchte ich nur noch

einmal auf zwei Punkte eingehen, die Sie als fragliche Punkte bezeichnet haben.

(Bartels [SPD]: Ausweislich des Protokolls!)

— Sie haben noch mehrere Punkte genannt, ich möchte aber nur auf diese beiden Punkte eingehen.

Zum einen handelt es sich um die Frage, ob das Abfall oder ein Wirtschaftsgut ist. In dem Augenblick, in dem dieses Material zur Untersuchung der Tauglichkeit von Salzlagerstätten eingelagert wird, kann es kein Abfall sein, denn es hat eine Aufgabe für die Erprobung zu erfüllen. Deshalb ist es nicht an den Haaren herbeigezogen oder nur mit Klimmzügen argumentiert, sondern ganz klar, daß dies kein Abfall ist.

(Bartels [SPD]: Deswegen hat das der Bund bis heute nicht bestätigt!)

— Es gibt Leute, die das nicht verstehen können. Das bedeutet aber nicht, daß das nicht richtig sei. Es gibt ja vieles, was richtig ist, obwohl einige das nicht verstehen.

Zum anderen möchte ich auf die Frage eingehen, ob die Versuche nicht auch in Amerika durchgeführt werden könnten. Das ist eine ganz interessante Frage, die ich vielleicht anders beantworten würde, wenn ich Ihrer Aussage Glauben schenken könnte, daß Sie in der Mitverantwortung für die Entsorgung der atomaren Abfälle stünden. Wenn ich dieser Aussage wirklich Glauben schenken könnte, würde ich sagen: Warum? — Technisch ist es sicherlich möglich, diese Versuche auch in Amerika durchzuführen. Sicherlich ist es wissenschaftlich möglich, nachzuvollziehen, inwieweit eine Vergleichbarkeit besteht. Eines wird aber nicht möglich sein, wenn solche Versuche in Amerika entsprechend Ihrem Vorschlag durchgeführt werden sollten,

(Bartels [SPD]: Können!)

nämlich die SPD davon zu überzeugen, daß die Ergebnisse, wenn die Versuche positiv ausgehen, auch auf Niedersachsen übertragen werden können. In dem Augenblick, Herr Bartels, würden Sie nämlich sagen: Das ist in Amerika geschehen. Wer weiß, wie das bei uns ist. Wir haben ganz andere Leute und ganz andere Salzstöcke. Wir können das nicht übernehmen. — Deswegen ist die Forderung, die Untersuchungen nach Amerika zu verlagern, ein Trick, um das Ganze zu verzögern und hinterher sagen zu können: Das geht nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Bartels [SPD]: Mit deutschen Wissenschaftlern!)

Deshalb glaube ich auch Ihren Beteuerungen nicht, daß Sie Mitverantwortung hinsichtlich der Entsorgung übernehmen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Grill!

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wäre sicherlich reizvoll, sich mit den Behauptungen und Lügen des Herrn Kempmann auseinanderzusetzen; reizvoll deswegen, Herr Kollege Hruska, weil es eigentlich notwendig wäre, zu entlarven, in welchem Stil hier gearbeitet wird. Nach all den Gesprächen gerade auch mit den Bürgern der DDR, die etwa an der Gorleben-Kommission teilgenommen haben und in Zukunft, aus den Vertretern des Runden Tisches ausgewählt, an den Sitzungen unserer Arbeitsgruppe — wenn man so will — teilnehmen, kann ich nur sagen: Die Bürger der DDR haben an vielen Stellen ganz andere Sorgen, als es Herrn Kempmann für die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland recht ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Jemand, der noch im April letzten Jahres hier in diesem Hause ganz freimütig zugegeben hat, daß er Straftaten gern begeht, um politische Ziele zu verfolgen,

(Widerspruch bei den Grünen)

— Sie können das im Protokoll nachlesen, Herr Kempmann — sollte hinsichtlich der Frage des Demokratieverständnisses eigentlich ganz still sein, Herr Kempmann. In Wahrheit ist es so, daß Sie für die Durchsetzung Ihrer politischen Ziele die Gewalttat nicht ausschließen.

Ich möchte nun noch eine dritte Bemerkung machen. Gerade in der Auseinandersetzung vor Ort wird deutlich, daß Sie — ich bleibe bei dieser Behauptung — die Freiheiten, die die DDR-Bürger heute haben, instrumentalisieren, einzig und allein um das Ziel zu verfolgen, das Sie bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht erreicht haben.

Ich meine aber, daß wir uns mit der Frage auseinandersetzen sollten, was mit der Versuchseinlagerung in der Asse II wird. Nun will ich nicht bestreiten, daß der Kollege Bartels wenigstens ein paar Ausführungen zu der Asse II gemacht hat. Er hat aber im wesentlichen den untauglichen

Grill

Versuch unternommen, nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten bereit sind, Verantwortung zu tragen und auch hier in Niedersachsen Verantwortung für eine sichere Entsorgung zu übernehmen. Herr Kollege Bartels, der Hinweis auf Amerika ist schon deshalb wahnsinnig schlecht — ich greife das bewußt auf —, weil es bereits eine Diskussion gibt, die auch von interessierter Seite geführt wird, die behauptet, daß eine Einlagerung in der Asse nicht die gewünschten und notwendigen Ergebnisse bringt, die dann vielleicht auf den Salzstock in Gorleben anzuwenden wären. Wir sollten deswegen dieses leidige Thema Amerika — das ist im Grunde genommen nur ein Fluchstandort, um in Niedersachsen nicht selber Verantwortung übernehmen zu müssen — begraben.

Sie haben ferner von klaren Positionen geredet. Dann wollen wir einmal die „klaren Positionen“ untersuchen. Sie haben das im Zusammenhang mit der gesamten Entsorgungskette versucht aufzuzeigen. Es gibt im Augenblick sicherlich keinen Streit über die Frage, ob wir noch zusätzliche Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland bauen oder nicht. Wir können auch gerne die Wiederaufarbeitungsanlage beiseite legen. Auch das wäre ja durchaus denkbar, wenn das dazu führen würde, daß Sie Ihren eigenen Entsorgungsweg beschreiten. Aus dem Kernenergieabwicklungsgesetz der SPD im Deutschen Bundestag, aber auch aus allen übrigen Stellungnahmen aus der Diskussion um die Gorleben-Entscheidung dieser Landesregierung hat sich die direkte Endlagerung als ein Weg entwickelt, der zumindest zu prüfen ist. Nun haben wir ja in diesen Tagen die Möglichkeit, Ihr Verantwortungsbewußtsein und Ihre Bereitschaft, Verantwortung mitzutragen, zu prüfen. Was stellen wir fest? — Selbst das, was Ihrem Entsorgungsweg entspricht — nämlich die direkte Endlagerung,

(Dr. Hruska [FDP]: Genau!)

die Konditionierungsanlage, die wir innerhalb der nächsten zehn Jahre erproben und erforschen wollen —, lehnen Sie unter Hinweis auf Ihre alte Strategie ab. Es ist doch wirklich leidig, das zu diskutieren. Sie sagen: „Wir sind dafür.“ Aber an jedem Standort, den wir benennen, sagen Sie: „Aber hier geht es nicht.“ Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, Herr Kollege Bartels, wenn Sie uns noch vor der Landtagswahl am 13. Mai eine Liste mit Standorten vorlegen würden, die Sie für die Entsorgung für tauglich halten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Das wäre wirklich eine ganz tolle Sache, weil wir dann wenigstens wüßten, ob das, was Sie hier sagen, auch in die Tat umgesetzt werden kann. Aber Sie werden das nicht tun.

Sie haben des weiteren gesagt, die Zeit arbeite gegen die Politik. Ich kann nur sagen: Die Zeit arbeitet deswegen gegen die Politik, Herr Kollege Bartels, weil wir mit Ihnen noch nicht einmal mehr zu einem Minimum an Konsens kommen können genau vor dem Hintergrund der Haltung, die ich hier geschildert habe und die auch der Herr Kollege Dr. Hruska deutlich gemacht hat. Es bleibt eine Tatsache, daß wir auf der einen Seite durchaus Zeit haben gerade für diese Fragen, aber daß Sie auf der anderen Seite letztendlich nicht bereit sind, auch in diesem Verhältnis einer weiteren Zeitperspektive Verantwortung zu übernehmen.

Unabhängig von der Frage, welches Material in welcher Form in die Asse II eingebracht wird — wobei wir davon ausgehen, daß der Versuch so angelegt ist, daß er wirklich zu tauglichen Ergebnissen führt, um Erkenntnisse für die späteren Einlagerungstechnologien in Gorleben zu gewinnen —, will ich deutlich machen, daß der Versuch in der Asse II nur gemacht werden kann — das sage ich ausdrücklich auch im Hinblick auf die Kollegen aus dem Landkreis Wolfenbüttel —, wenn die Entsorgung des Materials für diesen Versuch bei Abbruch, bei Beendigung sichergestellt ist.

(Zustimmung von Jahn [CDU].)

Das heißt, es muß ein kompletter Entsorgungsweg vorhanden sein. Sonst ist der Versuch in der Asse II für uns nicht unter allen Aspekten ausgeleuchtet.

(Zustimmung von Jahn [CDU].)

Ich glaube, wir müssen hier deutlich machen, daß der Versuch der Einlagerung in der Asse II die Möglichkeit bietet, die notwendige Endlagerung unseres Wohlstandsmülls, den Sie genauso zu verantworten haben wie wir, zu erproben und sicherzustellen, und daß solche Versuche auch nur unter Beachtung strengster Sicherheitsvorkehrungen verantwortbar bleiben. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat nun gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung für zwei Minuten der Kollege Kempmann.

(Rau [FDP]: Jetzt nicht schlimmer machen!)

Kempmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Remmers, Sie haben mir wortreich vorgeworfen — das war dann auch der ganze Inhalt Ihrer Rede —, ich hätte nichts anderes im Sinn, als die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik zu untergraben, und nun würden Sie sich schämen. Daran, daß Sie sich schämen, kann ich Sie nicht hindern. Mit keinem Wort — das ist das entscheidende — sind Sie aber auf die Vorgänge, um die es hier im Kern geht, eingegangen.

(Kuhlmann [CDU]: Das hat doch der Innenminister gemacht!)

Der Innenminister hat bestätigt, daß der niedersächsische Staatsschutz — jedenfalls einzelne Beamte — anlässlich der ersten Demonstration in der Bundesrepublik Deutschland, an der Bürgerinnen und Bürger aus der DDR teilgenommen haben, Kontakte zu den Volkspolizeikreisbehörden in der DDR aufgenommen hat, um Erkenntnisse darüber zu erlangen, wie viele und welche Menschen hierherkommen würden, um hier zu demonstrieren.

(Jahn [CDU]: „Welche“ gar nicht! Wie viele! — Kuhlmann [CDU]: Wieder eine Unterstellung!)

Ich sage Ihnen, Herr Minister: Es gab Absprachen darüber, ob man an der Grenze nicht diejenigen Leute, die man als Gewalttäter identifizieren würde, herausfiltern könnte. Das war der Inhalt dieser Gespräche. Fazit: Es gibt nicht einen Leiter einer Volkspolizeikreisbehörde in der DDR, der nicht aufs engste mit der Stasi zusammenarbeitet, wenn er nicht gar selbst Mitglied der Stasi ist. Das ist der entscheidende Punkt, um den es hier geht. Fest steht außerdem, Herr Minister: Sie wußten von diesen Vorgängen einmal mehr nichts. Ihr Innenministerium hat erst am Montag durch einen Anruf von mir darüber Kenntnis erhalten.

Nun sind hier folgende Fragen zu stellen: Ist es schlimmer, daß Sie davon nichts wußten? Ist es einmal mehr so, daß im Lande Niedersachsen Polizeibehörden außer Rand und Band geraten sind und der Innenminister nichts weiß? Oder ist es so, daß Sie doch davon wußten? — Sie müssen hier nach wie vor folgende Frage beantworten: Können Sie ausschließen, daß Informationen über diese Gespräche nicht sofort bei der Staatssicherheit gelandet sind? Können Sie auch ausschließen, daß die Gesprächspartner in der DDR — sind sie Ihnen namentlich überhaupt bekannt? — nicht Mitglieder der Staatssicherheit waren? Ich sage noch einmal: Ich brauche keinen meiner Vorwürfe zurückzunehmen, solange nicht fest-

steht und bestritten wird, sondern im Gegenteil zugegeben wird, daß der politische Staatsschutz in Niedersachsen Kontakte zu Sicherheitsbehörden der DDR unterhalten hat. — Vielen Dank!

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Stock, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dem, was ich hier vorhin schon im einzelnen ausgeführt habe, nichts mehr hinzuzufügen. Nach dem mir vorliegenden Bericht ist in den besagten Gesprächen über die Frage gesprochen worden, wie viele Menschen an dieser Demonstration eventuell teilnehmen könnten. Personenbezogene Daten sind aber nicht abgefragt worden. Herr Kempmann, mich wundert allerdings sehr, daß Sie sich hier hinstellen und sagen: „Ich weiß ganz genau, was der Inhalt dieser Gespräche war.“ Das läßt ja auch manchen Rückschluß zu. Ich überlasse es dem Parlament, welche Überlegungen es daran anknüpfen will.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Widerspruch bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister Remmers!

Dr. Remmers, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wegen der Ungeheuerlichkeit der Vorwürfe von Herrn Kempmann — er hat ja eben versucht, seine Vorwürfe ein wenig herunterzuspielen — möchte ich noch etwas sagen. Herr Kempmann, Sie haben gesagt, unsere Polizei habe Kontakte in die DDR aufgenommen. Der Innenminister hat erklärt, was der Hintergrund dafür gewesen ist. Es spricht sogar dafür, wenn das Innenministerium das nicht gewußt hat, weil das ein normales Kontaktieren ist über die Frage — — —

(Kempmann [Grüne]: Hoho!)

— Nachdem die Grenzen geöffnet worden sind, haben wir mit der Polizei in der DDR ohnehin das eine oder andere zu besprechen, und zwar auch über andere Themen. — Einmal angenommen, ein übereifriger Polizist hätte dort Gespräche geführt, die er besser nicht geführt hätte, so ist es doch ungeheuerlich, daß Sie, Herr Kempmann, hingehen und sagen, daß das Stasi-Methoden seien. Wenn Sie das, was in der DDR offen-

Dr. Remmers

bar geworden ist — 40 Jahre übelster Stalinismus und 40 Jahre Stasi —, nun mit einem Wort wegen einer solchen Kontaktsache so dahinstellen, dann ist das für die Bürger in der DDR außerordentlich beleidigend.

Deswegen sage ich: Sie sind ein Schandfleck für dieses Parlament.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

(Trittin [Grüne]: Zur Geschäftsordnung!)

— Herr Trittin, zur Geschäftsordnung.

(Kuhlmann [CDU]: Hand aus der Tasche und Kaugummi aus dem Mund!)

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU: Das Kaugummi aus dem Mund!)

— Ganz ruhig, Kollege Kuhlmann! — Wir hatten schon die Debatte im Ältestenrat, daß man Mitglieder der Landesregierung, gleichgültig wie sie sich äußern, nicht rügen kann. Deswegen stelle ich fest:

(Lindhorst [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung, lieber Herr Lindhorst.
— Wenn ich dies über einen Abgeordneten dieses Hauses gesagt hätte, der zudem nichts anderes gesagt hat als das, was der Innenminister hier bestätigt hat,

(Lachen bei der CDU)

dann hätte ich — ich vermute, zu Recht — eine Rüge bekommen. Herr Remmers, das sollten Sie sich durchaus einmal überlegen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7.

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in Drucksache 4859 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4471 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: **Zukunft Niedersachsens in einem vereinten Europa** — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2581 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 11/4897

(Unruhe.)

— Meine Damen und Herren, ich lasse mir gern noch ein bißchen Zeit, damit diejenigen, die unbedingt stören müssen, ein wenig Ruhe einkehren lassen, während sie hinausgehen.

(Unruhe.)

— Es wäre schön, wenn ich wenigstens meine eigene Stimme hören könnte.

Für die Beratung dieses Antrags stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu acht Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

(Köneke [SPD] niest.)

— Es gibt auch ein Gebot der Höflichkeit, verehrter Herr Abgeordneter, sowohl dem Präsidium als auch den Kollegen als auch den Zuschauern gegenüber.

Der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in Drucksache 2581 wurde in der 57. Sitzung am 3. Juni 1988 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. Berichterstatteerin ist die Kollegin Frau Schliepack, der ich das Wort erteile.

Frau Schliepack (CDU), Berichterstatteerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 4897 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in einer geänderten Fassung anzunehmen. Diese Fassung unterscheidet sich vom Ursprungsantrag lediglich dadurch, daß der Satz, der sich auf den EG-Gipfel 1988 in Hannover bezog, gestrichen worden ist.

Die Vertreter der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß beantragten weitergehende Änderungen des Entschließungsantrages und legten dazu einen Formulierungsvorschlag vor. Zur Erläuterung ihrer Änderungswünsche trugen sie vor: Es sollten ein gemeinsamer Wirtschaftsraum geschaffen und eine gemeinsame konsequente Umweltschutzpolitik verfolgt werden. Die SPD-Fraktion trete außerdem für einen gemeinsamen Bin-

nenmarkt mit einer Charta sozialer Grundrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Dabei sollte der hohe soziale Standard in der Bundesrepublik auf EG-Ebene berücksichtigt werden. Außerdem sollten nationale Schutzvorschriften nur durch gleichwertige oder höherwertige EG-Schutzvorschriften abgelöst werden können. Insoweit werde der Ursprungsantrag konkretisiert und mit Leben gefüllt. Es komme im übrigen nicht nur darauf an, den europäischen Binnenmarkt zu liberalisieren, sondern es sollten überall auch annähernd gleiche soziale Rahmenbedingungen gewährleistet sein. Außerdem solle die Landesregierung aufgefordert werden, die Interessen Niedersachsens so zu vertreten, daß das Land durch den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Ländern des Comecon zu einer Drehscheibe im Ost-West-Handel werde.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Seitens der Vertreter der CDU-Fraktion wurde hierauf erwidert, man müsse darauf achten, daß im Zuge der europäischen Entwicklung die sozialen Errungenschaften in der Bundesrepublik Deutschland nicht verlorengehen. Daß die Produkte der deutschen Wirtschaft qualitativ hochwertig seien, sei auch auf die hiesigen sozialen Bedingungen und auf die gute Bezahlung der Arbeitnehmer zurückzuführen. Qualitativ hochwertige Produkte setzten sich gegenüber preiswerteren, aber qualitativ minderwertigen Erzeugnissen durch, da im Wettbewerb nicht allein der Preis entscheide. In der Gemeinsamen Europäischen Akte sei im übrigen die Aussage enthalten, daß unterschiedliche Strukturen, die in den Ländern im Laufe der Zeit entstanden seien, wechselseitig anerkannt werden sollten, da nicht alle Bedingungen harmonisiert werden könnten. Innerhalb des Wettbewerbs der Bedingungen müßten sich die Länder dann bewegen.

Hinsichtlich der Forderung nach einer Charta sozialer Grundrechte meinte eine Sprecherin der CDU-Fraktion, es sei überhaupt nicht klar, was soziale Grundrechte seien. Den Begriff der sozialen Grundrechte definierte daraufhin ein Mitglied der SPD-Fraktion dahingehend, dies seien die Rechte, die den Bürgern der Bundesrepublik gegenwärtig zuständen. Sie sollten auch künftig erhalten bleiben. Den Begriff der Charta sozialer Grundrechte habe die SPD-Fraktion im übrigen lediglich vom Bundeskanzler übernommen.

Abschließend erklärte eine Vertreterin der CDU-Fraktion, sie gehe davon aus, daß der Ursprungsantrag und der Formulierungsvorschlag der SPD-

Fraktion inhaltlich gleich seien. Deshalb sollte dem älteren Ursprungsantrag zugestimmt werden.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen vertrat die Auffassung, sowohl der Ursprungsantrag als auch der Formulierungsvorschlag der SPD-Fraktion seien viel zu allgemein und nichtssagend. Er lehne deshalb beide ab. Wenn ein solcher Antrag sinnvoll sein solle, müßte beispielsweise gefragt werden, welche Auswirkungen die für 1992 geplante Liberalisierung des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes haben werde. Auch die Forderung nach sozialen Grundrechten müßte dann mit mehr Leben und Inhalt gefüllt werden. Es müßte gefragt werden, wie sich abzeichnende negative Entwicklungen konkret verhindert werden könnten. Beispielsweise müßte in diesem Zusammenhang auch gefragt werden, welche Auswirkungen es haben werde, wenn die „Lkw-Flotte der ganzen EG“ über bundesdeutsche Autobahnen rolle, und wie verkehrspolitisch darauf reagiert werden sollte. Er befürworte es, eine Anhörung zu den Auswirkungen des gemeinsamen Binnenmarktes auf Niedersachsen durchzuführen. — Die Anregung, eine Anhörung durchzuführen, griff der Ausschuß nicht auf.

Mit den Stimmen der Vertreter der CDU-Fraktion und gegen die Stimmen der Ausschußmitglieder aus den Oppositionsfraktionen sprach sich der Wirtschaftsausschuß schließlich für die Annahme des Entschließungsantrages in der Ihnen in der Beschlußempfehlung vorliegenden Fassung aus.

Im mitberatenden Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes nahm ein Vertreter der Landesregierung zunächst zu den in dem Entschließungsantrag enthaltenen Forderungen Stellung. Er führte in diesem Zusammenhang unter anderem aus: Die Landesregierung habe zahlreiche Initiativen ergriffen, um Niedersachsen und die niedersächsische Wirtschaft auf den Binnenmarkt vorzubereiten. So sei zunächst eine allgemeine Informationskampagne über den Binnenmarkt gestartet worden. Hinzu kämen Besuche von EG-Repräsentanten in Niedersachsen. Eine weitere Initiative sei das „Hanse-Office Haferkamp“ in Brüssel, das vor Ort niedersächsische Interessen vertrete. Der Vertreter der Landesregierung nannte noch eine Reihe weiterer Aktionen, auf deren Aufzählung ich hier verzichten möchte.

Zur Forderung nach Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen führte er aus, die Landesregierung werde im Rahmen ihrer Mitwirkungsrechte dafür eintreten, daß die anstehenden Harmonisierungs- und Liberalisierungsmaßnah-

Frau Schliepack

men nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Wirtschaft führen. Weiter meinte er, eine stärkere Orientierung auf die Mitgliedstaaten des Comecon könnte neue Wachstumfelder erschließen, um Niedersachsen zur Ost-West-Dreh-scheibe werden zu lassen. In Niedersachsen bestünden auch gute Handelsbeziehungen zu den skandinavischen EFTA-Ländern, die es auszubauen gelte.

Nach der Darlegung der Aktivitäten der Landesregierung meinte ein Sprecher der SPD-Fraktion, er bedauere es, daß der Wirtschaftsausschuß nicht versucht habe, sich auf einen gemeinsamen Text für den Entschließungsantrag zu einigen. In dem dort vorgelegten Formulierungsvorschlag der SPD-Fraktion seien über den Ursprungsantrag hinausgehende Positionen enthalten, über die sicherlich Übereinstimmung bestehe.

Nachdem der Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes die Entscheidung über den Antrag und den Formulierungsvorschlag zunächst zurückstellte, schloß er sich bei der Fortsetzung seiner Beratungen in einer späteren Sitzung der Empfehlung des federführenden Ausschusses ohne nähere Aussprache mehrheitlich an.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr bittet darum, seiner Beschlußempfehlung in der Drucksache 4897 zu folgen und damit den Entschließungsantrag in einer geänderten Fassung anzunehmen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für die Abgabe des Ausschußberichtes. — Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Minister Jürgens.

Jürgens, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit der ersten Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und der FDP zur Zukunft Niedersachsens in einem vereinten Europa sind inzwischen mehr als eineinhalb Jahre vergangen. Als ich mich seinerzeit dahingehend geäußert habe, daß die Niedersächsische Landesregierung die Zielsetzung des Entschließungsantrags vollinhaltlich unterstützen würde, konnte noch niemand von uns ahnen, welche rasante politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ablaufen würde. Wir sehen uns auf einmal Herausforderungen gegenüber, die wir so nicht oder jeden-

falls noch nicht erwartet haben, nicht erwarten konnten.

Die tiefgreifenden Umwälzungen und Veränderungen, die Europa im vergangenen Jahr erlebt hat, eröffnen den Deutschen in Ost und West, vor allem aber auch uns in Niedersachsen, neue Möglichkeiten und neue Perspektiven. Die Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten hat aber nicht nur unserem Volk, sie hat allen Europäern neue Hoffnungen auf eine bessere Zukunft hin erschlossen.

Die noch bestehenden Grenzen haben in den letzten Wochen und Monaten viel von ihrem Schrecken und von ihrer Trennungsfunktion verloren. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis sich die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa an die Situation der bereits überwundenen Grenzen in Westeuropa angeglichen haben wird. Die politischen Impulse jedenfalls wurden gegeben. Vielfach sind bereits Taten gefolgt.

Der Europäische Rat in Straßburg hat Anfang Dezember 1989 den jüngsten Entwicklungen insbesondere im deutsch-deutschen Verhältnis Rechnung getragen und bekräftigt, daß die Europäische Gemeinschaft in Europa einen Zustand des Friedens anstrebt, in dem das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wiedererlangt. Der Europäische Rat hat gleichzeitig gefordert, daß sich dieser Prozeß auf demokratische und friedliche Weise unter Wahrung der Abkommen und Verträge, auf der Grundlage sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen müsse. Er müsse insbesondere in die Perspektive der gemeinschaftlichen Integration eingebettet werden. Für uns in Niedersachsen, die wir bislang aufgrund unserer geographischen Randlage in der Europäischen Gemeinschaft, durch den Verlust unseres natürlichen Hinterlandes, durch die Kappung alter Verkehrswege bei allen Segnungen, die wir durch die EG erfahren haben, nicht unerhebliche Nachteile hinnehmen mußten, bietet sich die einmalige Chance, im Zentrum, im Herzen eines sich neu formierenden Europas ein Motor eines sich beschleunigenden Integrationsprozesses zu werden. Nachteile können sich in Vorteile wandeln. Die Hoffnung, zukünftig zur Drehscheibe eines florierenden Ost-West-Handels, aber auch zur Brücke nach Skandinavien zu werden, beginnt greifbare Realität zu werden.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den jüngsten Entwicklungen für die Vorbereitung Niedersachsens auf den einheitlichen europäischen Binnenmarkt? Vorrangig wird es darum ge-

hen müssen, die Aufbruchstimmung der letzten Wochen und Monate zu nutzen. Die niedersächsische Wirtschaft jedenfalls, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die Zeichen der Zeit erkannt und in die Zukunft investiert. Ich bin sicher, daß sie gut vorbereitet dem Termin 31. Dezember 1992 entgegensteht. Das ist mir inzwischen von vielen Seiten bestätigt worden. Sie wird in dem großen europäischen Markt die sich ihr bietenden Chancen nutzen. Wenn es hierzu noch zusätzlicher Impulse bedurfte, die politische Entwicklung der jüngsten Zeit hat sie reichlich geliefert. Die niedersächsische Wirtschaft ist aufgrund des hier vorhandenen technischen Know-hows und ihrer hohen Effizienz bestens für einen Standortwettbewerb präpariert. Im übrigen wird es grenzüberschreitende Arbeitsmarktbereiche geben, auch im Hinblick auf die Entwicklung im Osten.

Aber nicht nur die Wirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine nahezu alle Bereiche unseres öffentlichen Lebens können dem europäischen Binnenmarkt mit Gelassenheit und Optimismus entgegensehen. Aus dem tagtäglichen Geschäft weiß ich, daß der einheitliche europäische Markt von allen gesellschaftlichen Schichten überall im Lande nicht nur als Herausforderung erkannt und begriffen wurde, sondern auch entsprechende Aktivitäten in vielen Bereichen nach sich gezogen hat. Sollten gleichwohl Defizite spürbar werden und sollte noch Handlungsbedarf erkennbar werden, wird die Niedersächsische Landesregierung selbstverständlich jede ihr mögliche Hilfestellung gewähren. — Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei der SPD. — Zustimmung bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank, Herr Minister. — Wir setzen die Beratung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Adam.

Adam (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Regierungskoalition, im Vorfeld des Europa-Gipfels in Hannover gestellt, geht an den Europabedürfnissen sowohl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als auch von Kommunen vorbei.

(Beifall bei der SPD.)

Er ist — da beziehe ich mich auf unsere Kollegin Goede in der ersten Beratung — ein Europa-Begrüßungsjubelantrag.

Der Antrag — darauf ging auch der Minister ein — ist zumindest in einem Punkt von der politischen Realität eingeholt worden. Man hätte mich einen Phantasten genannt, wenn ich noch vor zwölf Monaten spekuliert hätte, daß nicht Österreich, sondern die DDR das nächste Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft werden könnte.

Europäischer Binnenmarkt, meine Damen und Herren, heißt auch europäischer Sozialraum. Diesen wichtigen Aspekt grenzt der vorliegende Antrag völlig aus.

(Beifall bei der SPD.)

Wir Sozialdemokraten treten für einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einer Charta sozialer Grundrechte für europäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Warum — ich hoffe, daß nachfolgende Redner darauf eingehen — lehnt die Niedersachsen-CDU genauso wie Frau Thatcher die europäische Sozialcharta ab, die ja meines Wissens im Bundestag beschlossen wurde? Für uns haben soziale Grundrechte europäischer Arbeitnehmer oberste Priorität.

(Beifall bei der SPD. — Reckmann [SPD]: Sehr richtig!)

— Danke, Kollege Reckmann. — Auch wenn noch viele Fragen offen sind, was die Vollendung des Binnenmarktes angeht, eines ist sicher: Der Binnenmarkt kommt. Die Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Insbesondere die Geschehnisse in Osteuropa geben dieser Entwicklung eine neue Dimension. Das Ziel steht fest.

Auf unserem Weg zu einem solidarischen Europa müssen wir eine Klippe meiden: Ein soziales Dumping auf Kosten der Menschen darf es nicht geben.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, zu einem vereinten Europa gehört eine aktive Sozialpolitik, die der Binnenmarkt nicht ausgrenzen darf. Gewerkschaften und Betriebsräte dürfen in einem europäischen Binnenmarkt nicht Restgröße sein, deutsche Arbeitnehmer nicht Spielball in einem Sozialdumping.

(Beifall bei der SPD.)

Bei vielen Gesprächen, die ich in den letzten Wochen mit Binnenschiffern führte, stellte ich nicht nur Begeisterung für Europa '92 fest, sondern auch soziale Angst zum Beispiel vor den übermächtigen Konkurrenten aus den Nachbarlän-

Adam

dern. Wir müssen unsere Häfen und Wasserstraßen auf Europa vorbereiten und unseren Bürgern die Angst vor Europa nehmen. Wir müssen aber auch im Güterverkehr eine optimale Verknüpfung unserer Häfen mit der Schiene herbeiführen, damit unsere Häfen auch in einem Europa '92 Konkurrenten zu den Niederlanden sein können. Dazu zählt für mich auch die Elektrifizierung unserer Hafenzentren.

(Heiterkeit und Zurufe.)

— An das Schienennetz! — Wir müssen aber auch unsere Kommunen für Europa sensibilisieren. Dazu kann die Einrichtung von EG-Stützpunkten dienen, wie es jetzt in Wilhelmshaven geschehen ist. Leider ist aber der Nordwesten Niedersachsens bei der Vergabe der offiziell von der EG geförderten und anerkannten Beratungsstellen nicht berücksichtigt worden.

Meine Damen und Herren, auch wir sehen in Europa eine große Chance. Aber diese Chance muß auch die Arbeitnehmer berücksichtigen. Schaffen wir mit Europa Arbeitsplätze, denn ein gemeinsamer Markt von 320 Millionen Menschen gibt der Wirtschaft zusätzliche Impulse und kann auch für Niedersachsen Arbeitsplatzperspektiven bieten.

Aber ich sage noch einmal — dies fehlt in Ihrem Antrag voll und ganz —: Wir fordern auf EG-Ebene einen Bestand an verbindlichen sozialen Grundrechten und sozialen Mindestnormen für Arbeitnehmer. Es darf keinen Abbau von sozialen Rechten geben. In Europa muß ein soziales Dumping verhindert werden. Der Rückzieher von Bundesarbeitsminister Blüm bei der Diskussion um die geplante europäische Charta für Grundrechte der Arbeitnehmer zeigt, daß in der Europapolitik das Herz der Bundesregierung nicht für Arbeitnehmer schlägt und daß das von allen befürchtete Sozialdumping von Bonn nicht abgelehnt wird.

Wir fordern deshalb auch die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung für eine Verbesserung des Entwurfs der EG-Kommission einzusetzen. Das gilt insbesondere für die Bereiche Kündigungsschutz, Koalitionsfreiheit, Schutz der Teilzeitarbeit und Streikrecht. Es kann und darf nicht angehen, daß ein gemeinsames Europa — dazu zähle ich bewußt die Menschen in beiden Teilen Deutschlands — für deutsche Arbeitnehmer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, nämlich Mindeststandards ihrer Rechtsansprüche, bietet. Menschen müssen im Mittelpunkt Europas stehen. Deshalb kann der gemeinsame Binnenmarkt nur ein, wenn auch wichtiger Teil im Kampf um ein geeintes und gemeinsames

Europa sein. Wir werden daran mitarbeiten. Aber der vorliegende Antrag ist keine überzeugende Unterstützung. Nur zum Jubeln sollte uns das gemeinsame Ziel eines vereinten Europas zu schade sein.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Roisch.

Frau Roisch (Grüne):

Meine Damen und Herren! Um zu klären, welche Rolle Niedersachsen in einem künftig vereinten Europa einnehmen soll, muß man zunächst klären, wie dieses Europa aussehen soll und welchen Platz die BRD darin einnehmen soll. Ehrlicherweise stellt der vorliegende Entschließungsantrag fest, daß die offenen Grenzen im europäischen Binnenmarkt vornehmlich dem Wirtschaftsverkehr dienen sollen. Sie sollen den größten westeuropäischen Konzernen eine ungehinderte kapitalistische Expansion über alle Grenzen hinweg ermöglichen. Die Grenzen um diesen Binnenmarkt werden für die Menschen um so fester gezerrt, und außereuropäische Flüchtlinge und Arbeitsimmigranten sollen sich lieber in ihren Heimatländern von EG-Konzernen ausbeuten lassen oder vor Kanonenrohren westeuropäischer Produktion den Heldentod sterben.

(Bruns [Emden] [SPD]: Was für ein Quatsch! Welch ein Blödsinn! — Lachen bei der CDU.)

Das „vereinte Europa“ ist der Club der ökonomisch Bessergestellten, und das soll er auch bleiben. Die verarmten Volkswirtschaften Osteuropas, zumal jene, mit denen man nicht verwandt ist, und die Türkei sollen sich mit Austeritätsprogrammen und Hungerlöhnen erst einmal selbst auf die Beine helfen, bevor sie an EG-Türen klopfen können.

(Lachen bei der CDU. — Frau Schliepack [CDU]: Kennen Sie den Stundenlohn bei VW?)

Herr Dregger bemerkte einmal, solange Europa nur ein Europa der Konsumenten und Händler sei, entstehe daraus nicht etwas, was man als wirkliche Gemeinschaft bezeichnen könne, die Schweiz sei ja schließlich auch aus einer Verteidigungsgemeinschaft hervorgegangen, nicht aus einer Käseunion.

(Eveslage [CDU]: So etwas wird heute nicht einmal mehr in der Volkskammer vorgelesen!)

Die EG als zweiter Pfeiler der NATO, dies von BRD und Frankreich verfolgte Ziel, wurde angesichts der Umbrüche im RGW vorübergehend von der Tagesordnung genommen, da es der ökonomischen Eroberung des sowjetischen Vorfeldes im Wege steht. Herr Genscher hat es sehr offenerzig gesagt: Die EG betreibe trotzdem Sicherheitspolitik. Auch die materiellen Hilfen zur Förderung der Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa hätten sicherheitspolitische Wirkung.

Das Schlagwort der Saison heißt „Europäische Friedensordnung“, von Kohl bis Vogel fleißig wiedergekaut. Die einen, wie Herr Dregger, stellen sich darunter die direkte Ausdehnung der NATO bis an die Oder-Neiße-Grenze vor, andere, wie Herr Genscher, wollen die NATO in ein politisches Bündnis umschwindeln; die SPD hat mit ihrem europäischen Sicherheitssystem vielleicht die realitätstüchtigste imperialistische Variante gewählt, die auf eine offene Brückierung der Sowjetunion verzichtet. Eines haben alle Vorstellungen gemeinsam: Sie gehen sämtlich davon aus, daß sich die Sowjetunion hinter ihre eigenen Grenzen zurückziehen muß, die USA hingegen sollen militärischen Einfluß in Europa behalten. Ob dieser Verbund dann als europäischer Pfeiler der NATO firmiert oder als Ausbau der Westeuropäischen Union, ist letztlich zweitrangig.

Eines soll diese Friedensordnung jedoch auf keinen Fall sein: entmilitarisiert. Trotz realem Zerfall des Warschauer Paktes und entgegen allem Abrüstungsgerede wird die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa vorbereitet, die Bundeswehr verfügt in diesem Jahr über den größten Verteidigungsetat ihrer Geschichte.

(Eveslage [CDU]: Das ist ja schlimm, was Sie da sagen!)

„Unsere Volkswirtschaft wird mit weitem Abstand der größte Nutznießer des großen europäischen Marktes sein“, sagte Bundeskanzler Kohl. Für die BRD, oder heute besser gesagt: das wiedervereinigte Deutschland, soll nach Meinung der herrschenden Eliten im gemeinsamen Haus Europa die Rolle des Hausherrn reserviert werden, der nach dem Motto „Solange du die Füße unter meinen Tisch steckst . . .“ agieren kann. Je weiter die EG ins kapitalmäßig von der BRD abhängige Osteuropa vorgeschoben wird, desto größer die politisch-ökonomisch und langfristig auch militärische Vormachtstellung Deutschlands.

(Eveslage [CDU]: Lesen Sie mal ein bißchen schneller! Dann kommt es nicht so deutlich ins Protokoll!)

Für Kredite ist Polen bereits heute bereit, deutsche Straßenschilder in polnischen Orten anzubringen, Entschuldigungen für die Vertreibung der Deutschen nach den von diesen angerichteten Greueln des Faschismus gehören in Osteuropa langsam zum guten Ton. Für weitere Millionen finden sich vielleicht sogar noch polnische Offiziere, die den Überfall auf den Sender Gleiwitz gestehen.

Die europäische Integration zielt nicht auf eine Verbesserung der sozialen, rechtlichen und ökonomischen Situation der Masse der Menschen, sondern auf eine europäische Gemeinschaft der Großkonzerne und Großagrarier. Dieses vereinte Europa lehnen wir ab.

(Eveslage [CDU]: Sie allein oder auch die Grünen insgesamt?)

Unser Ziel sind nicht gute Bedingungen für Konzerne, sondern für die Menschen. In diesem Sinne sollte Niedersachsen engagiert mitwirken, nicht aber im Sinne des von Ihnen gestellten Antrages.

(Beifall bei den Grünen. — Jahn [CDU]: Mein Gott!)

— Es bringt doch immer Spaß, wenn Sie hier so schön rumgröhlen! Sonst wäre es hier wirklich viel zu langweilig!

(Adam [SPD]: Ich sage ja auch vieles kritisch zum Europa-Gedanken! Aber dies war nichts!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Schliepack.

(Wernstedt [SPD]: Wir sind hier in einem freien Land! Hier kann jeder seine Meinung äußern, auch im Parlament! — Zuruf von Frau Deppe [Grüne].)

Frau Schliepack (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen haben bei der ersten Beratung dieses Antrags überhaupt nichts gesagt. Sie hatten nichts zu sagen. Nunmehr aber haben sie die Abgeordnete Roisch. Ob sie der Partei der Grünen angehört oder den Kommunisten, muß ich im Abgeordnetenhandbuch noch einmal genau nachsehen; denn das Gedankengut und den Sprachgebrauch, den sie eingeführt hat, haben wir in diesem Hause noch nicht gehört.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke

Vizepräsident Warnecke:

Frau Kollegin Schliepack, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Dückert?

Frau Schliepack (CDU):

Nein, das kann ich nicht. Frau Dr. Dückert hätte die Gelegenheit gehabt, hier zu sprechen; dann wäre der Antrag besser beraten worden als durch Frau Roisch.

Meine Damen und Herren, ganz sicherlich besteht zwischen dem Antrag der SPD und dem der CDU kein Dissens bezüglich der Sozialcharta. Wir sind der Meinung, daß als neue Zielsetzung natürlich dazugehört, die Unterschiede in den sozialpolitischen Vorschriften abzubauen, die Wettbewerbsbedingungen zu vereinheitlichen, z. B. Mindestlöhne festzuschreiben, bezahlten Bildungsurlaub usw. Ich glaube, da sind wir uns näher, als wir im Moment öffentlich hier sagen. Aber in einem ganz anderen Punkt unterscheiden sich die beiden Anträge. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Aufmerksamkeit einmal auf den Punkt 4 des CDU-Antrages zu lenken. Da steht: Die Landesregierung wird aufgefordert, „die Bedeutung der Weiterentwicklung Europas für die Überwindung der deutschen Teilung herauszustellen“. Aparenterweise sagen die SPD-Genossen: „zu einer Drehscheibe im Ost-West-Handel durch Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur DDR ebenso wie zu den anderen Ländern des Comecon, insbesondere der UdSSR, hinzuwirken“. Meine Damen und Herren, hier werden Sie eingefangen von der Diskussion, die wir heute morgen geführt haben, nämlich der Diskussion über die Wiedervereinigung. Wie halten Sie es denn eigentlich mit der Wiedervereinigung? Wir sagen, wir wollen die Teilung überwinden.

(Zurufe von der SPD. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, die Menschen in der DDR haben längst erkannt, daß es sich im Wirtschaftssystem des europäischen Marktes ganz anders leben läßt als in ihrem Wirtschaftssystem des Comecon. Sie wissen durchaus, daß die EG Pluspunkte für die Wirtschaft bringt, nämlich mehr Wettbewerb, mehr Kunden, mehr Auswahl, mehr Rechte und weniger Bürokratie. Und sie wissen: In einem großen Teich fängt man viele Fische.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Warnecke:

Verehrte Frau Kollegin, ich darf Sie einmal kurz unterbrechen. — Meine Damen und Herren, ich bitte Sie darum, die Plätze etwas geräuschloser einzunehmen.

Frau Schliepack (CDU):

Der seit 1955 gültige Deutschlandvertrag zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich sichert der Bundesrepublik Deutschland weitestgehende außen- und innenpolitische Souveränität zu. Das heißt, die Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland verpflichten sich zu einer gemeinsamen Politik, die Einheit der Deutschen zu verfolgen. Sie knüpfen das an zwei Voraussetzungen: 1. an ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer parlamentarischen Grundordnung ähnlich wie in der Bundesrepublik und 2. daran, daß eine solche Einheit der Deutschen im europäischen Einheitskontext zu sehen ist.

Meine Damen und Herren, auch dazu, zu den ganzen deutschlandpolitischen Themen ist von den Grünen kein Wort zu hören, überhaupt nichts; absolute Funkstille! Aber die SPD sagt es uns ganz genau: Sie hatte nämlich zu dem Zeitpunkt, als sie den Antrag einbrachte, die Wiedervereinigung und auch die Menschen in der DDR längst abgeschrieben.

(Zuruf von Adam [SPD].)

Zu dem Zeitpunkt ging das Wort von der Lebenslüge durch die Runde und durch die Gazetten. Zu dem Zeitpunkt wurden wir als Heuchler beschimpft, zu dem Zeitpunkt waren wir „reaktionär und hochgradig gefährlich“. Das war von Ihrem Fraktionsvorsitzenden zu hören.

(Adam [SPD]: Das ist doch Wahlkampfgeplänkel, was Sie hier machen!)

Wie unglaublich ist die SPD, wenn sie jetzt plötzlich Bekenntnisse zur deutschen Einheit abgibt! Meine Damen und Herren, die Menschen im Osten wollen nicht länger aus einem einheitlichen Deutschland und einem vereinten Europa ausgegrenzt werden.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Die EG hat sich darauf eingestellt und hat das erkannt.

(Patzschke [SPD]: Woher wissen Sie das?)

Inzwischen beschäftigten sich selbst die Staats- und Regierungschefs der Zwölf auf dem EG-Gipfel in Straßburg mit dem Mauerdurchbruch, mit den demokratischen Wahlen in der DDR, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, mit

dem Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft. Dies dokumentiert, daß die deutsche Frage — — —

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten!

Frau Schliepack (CDU):

Dies dokumentiert, daß die deutsche Frage keine rein nationale Angelegenheit mehr ist, sondern daß darüber hinaus die Gemeinschaft auf die Demokratisierungsbewegung in den osteuropäischen Staaten reagieren muß und will.

Der neue Leitgedanke der EG heißt: Vollendung des Binnenmarktes und Vision einer Währungsunion. Das reicht von der Sozialcharta für die europäischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bis hin zur Öffnung der EG nach Osten.

Meine Damen und Herren, falls Sie noch Fragen zu Wiedervereinigungsplänen haben,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

beziehen wir ganz klar Stellung. Wir sagen: In die Wiedervereinigung kommen die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und Berlin, nicht aber die deutschen Ostgebiete, denn dieses wiedervereinigte Deutschland ist Subjekt eines Friedensvertrages, der über die endgültigen Grenzen Deutschlands völkerrechtlich verbindlich entscheidet. Die DDR muß heute gedanklich in ein gesamteuropäisches Konzept eingeordnet werden. Das ist eine Herausforderung für uns Politiker in Niedersachsen, damit unser Land eine Drehscheibe im EG-Markt wird. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Adam [SPD]: Hoffentlich schleudert die Drehscheibe Sie nicht herunter!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Küpker.

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst für meine Freunde feststellen, daß Sie, Frau Roisch, hier ein Bild von Politik und Wirtschaft vermittelt haben, mit dem Sie Gott sei Dank alleinstehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Menschen hier haben ein anderes Bild. Die Menschen wollen Europa.

Meine Damen und Herren, der Antrag „Zukunft Niedersachsens in einem vereinten Europa“ ist im Mai 1988 eingebracht worden. Er war damals aktuell wegen der Schaffung eines liberalisierten europäischen Binnenmarktes und auch wegen der seinerzeit bevorstehenden Gipfelkonferenz. Der Niedersächsische Landtag sollte im Sommer 1988 bekräftigen, daß von hier aus alles unternommen wird, um die politische Einheit Europas zu fördern. In diesem Sinne war große Einigkeit festzustellen, denn das ist auch in den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Herr Adam, aufgenommen worden.

Der Antrag sollte zugleich aber sicherstellen, daß in Richtung „EG-Binnenmarkt 1992“ alle wirtschaftlichen Weichen richtig gestellt werden, damit Niedersachsen trotz seiner Randlage die Chancen eines großen gemeinsamen Marktes nutzen kann. Dafür müssen allerdings die Wettbewerbschancen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen harmonisiert werden. Hierzu paßt auch die Forderung, wegen der Lage an der innerdeutschen Grenze und der ausgeprägten Strukturschwäche bestimmter Landesteile zumindest übergangsweise eine eigenständige regionale Strukturpolitik zuzulassen.

Meine Damen und Herren, die niedersächsische Wirtschaft kann sich einem Binnenmarkt mit 325 Millionen Verbrauchern und einer Kaufkraft von 2,4 Billionen Ecu nicht entziehen. Unsere Unternehmer und Unternehmen können diese neue Herausforderung annehmen, wenn zugleich gleichartige und gleichwertige Wettbewerbsverhältnisse hergestellt werden. Dazu gehört auch die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung.

(Beifall bei der FDP.)

Dazu gehört aber auch, daß die Tarifpartner bei ihren Verhandlungen die kommende Entwicklung richtig einschätzen, damit die Arbeitskosten bei uns nicht übermäßig ansteigen. Stichwort ist: branchenspezifischere und regionalisierte Tarifabschlüsse. Für die Landeswirtschaftspolitik heißt das, die infrastrukturellen Verhältnisse — speziell auf dem Verkehrssektor — weiter zu verbessern. Die Mittel dafür haben wir uns beispielsweise mit dem Strukturhilfefonds erstritten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bleibt aufgefordert, unsere Unternehmen zusammen mit Kammern und Verbänden über Beratungsangebote auf den EG-Binnenmarkt vorzubereiten. Unsere Unternehmer müssen geplante

Küpker

Anpassungsinvestitionen jetzt tätigen, solange bei uns noch staatliche Förderungsprogramme gültig sind. Natürlich müssen bei uns Bildung, Ausbildung und Fortbildung auf Europa ausgerichtet sein. Das gleiche gilt für die Forschung und die Entwicklungsförderung. Natürlich möchten auch wir, daß unsere sozialen Errungenschaften — darauf hat der Kollege Adam hingewiesen — möglichst gewahrt werden. Es muß also eine Sozialcharta verabschiedet werden. Wir müssen aber auch sehen, daß im EG-Binnenmarkt volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Unternehmen gegeben ist und mehr Flexibilität im Denken und Handeln angebracht ist, und zwar so lange, bis sich die Verhältnisse weitgehend angenähert haben. Die FDP will nur hoffen, daß seit Einbringung dieses Antrages die nötigen Weichenstellungen eingeleitet und vorgenommen worden sind. Der EG-Binnenmarkt ist ja kein Thema für die ganz großen Betriebe. Der EG-Binnenmarkt ist auch kein Thema für die kleinen Betriebe im regionalen oder örtlichen Bereich, sondern er ist ein Thema für unseren Mittelstand.

(Zustimmung bei der FDP.)

Hier ist eine Vielzahl von Entscheidungen gefordert, ob sie nach vorne marschieren oder ob sie sich letztendlich beschränken müssen. Letztlich bringt uns der Binnenmarkt neue Wachstumsimpulse und neue Arbeitsmöglichkeiten.

Wir wollten mit dem Entschließungsantrag auch auf die Bedeutung der politischen Einigung Europas hinweisen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Kein Mensch konnte ahnen, daß wir vor Verabschiedung dieses Entschließungsantrages plötzlich politisch und wirtschaftlich vor eine völlig neue Situation gestellt werden. Plötzlich sind wir gefordert, die politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen in der DDR mit zu besorgen, und plötzlich sind wir gefordert, eine abgewirtschaftete DDR von einem maroden politischen System zu erlösen und eine überwiegend kaputte Wirtschaft aufzurichten zu helfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wenn wir das schaffen — wir müssen das erreichen —, dann ist Niedersachsen nicht mehr Randlage in Europa, sondern dann ist Niedersachsen Mittellage. Wir liegen im Zentrum von Europa mit neuen Chancen nach Osten, Norden und Süden. Wir sind gefordert, uns hierauf einzustellen. Dazu bedarf es all der Maßnahmen, die ich vorhin schon mal genannt habe, die zur Realisierung des EG-Binnenmarktes wichtig sind.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Küpker, kommen Sie bitte zum Schluß!

Küpker (FDP):

Wir haben hier plötzlich größere Dimensionen zu bewältigen. Unsere Maßnahmen müssen weiß Gott grenzüberschreitend sein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Stellen wir uns beiden genannten Aufgaben! Dann hat Niedersachsen seine Chancen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses, Drucksache 4897, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist gefolgt worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Einzig (abschließende) Beratung: **Immunität von Abgeordneten** — Beschlussempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses — Drs 11/4947

Berichterstatter ist der Abgeordnete Herbst. Ich erteile ihm das Wort.

Herbst (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat mit Beschluß vom 5. Mai 1988 eine allgemeine Genehmigung zur Durchführung von Strafverfahren gegen Abgeordnete erteilt mit der einzigen Ausnahme, wenn es sich um Verfahren handelt, die eine Beleidigung politischen Charakters zum Inhalt haben. Diese Genehmigung bezieht sich aber nur auf die Durchführung von Ermittlungsverfahren. Sobald aufgrund des Ergebnisses der Ermittlungen Anklage erhoben werden soll, ist eine individuelle Genehmigung des Landtages erforderlich.

Der Ihnen vorgelegte Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses behandelt einen solchen Fall. Aufgrund ihrer Ermittlungen will die Staatsanwaltschaft Braunschweig ein Strafverfahren gegen den Kollegen Lindhorst durchführen. Es geht dabei um Straßenverkehrsdelikte, die im April vergangenen Jahres begangen worden sein sollen.

Nach der Praxis des Landtages ist die Immunität in solchen Fällen ohne Zögern aufzuheben. Der Geschäftsordnungsausschuß bittet Sie deshalb einstimmig, der Beschlußempfehlung Folge zu leisten. — Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank, Herr Kollege Herbst, für die Erstattung des Ausschußberichts.

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? — Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Geschäftsordnungsausschusses, Drucksache 4947, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen.

— Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit haben wir die für heute vorgesehenen Tagesordnungspunkte erledigt. Die Mitglieder des Geschäftsordnungsausschusses werden gebeten, jetzt zu einer Sitzung in den Raum 234 zu kommen.

Bevor ich die Sitzung schließe, weise ich darauf hin, daß wir unsere Beratungen morgen früh um 10 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 12 fortsetzen werden. Danach verfahren wir entsprechend der Tischvorlage, die zu Beginn der heutigen Sitzung an Sie verteilt worden ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17.15 Uhr.

